

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements - Preis: monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags - Nummer mit illustrierter Sonntags - Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post - Abonnement: 3,50 M. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post - Betimmung - Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions - Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins - und Versammlungs - Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Kern - Sprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm - Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 6. November 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die amerikanische Präsidenten-Wahl.

Mac Kinley's Sieg wird fast allgemein als das kleinere Übel betrachtet, so nicht bloß von der deutschen, sondern auch von der englischen, der französischen und spanischen Presse. Das definitive Wahlergebnis liegt noch nicht vor, die Angaben über die Stimmenvertheilung schwanken noch außerordentlich. Nach der Londoner „Ball Mall Gazette“ sind für Mac Kinley von 447 Elektoren 307, nach einer New-Yorker Meldung der „Times“ hat Mac Kinley in 24 Staaten mit 277 Elektorstimmen den Sieg davon getragen, während 18 Staaten mit 132 Wahlmännern Bryan zugefallen seien. Das Ergebnis sei nur noch in den Staaten Kansas, Missouri und Nord-Karolina zweifelhaft.

Die letzte Depesche aus New-York lautet: „Die vollständigen Ausweise einer Anzahl von zweifelhaften Staaten stehen noch aus, sicher hat jedoch Mac Kinley 273 Wahlstimmen, einschließlich Kalifornien; Bryan hat aufscheinend 157 Stimmen, einschließlich Nebraska und Tennessee. Die Zusammenfassung des Senats steht noch nicht fest, sie hängt von dem Ergebnis der Legislativwahlen in den zweifelhaften Staaten ab.“

Sicher ist, daß auch der Senat eine Goldmehrheit haben wird.

Der „Frankfurter Hg.“ wird aus New-York gemeldet: Die Silbermehrheit ist in einigen Staaten sehr groß, während das demokratische Votum im Süden eine Abnahme zeigt. Es scheint, daß Mac Kinley mindestens eine Million Stimmen mehr erhalten hat, wie Bryan. Eine derartige Mehrheit ist seit dem Bürgerkrieg nicht mehr dagewesen. Alle Berichte beweisen, daß die Silberbewegung einen entscheidenden Todesstoß erhalten hat. Die nördlichen Demokraten, die der Regularität halber für Bryan eintraten, befürworten einen allgemeinen demokratischen Parteitag, um ein neues Programm, das für die Goldwährung eintritt, anzunehmen.

Die Börsen von New-York, London, Paris, Berlin, Frankfurt a. M. und Wien haben das Wahlergebnis mit stürmischer Kauflust und einer großen Haufe in amerikanischen Werthen, vor allem Eisenbahnaktien, weniger in Minenwerthen begrüßt. In Berlin haben sich die Kurse der deutschen Banken, die an amerikanischen Geschäften interessiert sind, sprunghaft gehoben.

Die endliche Entscheidung nach der den ganzen Geschäftsverkehr der Vereinigten Staaten lähmenden politischen Aufregungen wird einen, wenn auch vielleicht bloß vorübergehenden großen Geschäftsausschlag in der großen Republik zur Folge haben. Auch die Handelsbeziehungen mit Europa werden in eigentümlicher Weise für das nächste Halbjahr günstig durch das Wahlergebnis beeinflusst sein. Die Furcht vor

einer neuen, übermäßigen Zolltarif-Erhöhung bald nach dem Wechsel in der Präsidentschaft wird voraussichtlich einen weit über das momentane Bedürfnis gesteigerten Import europäischer Waaren nach der Union zur Folge haben. Die großen Handelsfirmen werden ihre Lager mit Anspannung ihres ganzen Kapitals und Credits füllen, um durch Ersparnisse an den künstlich wohl bedeutend höheren Zöllen einen Extraprofit herauszuschlagen zu können.

Unser kurzen Mittheilungen über den Lebenslauf Mac Kinley's in der letzten Nummer wollen wir durch die folgenden Angaben ergänzen.

Mac Kinley's Lebenslauf ist echt amerikanisch. Er ist 52 Jahre alt. Sein Vater war ein kleiner Eisengießer, dessen neun Kinder darauf angewiesen waren, ihr Brot durch eigene Arbeit zu verdienen. Der jetzige Präsident William Mac Kinley mußte bereits im Alter von siebzehn Jahren für seine Bedürfnisse selbst sorgen und begann seine Laufbahn als Lehrer in einer Schule und später als kleiner Beamter in einem Postbureau. Der Vater wollte ihm jedoch eine höhere Karriere erschließen, und mit den größten Anstrengungen gelang es, William an einer Rechtsakademie zu Poland unterzubringen. Dieses Stilleben wurde jedoch bald durch den Krieg zwischen dem Norden und Süden unterbrochen. Mac Kinley stellte sich in den Dienst des Vaterlandes und wurde Adjutant des berühmten Generals Hayes. Vierzehn Monate stand er unter den Waffen, und er hat später oft gesagt, daß diese Zeit bestimmend und schulend für seinen ganzen Charakter geworden ist. Mac Kinley zeichnete sich durch seine Tapferkeit und sein organisatorisches Talent derart aus, daß ihm der Präsident Lincoln das Majorpatent verlieh. Nach Beendigung des Krieges verließ Mac Kinley die Armee im Alter von 22 Jahren als rühmlicher Soldat im Range eines Majors, aber ohne irgend welche Mittel des Unterhaltes. Er beendigte rasch seine Studien und etablierte sich in Staate Ohio als Advokat. Die ganze Misere eines Anwaltes ohne Klienten hatte Mac Kinley durchzukosten. Endlich kam ihm ein Glücksfall zu Hilfe. Ein Arzt wurde beschuldigt, daß er das Bein eines Patienten schlecht eingerichtet und infolge dessen krumm gemacht habe. Mac Kinley war Vertreter des Arztes, und der Fall stand verurteilt. Der Patient entblöhte das Bein und zeigte die Verkrümmung. Schon sollte zum Urtheilspruche geschritten werden, als Mac Kinley den Kranken aufforderte, er möge seine weiten Pluderhosen ganz herunterlassen und auch das andere Bein zeigen. Es stellte sich sofort heraus, daß der linke Fuß gerade so verkrümmt war wie der rechte. Der Richter, die Geschworenen und die Zuhörer lachten, und Mac Kinley war ein bekannter Advokat.

Im Jahre 1877, im Alter von 33 Jahren, trat Mac Kinley als Abgeordneter von Canton in Ohio in den Kongreß ein. Die jungen Kongreßmänner werden zunächst in ein Komitee geschoben, welches den seltsamen Titel führt: Komitee zur Revision des Fußes der Gesetze, und sich nur mit Formalien zu beschäftigen hat. Man behauptet, daß der Präsident Hayes, dessen Adjutant Mac Kinley im Kriege gewesen war, ihn zuerst darauf aufmerksam gemacht habe, er könne eine große Karriere machen, wenn er sich dem Studium der Tariffragen widmen wolle. Mit seiner ganzen Willenskraft wendete sich Mac Kinley diesem

Problem zu und hielt im Jahre 1879 die erste schutzzönerische Rede im Kongreß. Bald darauf wurde er in das Komitee für Mittel und Wege oder nach unserem Sprachgebrauche in den Budget-Ausschuß gewählt, der in allen Parlamenten die entscheidendste Stimme hat. Mac Kinley zeichnete sich dort derart aus, daß ihm die Berichterstattung über die wichtigsten Vorlagen zugewiesen wurde. Er wurde zum Sprecher des Kongresses laudiert. Er unterlag jedoch bei der Wahl Mr. Reed, und nach alter Sitte wurde ihm die Obmannschaft des Budget-Ausschusses zugewiesen, was gleichbedeutend ist mit der Führung des Repräsentantenhauses. Nun begann Mac Kinley seine Agitation für den Schutz.

Es stellte sich aber bald heraus, daß seine handelspolitischen Kenntnisse oberflächlich und ungenau waren. Und seine Nachgiebigkeit verschlimmerte die Sache noch viel mehr. Als die Reichsstände und Vertreter der Fabrikanten das Komitee beauftragten und Paragraphen und Schemata ausarbeiteten, die sie dem Tarif einverleibt haben wollten, zeigte sich Mac Kinley von der größten Gefälligkeit und fügte die neuen Nachwerke einfach ein. Denn nach seiner Ueberzeugung hatten die Fabrikanten ein Recht, die Höhe der Zollquoten zu bestimmen; er übersah dabei aber, daß diese auf solche Weise die Gesetzgebung einfach zu ihrem Vortheil ausbeuteten. Der Tarif brachte schließlich die Republikaner zu Fall, und diese ließen ihre Empörung an dem Urheber desselben aus, so daß er sein Mandat verlor. Allein den politischen Muth verlor er nicht. Es fiel ihm nicht ein, die Waterschaft seines politischen Sprößlings zu verleugnen. Er blieb seiner Schöpfung treu, da er Verstand und prosopäisches Sinn genug hatte, um zu wissen, daß vier Jahre der Präsidentschaft Harrisons zu vier Jahren Cleveland'scher Herrschaft führen würden und daß diese notwendigerweise zu ihm zurückzuführen würden.

Zum Gouverneur von Ohio gemacht, zeigte er auch hier wieder große Unfähigkeit, sodas er sein Amt niederlegen mußte und die Angelegenheiten des Staates in großer Verwirrung zurückließ. Ebenso trübselig erging es ihm in der Handhabung seiner Privatgeschäfte: sein Theilhaber spekulierte und er gab seinen Namen und seine Unterschrift für die Wechsel her. Bald war der Konkrott da und Mac Kinley sah sich Passiven im Betrage von 150 000 Doll. gegenüber, die er zu decken hatte. Er gab sein ganzes Vermögen, das nicht groß war, freiwillig dazu her, und seine Freunde zahlten den Rest; dieselben übrigens, die jetzt seine Nomination bewerkstelligt haben und seine Wahlkampagne führten.

Als Kongreßmitglied war Mac Kinley ein Freund des Silbers. Jetzt ist er der Vertheidiger der Goldwährung, weil dieselbe einen Theil des republikanischen Programms ausmacht; und er hat sich als treuer Republikaner zu allem verpflichtet, was die Partei für gut befindet.

Von der Parteipresse äußerte sich in ausführlicher Weise anher dem „Vorwärts“, die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“. Wir heben aus ihren Artikeln Bemerkungen hervor, die unsere Ausführungen ergänzen. Unser Leipziger Blatt schreibt:

Hinter Bryan standen nicht bloß die Silberbarone, deren Agent er war, um seine Fahne schaarnten sich die Farmer und gewaltige Kontingente der Arbeiterschaft. Die Wahlparole: Freie Silberprägung, so utopisch, so volksfeindlich

112] Rienzi. Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Signora,“ sagte der Page, „ich war noch ein Knabe, als Ihr mich in Euren Dienst nahmt. Aber wenn ich auch noch jung bin, so würde ich dem tapfersten Ritter oder Freiweiber Trost bieten in der Vertheidigung der Treue Angelo Villani's für seine Gebieterin und für sein Vaterland.“

„Ay, ay,“ sagte die Signora in bitterem Tone. Dieses waren die Worte von Tausenden Eures Geschlechts, doch, was thaten sie? Aber ich will Euch Vertrauen gewähren, wie bisher. Ich weiß, daß Ihr Sinn habt für Ehre und Auszeichnung.“

„Ich bin eine Waise und ein Bastard,“ sagte Angelo. „Die Umstände drängen mich zur That; ich möchte mir selbst meinen Namen gewinnen.“

„Ihr sollt es,“ sagte die Signora. „Ich hoffe Euch noch belohnen zu können! Und jetzt seid schnell. Bringt mir Eure Pagenanzüge her, den Mantel und das Barett. Schnell, sage ich, und erzählt keinem Menschen, was ich von Euch verlangt habe.“

Fünftes Kapitel.

Der Bewohner des Thurms.

Die Abenddämmerung trat ein, und in dem höchsten Zimmer jenes düsteren Thurms, der den Fenstern des durch die Signora Cesarini bewohnten Palastes gegenüber lag, saß der einsame Gefangene. Eine einzelne Lampe brannte vor ihm auf einem steinernen Tisch und warf ihren Strahl über eine offene Bibel und über jene phantastischen Legenden des alten Rom, welche das Talent des Livius zu Geschichte veredelt hat. Eine Kette hing von dem Gewölbe des Thurms herab und fesselte den Gefangenen, doch so, daß er in dem größeren Theil des Zimmers sich frei bewegen konnte. Die ungeheuern Steine der Wände waren grau und durch Rauch geschwärzt, und durch

eine enge Oeffnung, so hoch angebracht, daß ein Mann sie nicht erreichen konnte, warf das Mondlicht seinen langen Schatten über den rauhen Fußboden. In der einen Ecke des Zimmers stand ein Bett. Dieses war seit Monaten der Aufenthalt des Besiegten der stolze Patrizien und des prachtliebenden Diktators der berühmtesten Stadt der Welt.

Sorgen und Reisen, die Zeit und das Unglück hatten die Person Rienzi's bedeutend verändert. Die gedrungene Kraft seines männlichen Alters war in eine Anlange zur Korpulenz übergegangen; seine bleichen Wangen farbte eine hektische und täuschende Röthe. Selbst in seinen jetzigen Studien, so sehr sie ihn auch zu beschäftigten schienen und so entsprechend sie auch einem bis zum Fanatismus begeisterten Gemüth sein mußten, konnten seine Blicke doch nicht, wie einstens fest auf den Zeilen haften. Der Reiz des Studiums war für immer verschwunden. Dann und wann bewegte er sich unruhig, sprang auf, setzte sich wieder und murmelte in gebrochenen Worten, wie ein Mann in einem ängstlichen Traum. Dann irte sein Blick wieder im Zimmer umher und es lag ein seltsames ausblühendes Feuer in diesen großen tiefstehenden Augen.

Angelo hatte im ganzen die Abenteuer Rienzi's nach seinem Sturz richtig erzählt. Er hatte sich zuerst mit Nina und Angelo nach Neapel begeben und bei dem König Ludwig von Ungarn eine täuschende und kurze Gunst gefunden. Jener lebenslustige, aber ehrenwerthe Monarch hatte die Auslieferung seines berühmten Gastes an den Papst Clemens verweigert, aber zugleich offen erklärt, daß er unfähig sei, ihm länger Schutz und Sicherheit zu gewähren. Der Flüchtling, der eine geheime Verbindung mit seinen Anhängern in Rom unterhielt, begab sich darauf zu den Exemiten, die in der Abgelegenheit des Berges Majella lebten, wo er in Einsamkeit und Nachdenken ein ganzes Jahr, die Zeit seines Besuchs in Florenz und seine Rückkehr von dort mittergerechnet, zugebracht hatte. Das Jubiläum in Rom benutzend, durchwanderte er darauf, als Pilger verkleidet, die mit den traurigen Ruinen des alten

Roms noch bedeckten Thäler und Berge, und als er in der Stadt angekommen war, ging sein unruhiger und ehrgeiziger Geist auf neu, aber erfolglose Versuchungen ein. Zum zweiten Mal exkommuniziert durch den Cardinal di Cecco und nochmals Flüchtling, schüttelte er den Staub von seinen Füßen, als er die Stadt verließ und seine Hände zu jenen Mauern erheben, die noch Zeugen der Zeiten der Tarquinier sind, rief er laut: „Rom, Du, das mich geehrt hat als Tribunen, verfolgt als Schlachtopfer, Rom, Du sollst mich noch empfangen als Deinen Eroberer!“

Unter der Verkleidung eines Pilgers wanderte er unangefochten durch Italien nach dem Hofe des Kaisers Karl von Böhmen, wo der Page, der seinen Empfang richtig erzählt hatte, wahrscheinlich dessen Zeuge gewesen war. Es ist aber noch zweifelhaft, ob das Benehmen des Kaisers so ritterlich gewesen, als Angelo es darstellte, oder ob er Rienzi nicht vielmehr den Emiffaren des Papstes überwiesen hatte. So viel ist jedoch gewiß, daß die Reise des ehemaligen Tribunen von Prag nach Avignon wie ein Triumphzug war. Seine seltsamen Abenteuer, die Standhaftigkeit, mit welcher er sein Unglück ertrug, die Bewunderung, die in Rom wieder eingetreten war, sobald seine unbedingte Gerechtigkeit dort nicht mehr waltete, die neue Macht, welche die Wirksamkeit des Geistes von Tag zu Tag in höherem Grade über die Gemüther der neuen Generation ausübte, die Beredsamkeit Petrarca's und die Theilnahme, welche die Menge gewöhnlich an gestürzter Größe und Herrschaft nimmt — alles trug dazu bei, Rienzi zum Helden der Zeit zu machen. Jede Stadt, durch die er kam, hätte gern, um ihn zu beschützen, einer Belagerung sich ausgesetzt, jedes Haus ihn gastfreundlich aufgenommen, jede Hand zu seiner Vertheidigung sich erhoben. Alle Anerbietungen von Hilfe und Unterstützung zurückweisend, alle Gelegenheit zur Flucht verschmähend, ging der Tribun, begeistert durch den festen Glauben an seine hohe Bestimmung nach Avignon und sand dort — ein Gefangniß!

(Fortsetzung folgt.)

Ne ist, darf nicht darüber täuschen, daß sich hier eine mächtige Massenbewegung taugend und halb im Traume zum Dasein emporging, der Konflikt der Kleinen mit den Großen.

Und unser Dresdener Organ bemerkt:
Die Frei-Silberbewegung ist eine Kampagne der Unzufriedenen. Nordamerika hat sich bekanntlich seit der Frühjahrsparade von 1893 bis jetzt nicht erholt, einige Verhältnisse sind sogar theilweise noch schlimmer geworden, so die Arbeitslosigkeit. Die Populistpartei hatte schon früher fast alles zusammengefaßt, was sich einem Protest der Kleinbesitzer gegen das „große Kapital“ angeschlossen, das sich ihm als Bantzen, durch Schulden und andere Begünstigungen großgütigste Trübsal u. s. w. darstellt. Im Wahlkampfe hatten die vereinigten Demokraten und Populisten nach allgewohnter Parteilichkeit die Genugthuung, die Krise seit 1893 rein als Folge der Goldwährung darzustellen, die Republikaner hingegen haben für alle gegenwärtigen Ungenügslichkeiten die ewig wiederholte Erklärung, daran sei einzig nur die Abschaffung des Mac Kinley-Tarifs schuld. Daß auch unter dem für die Republikaner wünschenswerthen Tarife und unter einem Währungsgeetze, das Bryan als „ideal“ bezeichnen müßte, eine Krise über das Land kommen könnte, ist für den Amerikaner eine undenkbare Sache. Ueberproduktion und Ueberangebot in andere Wirtschaftszweigen sollte es hier nicht geben.

Das Hamburger Reformwerk.

Hamburg, anfangs November.

Wie der Telegraph in der vorigen Woche der staunenden Welt verkündete, ist in der Republik am Elbestrand das „große Reformwerk“, zu dem die Cholera-Epidemie von 1892 den Anstoß gab, vollendet. Was damals über die unerhörten Zustände in Hamburg bekannt wurde, erregte ja in ganz Deutschland einen Sturm der Entrüstung und dieser rief selbst in den verhärteten Gemüthern der Hamburger Partizipat das Gewissen wach und ließ sie in den Tagen der Gefahr gute Vorsätze fassen. Lange hielten sie freilich nicht vor. Je weiter man sich von jenen Schreckenstagen entfernte und je mehr die Erinnerung daran verblasste, desto mehr schwand die Neigung dazu, an den verrotteten Zuständen ernstlich die bessernde Hand zu legen.

Vier Jahre hat man gebraucht, das Werk zu vollenden. Was dabei herausgekommen ist, lohnt nicht, darüber Trompetensprüche erschallen zu lassen. Das Resultat ist ein trostloses Zeugniß der Degeneration eines einstmaligen freien und auf seine Freiheit stolzen Bürgerthums. Die Epigonen desselben sind — mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen — dem läghlichen Streberthum verfallen; ihnen liegt mehr an dem erhabenen Titel „L. d. R.“ als an Bürgerfreiheit und Selbstbestimmungsrecht; ihrer Kriecherei nach oben entspricht ihr düstlerhafte Hochmuth gegen die unteren Volksklassen und dreimal heilig sind ihnen die Privilegien des Besitzes, die wohl nirgends so scharf ausgeprägt und gegen den Ansturm der Masse so stark verbarrikadirt sind wie in Hamburg.

Diese Besitzprivilegien unangestastet zu lassen, darauf war man auf allen Seiten ängstlich bedacht. Das gilt sowohl für die einzelnen Gruppen der Bevorrechteten, die Grundeigentümer und Notabeln, die je 40 von den 160 Mitgliedern der Bürgerchaft wählen, gegenüber den gewöhnlichen Bürgern, wie von den drei Gruppen zusammen gegenüber den außenstehenden Rechtlosen, wozu die ganze Arbeiterschaft gehört, die nicht 30 R. für ein Bürgerrecht zahlen kann, das ihr nichts weiter bietet, als daß sie im glücklichsten Fall alle sechs Jahre einmal ihre Stimme bei der Bürgerchaftswahl abgeben kann.

Im Mittlem an den politischen Vorrechten lag für die Besitzprivilegien die größte Gefahr. Darum drängte man den Schwerpunkt der Reform sofort auf ein ungefährlicheres Gebiet, das der Verwaltung. Die Reformirung dieser wurde als das Wichtigste, die politische Reform als Nebensache behandelt. Das hieß, die Dinge direkt auf den Kopf stellen, denn das Festhalten der Verwaltung hatte seine Ursache in der Hauptsache darin, daß der Kreis der Bürger, der politisch Berechtigten, immer enger wurde und daß die ihre speziellen Klasseninteressen stets in den Vordergrund stellenden Grundeigentümer im Verein mit der reaktionären Senatsgarde der Notabeln die Situation vollständig beherrschten.

Das Resultat entspricht dieser Verkehrung der Dinge. Die famose Verwaltungsreform ist nicht mehr und nicht weniger als eine Vankertotterklärung des Liberalismus, wie von liberaler Seite selbst in der letzten Bürgerchaftsversammlung offen zugestanden wurde. An die Stelle der bürgerlichen Selbstverwaltung trat ein Beamtenregiment. Warum? Weil das kleine Häuflein Bürger zu bequem geworden ist, die Arbeitslast der Selbstverwaltung zu tragen, weil es aber nicht den Muth hat, den Kreis der Träger dieser Selbstverwaltung erheblich zu erweitern — aus Furcht vor dem Proletariat. Da opfern selbst die „Liberalen“ ihre liberalen Grundzüge und suchen Schutz unter einem bürokratischen Dache. Hinzu kommt noch, daß in den natürlich hoch besoldeten Posten der regierenden Beamten bequeme Versorgungsstätten für die „gelehrten“ Söhne der Hamburger Großbourgeoisie geschaffen werden. Wesentlich hat man die Karriere der höheren Verwaltungsbeamten den Leuten mit „akademischer Bildung“ vorbehalten; mag ein von der Pike auf gedienter Beamter sich im Laufe langer Jahre einen noch so großen Fonds von Kenntnissen und Erfahrungen gesammelt haben, der „höhere Verwaltungsdienst“ bleibt ihm verschlossen.

Ogleich die politische Seite des Reformwerks als Nebensache behandelt worden, bleibt sie doch die wichtigste. Das Ergebnis freilich ist ein wahrer Hohn auf Gerechtigkeit und Billigkeit. Aus Berichten und Reden zur Sache grünte aus jedem Saß die Furcht hervor, man könne der Sozialdemokratie die Thore zu weit öffnen. Die heuchlerisch-verlogenen Phrasen, hinter denen diese Furcht sich zu verbergen suchte, konnten nur lächerlich erscheinen. Aber einen Punkt gab es, über den absolut nicht wegzukommen war: die Rücklichkeit des Bürgerrechts. Nur ganz verborgene Spießbürger wollten diese schöne Blüthe hamburgischer Gesetzgebungskunst erhalten wissen. Im übrigen war die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit dieser Einrichtung allgemein. Sie mußte also aufgegeben werden. Das einfache Fallenlassen des Bürgerrechts würde aber allen Staatsangehörigen den Zugang zum Bürgerrecht und damit zum Wahlrecht geöffnet haben. Dem mußte im Interesse der Besitzprivilegien vorgebeugt werden. Was thun? Weiter als bis zu der Forderung, allen Steuerzahlenden Staatsangehörigen das Bürgerrecht unentgeltlich zu verleihen, verließen sich selbst die radikalsten unter den Liberalen nicht. Aber das würde ja der bösen Sozial-

demokratie eine nicht unerhebliche Zahl von Wählern verschafft haben, obwohl inzwischen durch eine Steuerreform die Einkommen bis zu 900 M. von der Steuerpflicht befreit waren. Da ättertten natürlich den behägigen Sesselwärmern die Anten; sie würden ja eines schönen Tages aus den Gassen der Hamburgischen Gesetzgebung ermittelt werden!

An stelle der alten wurde also schleunigst eine neue Schranke gegen die Armen errichtet in der Form eines hohen Steuerzensus von 1200 M. Damit aber nicht genug, wurde zur weiteren Bedingung für die Erwerbung des Bürgerrechts gemacht, daß diese Steuer für fünf Jahre ununterbrochen hinter einander bezahlt sein muß. Damit glaubt das bürgerlich-kapitalistische Gewissen dann endlich sich beruhigen zu können; man hofft, vor der Sozialdemokratie ziemlich sicher zu sein.

Und thätlich bedarf es nur eines oberflächlichen Einblicks in die Arbeiterverhältnisse, um zu erkennen, daß nur ein geringer Bruchtheil der Arbeiter unter den stipulirten Bedingungen das Bürgerrecht erlangen kann. Die proklamirte Nothwendigkeit der Vermehrung der Bürger wird nur in ganz minimalem Verhältniß eintreten können. Die Zahl der Bürgerchaftswähler wird sich von den heutigen ca. 22—23 000 auf höchstens 27—28 000 erhöhen.

Inwieweit dadurch der Hamburger Sozialdemokratie die Möglichkeit geboten ist, in die Gesetzgebung Hamburgs einzudringen, läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen. Das wird erst in der Praxis erprobt werden müssen. Jedenfalls werden es die Hamburger Genossen nicht an dem nöthigen Ansporn fehlen lassen, um endlich in Hamburgs Gesetzgebung sich einen Platz zu erobern, von dem aus sie wenigstens gehört werden müssen. Der Schritt zum Besseren ist ja lächerlich gering; aber es würde Thorheit sein, wenn nicht die gegebene Möglichkeit, die Interessen und Wünsche der Arbeiterschaft vor das Forum der Hamburgischen Gesetzgebung zu bringen, benutzt würde. Sie wird deshalb benutzt werden; dafür bürgt das Interesse, das seit dem Cholerajahr in Genossentreiben für diese Frage wachgerufen ist. Vielleicht wird ja besonders die Bedingung der fünfjährigen Steuerzahlung für ein Einkommen von bestimmter Höhe den Selbstsozialpartei Hamburgs noch einige Jahre Ruhe verschaffen. Daß sie aber durch die neugezogenen Schranken vor dem Einzug der Sozialdemokraten gesichert sind, sollen sie nicht glauben. Und sind die Sozialdemokraten einmal eingezogen in Hamburgs Gesetzgebung, dann soll in manchen verstaubten Winkel der Hamburger Staatsinstitutionen hineingeleuchtet werden, daß es uns eine Freude, den Segnern ein heilsamer Schrecken ist!

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. November.

Zum famosen Bismarck'schen Neutralitätsvertrag schreibt man dem „Pester Lloyd“ aus dem österreichischen Generalstab:

Wenn Rußland von Oesterreich-Ungarn „provocirt“ worden wäre, hätte Deutschland eine wohlwollende Neutralität gegen Rußland beobachtet. Welche sind aber die Kriterien der Provokation? Man wird sagen: die Priorität in der Ueberwindung der Kriegserklärung. Das ist aber nicht richtig. Am 27. April 1859 hat Oesterreich die Kriegserklärung in das Hauptquartier der sardinischen Armee geschickt, welchen Umstand die Cavour'schen Organe benutzten, um Oesterreich als den Angreifer hinzustellen, während in Wirklichkeit doch Frankreich und Sardinien den Krieg hervorgerufen hatten. Mit einiger Geschicklichkeit läßt sich also die Kriegursache immer so drehen und wenden, wie man will. Im gegebenen Fall wäre es also dem Kaiser Bismarck nicht schwer geworden, Oesterreich-Ungarn als den provozirenden Theil hinzustellen und eine wohlwollende Neutralität gegen Rußland anzunehmen. Und die praktische Betätigung dieser letzteren ließ bei der bundesfreundlichen Gesinnung Bismarck's gegen unsere Monarchie die größten Zusagen erwarten. Seit dem Abschlusse des Bündnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland entwickelte sich zwischen beiden auch militärisch ein so intimes Verhältniß, daß man in Berlin einen tiefen Einblick nicht nur in die augenblicklichen Armeeverhältnisse Oesterreich-Ungarns, sondern auch in jene geheimen Anordnungen gewann, welche für bestimmte Eventualitäten beabsichtigt waren. Der Militär-Attaché der deutschen Botschaft in Wien genöthigt das höchste Vertrauen Sr. Majestät des Kaisers und Königs und war jederzeit im Kriegsministerium wie im Generalstabe eine willkommenen Persönlichkeit, welcher man mit größter Offenheit begegnete. Zu gewissen Manövern, Schießversuchen und Experimenten, zu denen sonst kein Militär-Attaché Zutritt hatte, wurde der Vertreter der deutschen Armee vertrauensvoll herangezogen. Dieser wußte alles und erfuhr alles und berichtete natürlich pflichtgemäß alles nach Berlin.

Nun darf an der Bundesarmee und an den lokalen Abtheilungen der militärischen Faktoren in Berlin keinen Augenblick gezwifelt werden. Allein die beim Generalstabe einlaufenden Berichte der Militär-Attachés werden geschäftsordnungsmäßig auch dem auswärtigen Amte ad videndum (zur Einsicht) zugestellt und überdies pflegt das auswärtige Amt nicht selten die Vorkosten direkt anzuweisen, über bestimmte militärische Angelegenheiten, operative Vorbereitungen u. dergl. m. durch den Militär-Attaché Erläuterungen einzulegen zu lassen und den Bericht unmittelbar der Reichskanzlei einzusenden.

Nun kommt — wie gesagt — der deutsche Militär-Attaché vermöge des Vertrauens, welches man denselben von allen Seiten entgegenbrachte, alles erfahren, was er wollte. Man kann sich also vorstellen, wie Kaiser Bismarck die „wohlwollende Neutralität“ gegen Rußland praktizirt hätte, wenn Oesterreich-Ungarn in der Periode 1864—1890 so unvorsichtig gewesen wäre, in die Falle zu gehen und Rußland zum Kriege zu „provociren“. Es graut uns, wenn wir die Praktiken und Konsequenzen der „wohlwollenden Neutralität“ durchdenken, welche der „eiserne Reichskanzler“ dem Petersburger Kabinet zugesagt hatte.

Wir veröffentlichen diese Stimme aus den maßgebenden Kreisen Oesterreich-Ungarns, weil von den schamlosesten der Bismarck'schen Organe noch immer der Versuch gemacht wird, den Neutralitätsvertrag mit Rußland als ganz harmlos und den Bundesvertrag mit Oesterreich gar nicht berührend hinzustellen. —

Die orientalische Frage ist nicht zu verwechseln mit der türkischen Frage. Diese bildet nur einen Theil derselben, gemüßmaßen, wenn man eine „Frage“ so körperlich auffassen kann, den einen Flügel, während Indien das Centrum und China-Japan der andere Flügel ist. Es heißt das auch die Schlichterordnung dar, in welcher England und Rußland einander gegenüberstehen.

Auf dem türkischen Flügel scheint jetzt eine Periode relativer Beruhigung eintreten zu wollen; weder England noch Rußland haben ein Interesse daran, es jetzt hier zum Konflikt zu treiben. Sie haben um so weniger ein Interesse, als sich am anderen Flügel der orientalischen Frage: in Ostasien, der Gegenfah zwischen England und Rußland sich zusehends verschärft und auspricht. In Japan hat sich vor kurzem ein

Regierungswechsel vollzogen, der merkwürdiger Weise in Europa fast unbeachtet geblieben ist: an stelle des friedlichen Ministeriums Ito, welches in die Klüftung der Halbinsel Liao-Tung willigte, ist ein Ministerium Ouma getreten. Graf Ouma ist das Haupt der japanischen Kriegspartei, die im Frühjahr 1895 — nach der Niederwerfung Chinas — den Kampf mit Rußland aufnehmen wollte, und auch vor dem französisch-deutsch-russischen Bündnisse die Segel nicht streifte. Damals wurde Ouma aber zum Rücktritt genöthigt. Inzwischen hat Japan seine Kriegsstärke vermehrt, sein Landheer beinahe verdoppelt und Graf Ouma ist wieder an der Spitze der Regierung Japans. In einer Rede, die er jüngst zu Osaka hielt, sprach er sich für eine „Mähne auswärtige Politik“ aus und erklärte es für die Pflicht des japanischen Volkes, sich nicht länger um die Früchte des Krieges mit China betrogen zu lassen. Das heißt aber, wenn dem Worte die That folgt, Krieg mit Rußland. Daß England dann nicht ruhig beiseite stehen könnte, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
Die halbwächtige Wutchen einen Sport damit treiben, sich gegenseitig wegen Majestätsbeleidigung zu denunziren, lehrte eine Verhandlung vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I, woselbst unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Arbeiter Otto Jahn verhandelt wurde. Bei der Urtheilsvorbereitung hob der Vorsitzende hervor, daß einzig und allein Medereien, die sich der Angeklagte zu dem Arbeiter Feil Nieger wegen dessen körperlichen Gebrechens erlaubt hatte, die Veranlassung zu einer ganz grundlosen Denunziation gewesen wären. Jahn wurde deshalb freigesprochen und die Kosten des Verfahrens dem Zeugen Nieger auferlegt, weil er sündiger Weise willkürlich eine falsche Anzeige erstattet hatte.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1897/98, den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Handels-Etats für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1897/98 und den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Entwurf des Etats über den Reichs-Invalidentfonds zum Reichshaushalts-Etat für 1897/98 wurde nach dem Berichte der zuständigen Ausschüsse genehmigt, ebenso der Entwurf des Etats der Marineverwaltung zum Reichshaushalts-Etat für 1897/98 und der Entwurf des Reichshaushalts-Etats für 1897/98 und zwar: a) Einnahme an Zöllen, Verbrauchssteuern u. s. w., b) Einnahme an Stempelabgaben. Dem Berichte der zuständigen Ausschüsse betreffend den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Gesetze über Postdampfschiff-Verbindungen mit überseeischen Ländern wurde die Zustimmung ertheilt. Die Etats zum Reichshaushalts-Etat für 1897/98 und zwar: a) der Post- und Telegraphenverwaltung, b) für die Verwaltung der Eisenbahnen, wurden genehmigt. —

An Zöllen und Verbrauchssteuern sind in der ersten Hälfte des laufenden Etatsjahres folgende Einnahmen zur Aufschreibung gelangt: Zölle 213 021 291 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahrs + 18 557 825 M.), Tabaksteuer 4 006 788 M. (+ 50 997 M.), Zucksteuer und Zuschlag zu derselben 49 526 841 M. (+ 9 934 908 M.), Salzsteuer 21 176 602 M. (+ 482 060 M.), Malzschottich- und Brauwassersteuer 294 623 M. (+ 1 242 889 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 60 087 719 M. (+ 5 887 784 M.), Brennsteuer 681 362 M. (+ 841 866 M.), Brausteuer 14 371 654 M. (+ 385 006 M.), Uebergangsabgabe von Bier 1 840 148 M. (+ 40 614 M.), Summe 363 968 062 M. (+ 32 296 207 M.). Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 8 176 435 M. (+ 1 027 948 M.), b) Kauf und sonstige Anschaffungsgegenstände 6 798 768 M. (+ 58 800 M.), c) Loose für: Privatlotterien 2 735 000 M. (+ 735 854 M.), Staatslotterien 6 000 954 M. (+ 527 186 M.), Spielkartenstempel 597 356 M. (+ 57 978 M.), Besatzstempelsteuer 4 485 493 M. (+ 267 080 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 142 462 920 M. (+ 6 861 668 M.), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 86 029 000 M. (+ 1 575 000 M.).

Die zur Reichskasse gelangte Zin-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende September 1896: Zölle 193 801 481 M. (+ 17 219 919 M.), Tabaksteuer 4 087 828 M. (+ 58 800 M.), Zucksteuer und Zuschlag zu derselben 41 567 649 M. (+ 4 967 872 M.), Salzsteuer 20 708 127 M. (+ 667 660 M.), Malzschottich- und Brauwassersteuer 5 488 403 M. (+ 1 175 516 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 51 438 176 M. (+ 3 782 916 M.), Brennsteuer 425 026 M. (+ 147 268 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 1 877 674 M. (+ 361 369 M.), Summe 331 284 264 M. (+ 24 038 149 M.). — Spielkartenstempel 665 187 M. (+ 49 568 M.).

Ueber die Erhöhung der Beamtengehälter stehen nach Mittheilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ endgültige Entschlüsse noch aus. —

Herr von Rottenburg ist nun definitiv kalt gestellt. Heute veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ die Ernennung des bisherigen Kommissarischen Universitäts-Kurators in Bonn, Wirklichen Geheimen Rath Dr. Franz Johann von Rottenburg zum Kurator der Universität Bonn. Nun werden die Herren Stumm, Vorster, Möller, Bued und Genossen besser schlafen. —

Zum evangelisch-sozialen Parteitag in Erfurt bemerkt die „Zeit“ den „Vorwärts“ berechtigt, daß nicht 31 „Entwürfe“ eines vollständigen Programms, sondern nur zwei solcher Entwürfe und außerdem 29 Anträge zu einzelnen Punkten hinzugekommen sind. —

Diese Anträge sind zum Theil so umfangreich, sind so wenig miteinander vereinbar, daß es außerordentlich schwer fallen wird, aus denselben eine homogene Ganges zusammenzustellen und alle Antragsteller zufrieden zu stellen. Raumann, Göhre und Gerlach werden zahlreiche Konzeptionen nach rechts machen müssen, wenn sie nicht am Gründungstage ihrer Gruppe den Auseinanderfall derselben erleben wollen. —

Der ständige Ausschuß des deutschen Landwirthschafts-Rathes wird der „Post“ zufolge am 19. und 20. November zu einer Sitzung zusammenzutreten, um über folgende Gegenstände zu beraten: 1. Feier des 25-jährigen Bestehens des deutschen Landwirthschafts-Rathes. 2. Berichte der Kommissionen: a) für den Entwurf eines Handelsgesetzbuches; b) für die ländliche Arbeiterfrage; c) für Maßnahmen der Schuldenlast und Schuldentilgung des ländlichen Grundbesitzes. 3. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung von Arbeiterversicherungs-Gesetzen. 4. Hauptmangel und Gewährsrisiken im Viehhandel (§ 452 des Bürgerlichen Gesetzbuches). 5. Die Organisation des Gemeindehandels nach dem 1. Januar 1897. 6. Die Margarine-Gesetzgebung. 7. Petition der Kleinwälder an den Reichstag um Einführung einer stoffähnigen Produktions- oder Umsatzsteuer. 8. Lage der Zuckerindustrie. 9. Auf Antrag der Landwirthschafts-Kammer für die Provinz Sachsen: „Die Einführung von Ausfuhrzöllen auf Kalisalz und die chemischen Fabrikate aus denselben.“ 10. Feststellung der Tagesordnung und Wahl des Termins für die 15. Plenarversammlung. —

Auf der achten Konferenz der deutschen Giltlichkeitsvereine (siehe die gestrige Nummer) hielt der Erste Staatsanwalt Dr. Keil-Breslau eine bemerkenswerthe Rede. Er sagte nach den vorliegenden Berichten bürgerlicher Blätter:
Wer da behauptet, daß die Sozialdemokraten Gegner von

Sittlichkeitsbestrebungen sind, der tagt die Arbeiter durchaus falsch. Der Arbeiter denkt gar nicht daran, sich ins entgegenzustellen, er denkt zum Theil von der Sittlichkeit sehr streng. Ich habe oft Gelegenheit gehabt, Vergleiche anzustellen zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Blättern, und sie sind zu Gunsten der sozialdemokratischen Blätter ausgefallen. Sie sind in Artikeln und Erzählungen weit anständiger, als die bürgerlichen Blätter, und diese Thatsache ist beschämend für uns. Ich weiß nur von einer Ausnahme. Diese betrifft die „Neue Welt“, ein illustriertes Blatt, das zugleich Beilage zum „Vorwärts“ ist. Dieses Blatt hat die Tendenz, den Naturalismus in die Arbeiterkreise einzuführen, allein der Erfolg ist auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag in Gotha zu sehen gewesen. Dort hat man dem Blatt in sehr deutlicher Weise seine Meinung kundgegeben. Die ältesten, erfahrensten und anständigen Männer der Partei haben die Haltung des Blattes verurtheilt. Sie haben dagegen protestirt, daß die jüngeren Parteigenossen durch ihre unsittlichen Geisteserzeugnisse ihre Familie der Versumpfung und Vergiftung entgegenzuführen. Ich kann daher nicht zugeben, daß der sozialdemokratische Arbeiter als Sozialdemokrat in sittlichen Dingen anders denkt als wir, und ich bitte deshalb, daß man ihn nicht zusammenwerfe mit Rowdy's (Weisfall). Man hat leider immer noch vielfach die Ansicht, daß Sozialdemokraten zusammengehören mit lüthlichem Gesindel und anrüchlichen Personen. Wir aber müssen objektiv handeln und da muß ich sagen: Die Arbeiter sind sittlich. Und für die Prostitution treten sie nicht, wie ein Vorredner gesagt hat, gegen die Behörden ein. Es ist etwas anderes, wo Arbeiter wegen politischer Vergehen verhaftet werden sollen. Da regt sich die Abneigung gegen die bewaffnete Macht. Allein in sittlichen Angelegenheiten stehen sie neben uns.

So der Herr Staatsanwalt. Er hat recht — wenn man das Wort Sittlichkeit nicht im religiös-moralischen Sinne nimmt, sind die Arbeiter, soweit sie sich zum Klassenbewußtsein aufgeschwungen haben und in dem Emanzipationskampf des internationalen Proletariats mitmachen, gewiß sittlich, und da sie Lebensbedingungen schaffen wollen, welche die in der heutigen Gesellschaft unmögliche Sittlichkeit erst möglich machen — wir wollen nur von der Prostitution reden, gegen welche die heutige Gesellschaft ohnmächtig ist — so steht die Arbeiterklasse in „sittlichen Angelegenheiten“ nicht bloß neben, sondern über den herrschenden Klassen.

Wenn auch der Herr Staatsanwalt die Debatte über die „Neue Welt“ nicht ganz richtig aufgefaßt hat, so nehmen wir doch von seinem Zeugniß für die sozialdemokratische Presse Akt.

— **Begnädigung.** Durch Erkenntniß der Strafkammer des Landgerichts zu Bochum war vor einigen Monaten der Polizeiergeant Peyer aus Hülsterhausen, Amt Siedel, wegen Körperverletzung bezw. Mißbrauch der Amtsgewalt zu einer Geldstrafe von 50 M. verurtheilt worden. Nach einem der „N. B. Ztg.“ vorliegenden Schriftstücke der Königl. Staatsanwaltschaft ist dem Polizeiergeanten Peyer diese Strafe durch die Gnade des Kaisers erlassen worden.

Marggrabowa, Ende Oktober. (Königsb. Allgem. Ztg.) Russisches reguläres Militär als preussische Arbeiter, diesen gewiß seltenen Publikum konnte man beim Bau des Entwässerungskanales in Moosbun in der Nähe unserer Stadt mehrere Wochen gesehen. In Russland werden nach Schluß des Wanderversoldaten zur Arbeit verurtheilt. Da hier eine großer Mangel an landlichen Arbeitern ist, wandte sich der Bauunternehmer für diesen Kanal an die russische Militärbehörde mit dem Erfolg, daß etwa 40—50 Soldaten der in Suwalki in Garnison stehenden Infanterie-Regimenter Nr. 19 und Nr. 20 hierher geschickt wurden. Die Soldaten erhielten einen Tagelohn von 1,70 bis 1,90 M., wovon sie nach ihrer Aussage 20 bis 40 Pf. pro Tag an ihren Offizier abgeben mußten. Der Tagelohn dürfte, wenn man berücksichtigt, daß der Arbeiter bis an den Oberkörper im Wasser stehen muß, wahrlich nicht zu hoch sein.

Dresden, 2. November. Der Kriegsminister bringt zur allgemeinen Kenntniß, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienlich verboten ist, sich auf Veranlassung von Zivilpersonen mit dem Vertrieb von Druckwerken und Waaren innerhalb von Truppentheilen oder Bezirken — seien dies nun ihre eigenen oder fremde — zu befassen. Den Unteroffizieren und Mannschaften ist zugleich befohlen, von jeder einer Zivilperson an sie ergehenden Aufforderung zum Vertrieb von Druckwerken oder Waaren ihren Vorgesetzten Meldung zu machen.

Eine ähnliche Verordnung ist in den letzten Tagen der Ministerthätigkeit des forschen Vronskart von Scheffendorff erlassen worden. Mehr als Achtung des Denunziantenwesens wird auf diesem Wege nicht erreicht werden.

In Gerdborf b. Hohenstein i. S. hat der Gemeinderath auf Ansuchen des Gewervereins beschloffen, den beiden am Orte befindlichen Waaren-Vertheilungs-Vereinen eine Umfassungser aufzulegen, dafür stimmte auch der frühere Vertrauensmann unserer Partei; ein Beweis, wie sich bei den Gemeinderathswahlen unsere Genossen manchmal in der Person täuschen.

Arnstadt, 2. November. (Weil. Morg.-Ztg.) Aenderungen in der Strafvollzüge. Von der hier stattgehabten Konferenz der Vertreter der thüringischen Staaten wird berichtet, daß beabsichtigt wird, die Einzelhaft durchzuführen für sämtliche jugendlichen Strafgefangenen, für alle noch nicht vorbestraften Sträflinge und für diejenigen, deren Strafe geringer als drei Monate ist. Da außerdem die Gefangenen während der Nachtzeit isolirt werden sollen, werden in Jüterbohusen umfangreiche bauliche Veränderungen erforderlich werden.

Mudelsdorf, 4. November. (Fig. Ber.) Trohdem nun fast eine Woche verstrichen ist, seitdem die Wähler bei der Landtagswahl gefaßt, kann etwas Positives über das Stimmverhältniß der Parteien zu einander doch noch nicht berichtet werden und wird auch noch eine geraume Zeit verstreichen, ehe die Wahrheit durchsicht, nämlich bis zum Zusammentritt des Landtags. Das Regierungsgesetz verläuft einfach, und zwar unter „Verwischen“, die und die sind gewählt, mit wieviel Stimmen dies aber geschieht, spielt dabei offenbar keine Rolle; offizielle Bekanntmachungen der Wahlkommission existiren einfach nicht. Der Ausgang des Wahlkampfes war jedoch, daß läßt sich schon heute, ohne genauere Kenntniß der abgegebenen Stimmzettel in allen Wahlkreisen, sagen, für uns ein ehrenvoller, denn wir hielten, wie bereits telegraphisch berichtet, den 12. Wahlkreis und eroberten neu den 6. Wahlkreis (Königsf. Stadt), sodas unser Genosse April, der den 12. Kreis bereits seit 1887 im Landtage vertritt, diesmal nicht mehr allein einzieht. Jedoch noch eine weitere Bedeutung hat der Ausfall der Wahl. Im Wahlkampf drückte sich nämlich mit deutlicher Schärfe die Gegnerschaft aus der „gutgesinnten“ Wähler gegen die Beamten als Abgeordnete aus und fielen dieser Antipathie bisher Bürgermeister Bähring und Stadtschreiber Röh zu Opfer, während Landrath v. Holleben in seiner bisher unbestrittenen Domäne Leutenberg, wofolst er große Besigungen hat, in die Stichwahl gedrängt wurde, bei der unsere Genossen für den Bauer Weniger eintreten werden, bloß um den Landrath von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Leider wurde Landrath Werner, der reaktionäre Geist des exzentrischen schwarzburgischen Beamtenhums wiedergewählt. Die erzielten Erfolge müssen angefaßt der Thatsache, daß uns auch nicht eine öffentliche politische Versammlung mehr gestattet wird und wir deshalb nur auf die Agitation mittels Flugblättern angewiesen

sind, als sehr gute bezeichnet werden und zwar umso mehr, da die kaum 80 000 Einwohner des ganzen Landes sich auf 6 Städte und 168 Dörfer vertheilen! Mag auch manchen Genossen das Ergebnis nicht befriedigen, so entgeht jedoch dem tiefer Blickenden die Thatsache nicht, daß mit der diesjährigen Landtagswahl das erste Mal mit dem alten Schlandrian gebrochen wurde, denn es handelte sich diesmal nicht speziell um Personen, sondern um Prinzipien. Und daß dies der Fall war, ist einzig das Verdienst der Sozialdemokratie, die Leben in die Wahlbewegung brachte. Unter unendlichen Mühen und Opfern wurde die Saat gestreut, die nächste Wahl wird uns reichliche Ernte bringen.

— **Eine zeitgemäße Reminiscenz.** Beim Durchstöbern alter Papiere fällt uns ein Flugblatt in die Hände, welches eine am 27. Mai 1881 in Berlin in einer Versammlung der christlich-sozialen Partei gehaltene Rede des verstorbenen Hofpredigers Stöcker enthält. Stöcker, der damals auf dem Gipfel seiner Macht stand, läßt sich über die damalige Lage der Sozialdemokratie wie folgt aus: „Als wir im Jahre 1878 zuerst den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnahmen, da hieß es: die Sache wird im Sande verlaufen; unsere Gegner lachten. Wenige Monate darauf, nachdem man unsere wohlgemeinten Warnungen überhört hatte, kamen die Attentate, das Aufwachen der Sozialdemokratie trat fürchtbar zu Tage — heute ist die Sozialdemokratie äußerlich niedergeschlagen, innerlich zerlegt.“ — So das Auge, das nie lügen kann, vor nunmehr 15 Jahren. Einen Kommentar mag sich der Leser hierzu übrigens selbst machen. Das wird ihm sehr leicht fallen, wenn er nur einen Blick auf die gegenwärtige Lage Stöcker's und seiner Partei wirft. Beide liegen zerstückelt am Boden, während die Sozialdemokratie muthiger denn je in die Zukunft blickt.

— **Die paar württembergischen National-Liberalen** wollen sich nächsten Sonntag in Freudenstadt auf einer sog. Wanderversammlung ein Rendezvous geben und gleichzeitig einige interessante Vorträge veranstalten. Unter anderem wird Rechtsanwält Dr. Schall über: „Grundsätze und Ziele der deutschen Partei“ und Professor Hauber über: „Die Mittel zur Verbreitung unserer Parteigrundsätze“ sprechen. Außerdem wird Dr. Witzgen sich einen „Vergleichenden Rückblick auf den nationalliberalen, den sozialdemokratischen und den demokratischen Parteitag—Berlin—Gotha—Stiehlben—Ulm“ gestalten. — Auf die „Grundsätze“ der Herren Nationalliberalen darf man gespannt sein, da dieselben ja schon längst keine mehr haben; nicht minder interessant wird der Vergleich zwischen Berlin und Gotha werden.

Oesterreich. — **Die Wahlen für den niederösterreichischen Landtag** haben diesmal durch die Beteiligte der sogen. „Sozialpolitiker“ einiges Interesse erhalten. Wenn man Herrn A., dem Wiener Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, glauben dürfte, so handelt es sich dabei um nichts weniger, als den Versuch einer „neuen Partei“, im politischen Kampfe sich zu betheiligen, der bisher — die Arbeiterklasse ist von dem Wahlrecht für den Landtag noch ausgeschlossen — von den Liberalen und den Antisemiten geführt und von diesen Parteien zu einer abstoßend ekelhaften Komödie herabgewürdigt worden war. Knapp zwei Wochen vor dem Wahltag traten die Kandidaten der „Sozialpolitiker“ auf und stellten sich den Wählern des ersten Stadtbezirks vor — des einzigen Bezirks, in welchem die Antisemiten keinerlei Ansehen auf Erfolg hatten. Prof. v. Philippovich, der den Sozialismus als „Utopie“ verwirft, Otto Wittelsböcker, der als sozialistischer Theoretiker seinen Namen gemacht hatte, der bekannte demokratische Reichsraths-Abgeordnete Kronawetter, der an stelle des wirtschaftlichen Kampfes die „Harmonie der wirtschaftlichen Interessen“ gesetzt sehen möchte, Prof. Gruber, ein Eisenwerkesbesitzer v. Neumann und der Advokat Dr. Osner: sechs Kandidaten mit sechs verschiedenen Programmen: anständige Menschen, erfüllt vom Ekel über das Treiben der Liberalen sowohl wie der Antisemiten und darin einig; einzig etwa noch in gewissen elementaren Forderungen nach moderner Verwaltung, aber ungleich in den wichtigsten prinzipiellen Fragen — das sind die Wortführer und Vertreter der „neuen Partei“. Nichts ist bezeichnender für diese Partei, als die Unterschriften, die unter ihrem Wahlaufrufe prangen: ein pensionirter Seklionschef, dessen Name mit der Periode der schwachvollsten Polizeiverwaltung für immer verknüpft bleibt; der Oberbibliothekar der jüdischen Kultusgemeinde, ein Pfaffe salinistischer Sorte; ein beliebter Komiker, der den Wahlaufruf gewiß nie gelesen, u. s. w. mit Grogie. Auch der Präsident des obersten Gerichtshofes, Herr v. Streumayr, und der Leibarg des Kaisers (!) haben der neuen „Partei“ ihren Segen gegeben. Das Wahlkomitee der liberalen Partei aber erklärte natürlich sofort, daß es drei der sozialpolitischen Kandidaten auf die liberale Liste setzen wolle, denn die Liberalen seien ja von jeher für das Programm der Sozialpolitiker eingetreten — und ein scharfes Urtheil über die „neue Partei“ ist schwer auszubedenken. Die Entrüstung macht zwar die Partei, aber nicht der Politiker; die Entrüstung der jüdischen Wähler über die liberale Partei, die sich ihrer Sonderinteressen nicht kräftig genug angenommen haben soll, genügt nicht, um diese Wähler, welche die Bornirteste, feigste und verächtlichste Gruppe der österreichischen Bourgeoisie — was immer etwas sagen will — vertreten, nun auf einmal zu anständigen politischen Elementen zu machen. Die Sozialreform hat an der Wölfe keinen Kurs. Die für die Sozialpolitiker abgegebenen Stimmen sind nichts als eine Abgabe an die liberale Partei, aber kein Zeichen dafür, daß der Boden für eine anständige bürgerliche Partei in Wien schon vorhanden ist. Soll einmal eine solche geschaffen werden, dann wird das nicht von Männern geschehen, die zwar gute ehrliche Leute sind, mit denen am Wirthshausische sich gemüthlich disputiren läßt, die aber als Politiker vor allem den einen Fehler haben: unfähig zum Führer, und zu eingebildet, um zu folgen.

Ueber das Wahlergebn wird gemeldet: Das Skutinium der Landtagswahl in der inneren Stadt war heute früh gegen 3 Uhr beendet. Keine Partei erhielt die absolute Mehrheit. Es kommen daher in Stichwahl die Liberalen und, welcher 1652, Roste, der 1778, und Benedikt, der 1442 Stimmen erhielt, ferner die sozialpolitischen Kandidaten Professor v. Philippovich mit 1742, Osner mit 1674 und Kronawetter mit 1664 Stimmen, endlich sämtliche 6 Kandidaten der Antiliberalen mit etwa 1500 Stimmen.

In den übrigen Stadtbezirken Wiens und der anderen Orte haben die Antisemiten herlicher Schattirung einen vollständigen Sieg errungen, womit die Auflösung des österreichischen Liberalismus besiegelt ist.

Ungarn. — **Budapest, 5. November.** In Czjornok tödtete ein Bauer seinen Vater, angeblich deshalb, weil derselbe nicht für den Kandidaten der Volkspartei gestimmt hat.

Wie verlautet, ließ Franz Rostoff den ehemaligen Reichstags-Abgeordneten Ugron, weil derselbe ihn in einer Wahlrede beschimpft hatte, zum Duell fordern.

Schweiz. — **Vasel, anfangs November.** (Fig. Ber.) Der Basler Große Rath hatte Ende des vorigen Monats wieder seinen sozialpolitischen Tag. Der Konservatismus, der engherzige Stiehbürgergeist, die Prostitution der großräthlichen Waispessulanten ließ weder eine sachgemäße Debatte, noch einen praktischen Beschluß zustande kommen. Es handelte sich um einen regierungsräthlichen Rathschlag zur Verbesserung der Basler Wohnungsverhältnisse. Die Regierung legte dem Rathe einen Entwurf, bezw. „Programm“ vor, wie sie sich die Verbesserung der Basler Wohnungsverhältnisse denkt. Sie verlangt in ihrem Entwurf: Erlass eines Wohnungsgesetzes, Erlass eines neuen Gesetzes, bezw. Ausdehnung der städtischen Expansionsbefugnisse, Ankauf von Wohnhäusern in der inneren Stadt und Ein-

richtung derselben nach den Vorschriften des Wohnungsgesetzes behufs Vermietung, Ueberlassung von Baugrund zu billigen Bedingungen an gemeinnützige Baugesellschaften und an Baugesellschaften behufs Errichtung von billigen Wohnungen zum Zwecke des Verkaufs oder Vermietung; Erstellung billiger Wohnungen auf Staatskosten in den verschiedenen Quartieren zur Vermietung an Staatsangestellte und Arbeiter eventuell auch an andere Einwohner.

In der Theorie war alles mit dem regierungsräthlichen Programm einverstanden; der konservativ Große Rath, der Sprecher seiner Fraktion war, überholte den Sozialisten weit an Arbeiterfreundlichkeit, es gab ein wahres Wettrennen um die Gunst der Arbeiterklasse. Als aber der Vorsteher des Baudepartements erklärte, daß es der Regierung wirklich ernst sei mit der Durchführung des oben angeführten Programms, da wendete sich das Blättchen und aus war's mit der freisinnig-konservativen Arbeiterfreundlichkeit. Die Herren erklärten, daß für den Rath genüge, wenn er einen Antrag annehme, wonach der Große Rath von dem Programm der Regierung Kenntnis genommen und in späterer Zeit geeignete Vorschläge erwarte. Am meisten Widerspruch seitens der Vertreter der bescheidenen Klasse fanden die zwei Punkte, wonach der Staat gemeinnützigen Baugesellschaften Baugrund zu ganz billigen Preisen überlassen soll, event. der Staat selber den Bau bezw. Ankauf von Arbeiter-Mietwohnungen übernehmen soll. Das gefaßt den Herren nicht, daß der Staat den Profit gefährdet und die Arbeiter vor wucherischer Ausbeutung durch die Waispessulanten schützen will. Arbeiterfreundlich sein ist sehr schön, aber es darf den Profit nicht gefährden und kein Geld kosten. In diesem Sinne wurde denn auch vom Rathe ein Beschluß angenommen, der besagt, daß der Große Rath des Kantons Baselfeld sich mit dem Programm der Regierung für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse einverstanden erkläre und in späterer Zeit geeignete Vorschläge für die Ausführung des Programms erwarte. Das die weltberühmte freisinnig-konservative Sozialpolitik Basels, — ein Zeichen des „vernünftigen Fortschritts“. — Auch die nächste Sitzung des Großen Rathes, die auf 12. November angesetzt ist, beschäftigt sich mit Sozialpolitik. Auf der Tagesordnung steht die Beratung eines Entwurfes über Errichtung eines Vermittlungsamtes bei Lohnbewegungen und Streiks und die endgiltige Beratung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Es geht etwas langsam in der Basler Sozialpolitik; das Arbeitslosenversicherungsgesetz liegt schon über drei Jahre in der Beratung des Basler Parlaments und über anderthalb Jahre hat die Regierung schon Auftrag, einen Entwurf für ein Vermittlungsamt vorzulegen, und weitere anderthalb Jahre wird es noch dauern, bis das Vermittlungsamt greifbare Gestalt annimmt. Es ist in der Schweiz auch wie in Deutschland: wenn es sich um Schutz der Arbeiter handelt, geht's immer etwas langsamer!

Die Züricher Genossen sind mit der neuen Sozialpolitik des dortigen Stadtraths nicht ganz zufrieden. Sie werden daher gegen die Vermehrung des städtischen Polizeikorps stimmen, welche der Stadtrath als einziges Heilmittel gegen künftige Volksaufstände und Italienerkrawalle empfiehlt. Praktische Sozialpolitik wäre besser.

Die Berner Sozialdemokraten beauftragten ihr Parteikomitee, ein Initiativkomitee, ein Initiativbegehren einzulegen zur Einführung der Proportionalwahl für den Großen Rath. Das Komitee hat sich zu diesem Zwecke mit den übrigen, dem neuen System freundlichen Parteien in Verbindung zu setzen. — Unter den Berner Genossen ist gegenwärtig eine Bewegung im Gange, welche die Forderung der gegenwärtigen Spaltung der Berner Sozialdemokraten zum Zwecke hat. Es sind sichere Anzeichen vorhanden, daß der Friede unter unseren bernischen Genossen wieder hergestellt wird.

Frankreich. — **Paris, 5. November.** Der sozialistische Abgeordnete Coustant stellte in der heutigen Kammer Sitzung den Antrag, den Arbeitslosen einen Kredit von 4 Millionen Franken zu eröffnen. Es sei dieser Betrag ebenso hoch wie der für das Jarenfest. Der Antrag wurde der Budgetkommission überwiesen.

Paris, 3. November. („Voss. Ztg.“) Die politischen Gegner des Herzogs von Orleans haben seine Hochzeitswoche abgewartet, um die unangenehmen Geschichten über ihn in alle Winde zu rufen. Sie erzählen unter anderem mit peinlicher Genauigkeit in der Angabe aller Namen, zeitlichen und örtlichen Umstände, daß er 1889, als er in der Schweiz unter der Obhut des gewesenen Oberlieutenants Perceval dem Studium der Kriegswissenschaft oblag, die Bekanntschaft einer kleinen Genfer Schauspielerin namens Nini Debien machte und mit ihr nach wenigen Tagen bis an die äußersten Grenzen der Vertraulichkeit gelangte. Die Beziehung dauerte wenige Wochen, dann verließ der Herzog plötzlich seine kleine Freundin und reiste nach Paris, um seine Einweihung ins Meer zu verlangen, wofür er bekanntlich zu mehrmonatiger Haft verurtheilt wurde, die er im Gefängniß zu Clairvaux abthat. Nintil war er damals mit seiner Base verlobt, der Prinzessin Margarethe von Chartres, jetzigen Herzogin von Magenta. Nini war ihm, als sie aus den Zeitungen erfahren hatte, wo er war, noch gereist; während seine Braut mit ihrer Mutter im letzten Gefängniß beim Herzog weilte, suchte seine Freundin an der Anstalt ihr vergebens Einlass zu erlangen. So kurz das Verhältnis gewesen war, es blieb nicht ohne Folgen. Bald nachdem der Herzog von Orleans Clairvaux verlassen hatte und nach London zurückgekehrt war, schenkte Nini einem Knaben das Leben und gab ihm in liebevoller Erinnerung an seinen flatterhaften Vater den Namen Philipp. Als richtige Pariserin suchte sie natürlich an dem Herzog Erpressung zu üben, die in diesem Falle allerdings mild beurtheilt werden muß. Der Herzog aber widerstand. Den Familienüberlieferungen der Orleans getreu weigerte er sich, Geld zu geben. Er wollte weder für die Mutter noch selbst für das Kind etwas thun. Es sagte sich, daß gerade damals auch Hofesfort, der vor dem Urtheil des Senats in der Boulanger'schen Strafsache geflohen war, sich in London aufhielt. Nini Debien ging zu ihm und klagte ihm ihre Noth. Da hatte Hofesfort einen seiner boshaften Einfälle. Er sagte der jungen Mutter: „Wissen Sie was, meine liebe Nini, da der Herzog von Orleans nichts für sein Kind thun will, so werde ich sein Söhnchen ernähren. Sie können es mir lassen.“ Und thätlich behielt der Ansturmman den kleinen blonden Prinzen spröbling in seiner Pflege, während dessen Mutter zur Bühne zurückkehrte. Später versuchte sie nochmals, sich dem Herzog zu nähern. Sie wurde daran verhindert, doch traten Personen seiner Umgebung mit ihr in Verbindung und boten ihr für ihr Söhnchen im Namen des Herzogs eine Jahresrente von tausend (eintausend!) Franken an, die Nini auch annahm. Das ist alles, was der Herzog für seinen Erstgeborenen zur linken Hand gethan hat. Der kleine Philipp soll seinem Vater so ähnlich sehen, daß man Bildnisse des Herzogs aus dem Kindesalter für solche seines Söhnchens hält, das jetzt sechs Jahr alt ist. Am Mutter und Kind hat der Herzog von Orleans sich, seitdem er Nini verlassen, nie wieder einen Augenblick gekümmert. Das ist die Geschichte, die man jetzt erzählt, offenbar um der Braut des Herzogs, der österreichischen Erzherzogin Marie Dorothea, eine Freude zu machen.

Marseille, 5. November. Infolge der endgiltigen Weigerung der öffentlichen Kassen, ausländisches Kupfergeld anzunehmen, kam es gestern Abend zu ersten Ruhestörungen. Zientausend Gewerbetreibende hielten eine Versammlung ab, in welcher die Regierung für die durch das Verbot entstandenen Unzulänglichkeiten verantwortlich gemacht wurde. Die Volksmenge zog sodann vor die Bäckereiläden, wo ausländisches Kupfergeld nur mit bedeutendem Abzug angenommen wird, und richtete Verwüstungen in denselben an.

Spanien.

Barcelona, 8. November. Zu dem großen Anarchisten-Prozess gegen die Urheber der beiden letzten großen Dynamit- und Bombenattentate ist nunmehr die Untersuchung abgeschlossen. Der Bericht des Untersuchungsrichters über den Gesamtthatbestand umfasst fünfzig Druckbogen. Die Zahl der inhaftierten Angeklagten beträgt 89; darunter befinden sich 14 Frauen. —

Parlamentarisches.

Initiativanträge der Freisinnigen Volkspartei. Die Reichstags-Fraktion der Freisinnigen Volkspartei hat beschlossen, die nachfolgenden drei Anträge einzubringen, um den Reichstags-Verhandlungen, welche in Bezug auf die Duellfragen und neuere mehr oder weniger damit zusammenhängende Vorkommnisse zu erwarten sind, ihrerseits von vornherein eine bestimmte Unterlage zu geben.

I. Der Reichstag wolle beschließen, zu erklären: Im Auftrage des Herrn Reichskanzler hat Herr Staatssekretär v. Boetticher in der Reichstags-Sitzung vom 20. April d. J. in Beantwortung der Interpellation Bachem, welche aus Anlaß des Duells Schrader-Köpe erfolgt war, die Erklärung abgegeben, daß der Herr Reichskanzler „in ernste Erwägungen darüber eingetreten ist, welche Maßregeln zu ergreifen sein werden, um eine Sicherung und Milderung der Strafgesehe wirksamer als bisher zu erreichen“. Das Ergebnis dieser Erwägungen mitzuteilen, sei, da dieselben noch nicht abgeschlossen sind, zur Zeit nicht thunlich.

Am Tage darauf, am 21. April d. J., hat der Reichstag einstimmig den Antrag angenommen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, dem mit den Strafgesehen im Widerspruch stehenden Duellwesen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Inzwischen hat das Duellwesen noch weiter um sich gegriffen, insbesondere in den Kreisen der Offiziere und Beamten. Die von den Gerichten verhängten Strafen sind mehrfach durch Begnadigungen aufgehoben worden. Von einer Ausführung des Reichstagsbeschlusses oder auch nur von einem Ergebnis der oben erwähnten Erwägungen des Herrn Reichskanzlers ist bisher nichts bekannt geworden.

Demgemäß wird der Herr Reichskanzler ersucht, dem Reichstags alsbald mitzutheilen, ob er zum Abschluß seiner vom 20. April an schwebenden Erwägungen nunmehr gekommen ist und was etwa angeordnet ist, um dem einstimmig gefassten Beschlusse des Reichstags Rechnung zu tragen.

II. Der Reichstag wolle beschließen: Dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstags alsbald Mitteilung zu machen über dasjenige, was den Behörden bekannt geworden ist über die Vorgänge, welche in der Nacht zum 12. Oktober in Karlsruhe zur Tötung des Technikers Siepmann durch den Premierlieutenant v. Bräsewich geführt haben.

III. Der Reichstag wolle beschließen: Dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Gesetz, betreffend die Ergänzung des Reichs-Strafgesetzbuchs: Die Wilhelm von Gottes Gnaden u. s. w. verordnen u. s. w.: Hinter § 210 des Strafgesetzbuchs wird folgender § 210a eingefügt:

Bei jeder Verurteilung aus den §§ 201, 202, 203, 205, 206, 207, 208 und 210 ist neben der Freiheitsstrafe auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte zu erkennen.

Die in dem Antrag angeführten Paragraphen des Strafgesetzbuchs handeln von der Herausforderung zum Zweikampf, der Übernahme des Auftrags zu einer Herausforderung und der Aufreißung eines anderen zum Zweikampf.

Die Freisinnige Volkspartei, so bemerkt die „Freisinnige Zeitung“, wird es sich angelegen sein lassen, das mindestens die Anträge I. und II. baldmöglichst im Reichstags zur Verhandlung gelangen.

Partei-Nachrichten.

Stimmhaltung bei den Landtags-Wahlen empfiehlt das „Vollblatt für Anhalt“ den anhaltischen Parteigenossen, da infolge der im vorigen Jahre vorgenommenen Wahlrechts-Verschlechterung nirgendwo Aussicht sei, daß ein sozialdemokratischer Kandidat durchgebracht werden könnte.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Keimkünter wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die Kandidaten des Gewerkschaftsvereins einstimmig gewählt. Auch in der Unternehmerklasse siegten, bis auf einen, die Kandidaten der Arbeiterpartei.

In der Orts-Krankenkasse in Köln siegten bei der Wahl der Vertreter zur Gruppe Handlungsgewerbe die sozialdemokratischen Kandidaten. Für sie wurden 498 Stimmen abgegeben, für die christlich-sozialen Kandidaten 453; ungültig waren 41 Stimmen.

Von der Agitation. Aus Görtlich wird uns geschrieben: Wenn die Gegner einmal „Schweineglück“ haben sollen, so muß schon ein ganz besonderer Zufall im Spiele sein. Ein solcher Zufall hat denn auch den hiesigen Genossen einen Streich gespielt, die zum 1. November nach dem ca. 8 Meilen von hier gelegenen Orte Gerlachshausen, wo bisher noch nie ein sozialdemokratischer Lichtstrahl hindringen konnte, eine Versammlung einberufen hatten, in der unser Genosse Keller referieren sollte. Lange bevor noch der Einberufer mit dem Referenten anwesend sein konnten, brach nämlich im vorzeitig überfüllten Saale eine Diele entzwei, welcher Umstand dem anwesenden Amtsvorsteher Veranlassung gab, die Versammlung aus sicherheitspolizeilichen Gründen „aufzulösen“, bevor sie überhaupt noch eröffnet war. Die hiesige gegnerische Presse war über die vereitelte Versammlung natürlich überglücklich. Wir können ihr diese Vergnügen um so eher lassen, als der überaus starke Besuch der Versammlung und die keineswegs günstige Stimmung, die dieselbe über die „Auflösung“ fundgab, deutlich genug zeigten, daß auch in jenen schwarzen Winkel das Verlangen vorhanden ist, aus dem Munde der Sozialdemokraten selber zu hören, was unsere Partei bezweckt. — Aus dieser Mitteilung ergibt sich, daß das Organ des Bundes der Landwirthe in einem für seine Parteigenossen sehr verhängnisvollen Irrthum befangen war, als es schrieb: „Wenn es den Sozialdemokraten einfallen sollte, noch einen zweiten Versuch zu machen, ihre „Weisheit“ bei uns anzubringen, so mögen sie sich durchaus nicht geniren. Wir wollen ihnen einen guten Empfang und — einen vielleicht für sie nicht ganz guten Abgang bereiten.“ Die Prügel, die in diesen Worten angeklagt sind, würden nicht die Sozialdemokraten bekommen. Zum Schluß sei erwähnt, daß die „Volks-Zeitung“ vermuthet, die Diele in dem Lokal in Gerlachshausen sei von Anhängern des Bundes der Landwirthe durchgeschlagen worden, um die Versammlung zu vereiteln.

In Landsberg a. W. wurde in einer Volksversammlung, wo Stadtverordneter Brunns aus Berlin über die Bedeutung der politischen Organisation gesprochen hatte, die Gründung eines Wahlvereins beschlossen. 45 Genossen traten ihm sofort als Mitglieder bei.

In Oberberg wurde am Sonntag eine Versammlung mit freiem Himmel abgehalten, die nach einem Vortrag des Genossen B. Künede die Anschaffung eines Zeltes beschloß und den genannten Genossen einstimmig wieder zum Vertrauensmann wählte. Die Kosten des Zeltes sollen durch Sammlungen aufgebracht werden.

Der Sozialdemokratische Verein in Stuttgart veranstaltet im Laufe des Winters einen Vortragszyklus zur Aufklärung und Weiterbildung der Genossen. Alle 14 Tage findet ein Vortrag statt und sind als Referenten bis jetzt die Genossen Kaatzky,

Reichstags-Abgeordneter Bloß, Schriftsteller J. Stern, Clara Zetkin u. gewonnen. Der erste Vortrag ist Montag, den 16. November. Genosse Kaatzky wird über die Elemente der Nationalökonomie: Werth, Preis, Geld, Kapital, Sprechen. Sämmtliche Vorträge sind unentgeltlich.

Italienische Sozialisten in der Schweiz. Aus Zürich wird uns geschrieben: Seit den Italiener-Krawallen in Austerlitz haben die Ultramontanen in der Schweiz einen förmlichen Konkurrenzkampf zur Gewinnung der italienischen Arbeiter für die katholischen Gesellen- und Männervereine aufgenommen. Ultramontane Agitatoren aus Italien treten jeden Augenblick irgendwo auf, um den armen italienischen Proletariern Honig um den Mund zu schmieren und sie für die Zwecke der katholischen Politik und Unterneher zu präparieren. In den letzten Wochen hat nun der Vorläufer der italienischen Sozialisten, der Abgeordnete Andrea Costa, eine Agitationsreise durch die Schweiz angetreten und überall volle Häuser, wie auch besten agitatorischen Erfolg erzielt. In Zürich sprach er in der „Alhambra“ vor circa 1200 Personen.

Todtenliste der Partei. Aus Hamburg wird der Tod der Frau Marie Musfeldt geb. Rönemann gemeldet, die sich unter dem Sozialistengesetz durch ihre tapfere Haltung hervorgethan hat. Im März 1887 war bei einer Handlung in ihrer Wohnung in einem Zimmer, das sie vermietet hatte, ein ganzes Lager von sozialistischen Druckschriften, ferner Sammellisten und mehrere Kassenbücher beschlagnahmt worden. Die Polizei war der Ansicht, daß dies Zimmer das Geschäftslokal der organisierten Hamburg-Altonaer Genossen war. Frau Musfeldt wurde verhaftet und sollte über die „geheim Verbindung“ aussagen. Obwohl die Untersuchungshaft bis zum 27. August dauerte, so nannte Frau Musfeldt keinen Namen. Alle Versuche der Polizei, des Staatsanwalts Groschuff und der Richter, die Angeklagte zu bewegen, den Namen des Zimmermiethers zu nennen, scheiterten. In dem Bewußtsein, den Interessen der Arbeiter zu dienen, ertrug die fast 60jährige Frau die lange Untersuchungshaft. Am 26., 27. und 30. August sah sie mit zwölf angeklagten Genossen aus der Anlagelokal des Altonaer Landgerichts. Auch während der zwei Tage dauernden Beweisaufnahme blieb sie fest. Der größte Theil der auf Vergehen gegen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuchs (Geheim Verbindung) lautende Anklage fiel ins Wasser. Acht der angeklagten Genossen, darunter Frau Musfeldt, wurden freigesprochen. Der braven Haltung der Verstorbenen war es zu danken, daß der Prozeß nicht größere Dimensionen angenommen hat. Sie hat die Untersuchungshaft ertragen und durch ihr Schweigen mehrere Familienväter vor Gefängnis und Ausweisung geschützt. Die Parteigenossen von Hamburg-Altona werden das Andenken der wackeren Anhängerin unserer Sache dauernd in Ehren halten.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Wegen Beleidigung der Travemünder Zollbeamten wurde Genosse Fein, der frühere verantwortliche Redakteur des „Lübecker Volksboten“, zu 1 Monat Gefängnis beziehentlich unter Einschuß der früher gegen ihn erkannten Strafen von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten 3 Wochen verurtheilt.

— Aus Dresden wird uns geschrieben: Genosse Richard Wiltrich, Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, hat das Gefängnis ausgesetzt, um vorläufig 3 Monate lang über seinen Sünden nachzudenken. Die Strafe wurde ihm zu theil, weil er im Kampfe gegen die sächsischen Wahlrechtsverschlechterer das sächsische Gesamtministerium beleidigt haben soll. Es schweben noch zwei Prozesse gegen ihn. — Eingekerkelt wurden schon in der Voruntersuchung drei Strafverfahren, die gegen den Genossen Reichard anhängig waren. Im ersten Falle sollte er sich bei der Auflösung einer Metallarbeiter-Versammlung ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz haben zu schulden kommen lassen, dann sollte er in einer Westarbeiter-Versammlung, die aufgelöst worden war, den überwachenden Beamten beleidigt haben; drittens war Reichard zur Last gelegt, als Herausgeber einer Korrespondenz über die Hauptverhandlungen des Straffenats des sächsischen Oberlandesgerichts, welche Korrespondenz den Zeitungsredaktionen und den Rechtsanwälten zugesandt wird, durch den Bericht über eine die Verbreitung von unächtigen Druckschriften betreffende Gerichtsverhandlung selber gegen § 184 des Strafgesetzbuchs verstoßen zu haben.

— Redakteur Reil vom „Sächsischen Volksblatt“ in Zwickau, der zugleich auch die „Neuzeitliche Volks-Zeitung“ verantwortlich zeichnet, sieht einem vierten Prozeß entgegen (drei Prozesse sind durch seine Verurteilung entschieden). Der neue Prozeß ist von der Gehamme Böhm in Greiz angestrengt, die sich durch eine Notiz der „Neuzeitlichen Volks-Zg.“ beleidigt fühlte.

— Polizeihauptmann a. D. Palmberger in Nürnberg hat gegen die Freisprechung unseres Genossen Gärtner, des verantwortlichen Redakteurs der „Fränkischen Tagespost“, Berufung eingelegt.

— Wegen Verletzung des § 1 des Postgesetzes wurde Genosse Wed, der Verleger des „Offenburger Volksfreunds“, vom Gericht in Karlsruhe zu 2489,10 M. Geldstrafe verurtheilt. Dieser Paragraph verbietet die Beförderung von politischen Zeitungen, wenn sie gegen Bezahlung über den zweimaligen Ankreuz des Ursprungsortes des Blattes hinaus auf andere Weise als durch die Post erfolgt. Ein Genosse, welche die Zeitung verbreitet haben, wurden nach Maßgabe der verbreiteten Exemplare ebenfalls zu Strafen verurtheilt. Die Gesamtkosten werden sich, wie es heißt, auf 8000 Mark belaufen.

Gewerkschaftliches.

Zur Beachtung! Liste Nr. 285 für die streikenden Lithographen und Steindruckere Berlin ist verloren gegangen; 2,75 M. waren daraus gezeichnet. Es wird gebeten, diese Liste beim Auffinden anzuhalten und an unterzeichnete Kommission abzuliefern. Weiter theilt die Kommission mit, daß ihr von Frau Mesch 3,50 M. als Ueberschuß einer Krankspeende übergeben worden sind. Die Lohnkommission. J. K.: Schöpfe, Neue Friedrichstr. 88, im Arbeitsnachweis.

In Hamburg haben, wie uns von dort geschrieben wird, die ausländigen Fahrer der Straßenbahn am Mittwoch Morgen die Arbeit sämmtlich bedingungslos ausgenommen. Etwa 10 bis 15 Mann — von jedem Bahnhof ein oder zwei Mann — wurden jedoch nicht wieder eingestellt. Wenn Hamburger und auswärtige Blätter davon zu berichten wissen, daß den Ausländigen eine Lohnaufbesserung bewilligt worden sei, so ist das durchaus unrichtig. Nur den „treuen Arbeitern“, den Fahrern, die nicht an dem Streik theilnahmen, ist eine Aufbesserung von fünf Mark monatlich zugesichert, während alle anderen zu den bisherigen Löhnen arbeiten müssen. Ueberhaupt sind außerordentlich viel Unrichtigkeiten über den Streik in die Welt gegangen. Es haben nach einer Mitteilung der Vertrauenskommission nicht 500, sondern nur 360 Mann gestreikt. Ferner berichtete das Wolffsche Bureau schon am Dienstag von Ende des Streiks, während, wie die Streikkommission mittheilt, noch Dienstag Abend fest zu erwarten war, daß dem Ausstände weitere 50 bis 60 Mann beitreten würden. Am hinderlichsten war dem ganzen Streik die unserer Ansicht nach durchaus ungerechtfertigte Einmischung der Polizeibehörde zu gunsten der Straßenbahn-Gesellschaft, zumal die Aktion der Fahrer ungenügend vorbereitet war und eine Organisation nicht bestand. Recht deutlich hat es sich bei diesem Ausstande wieder gezeigt, daß spontane Begeisterung recht schön ist, aber zur siegreichen Durchführung einer großen Aktion nicht ausreicht.

Die Buchdrucker in Halle a. S. haben die Errichtung des gemischten Arbeitsnachweises auf solange hinausgeschoben, bis die Mehrzahl der Druckereien für den Tarif gewonnen ist.

Der Droschkentischer Streik in Lauban ist, so schreibt das „Laubaner Tageblatt“, noch nicht beendet, wenn das auch vielfach angenommen wurde, da der Chef der Polizeiverwaltung selber mit dem Gespann eines der streikenden Droschkentischer das benachbarte böhmische Friedland besucht hat. Der Wagen wurde polizeilicherseits weder angehalten noch konfisziert. Das Blatt konstatirt, daß die Sympathien der gesamten Bürgerschaft auf Seiten der streikenden Droschkentischer stehen.

Die Arbeitsverhältnisse im königl. sächsischen Arsenal in Dresden wurden in einer stark besuchten Versammlung erörtert. Danach sollen die im Wochenlohn stehenden Metallarbeiter — Familienväter — nur 13,50 M. pro Woche verdienen, Metallarbeiterinnen 6,50—7,50 M., trotz sehr gefährlicher Arbeit. Die Versammlung war sehr lebhaft. Dem Referenten Reichard wurde verboten, von königlichen Arbeitern zu sprechen, weil dies nach Ansicht der Polizei Fronte sei. Als Reichard von den in dem Arsenal vorgekommenen Mißregelungen sprach, wurde ihm das Wort entzogen, ebenso einem anderen Redner, als dieser erklärte: Ich war auch einmal königlicher Arbeiter. Bei der dritten Wortentziehung wurde die Versammlung aufgelöst.

Den Bahnhofsverächtern - Arbeitern in Karlsruhe ist, wie berichtet wird, auf Veranlassung des Arbeiterausschusses seitens der großherzoglichen Generaldirektion die 9/10stündige Arbeitszeit bewilligt worden. Bis jetzt war die Arbeitszeit zehnstündig. Auch aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß die Arbeiter der Hauptwerkstätte eine kürzere Arbeitszeit — die 9/10stündige — erlangt hätten.

Soziales.

Au die Arbeiter-Beisitzer der Gewerbegerichte Deutschlands! Seit unserem letzten Aufrufe, worin zu einer Konferenz der Beisitzer nach Halle a. S. eingeladen wurde, sind erfreulicherweise die Anmeldungen zahlreicher eingelaufen. Zweihundzwanzig Städte haben zu unserem Aufrufe Stellung genommen und ihre Einwilligung zur Bezeichnung der Konferenz gegeben. Wir rufen nun hiermit die Konferenz nach Halle a. S., Händels-Restaurant, Nicolaitraße, für den 15. und 16. November l. J. ein. Diejenigen Städte, welche noch keine Stellung genommen haben, werden ersucht, dies baldigst zu thun und Mandats-Formulare von Gustav Köhler in Lübeck, Böttcherstr. 18, zu beziehen. Den bereits angemeldeten Delegirten wird dieser Tage das Mandat zugehen. Die Arbeiter-Beisitzer am Lübecker Gewerbegericht.

Die Reichstags-Wahlwahlen in Mainz und Siegen.

Mainz, 5. November. (W. Z. B.) Bei der heute stattgehabten Reichstags-Erwahl erhielten in Mainz: Oppenheim Dr. David (Sozialist) 7289, Rechtsanwalt Dr. Schmitt (Zentrum) 7132, Oberschulrath Soldan (natl.) 2981 und Geometer Wolf (deutsche Reformpartei) 826 Stimmen. Die noch ausstehenden Orte sind auf das Resultat ohne Einfluß. Es ist mithin eine Stichwahl zwischen Dr. David und Dr. Schmitt notwendig.

Siegen, 5. November. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Scheidemann (Soz.) 2763, Köhler (Reformpartei) 2099, Stengel (freis. Sp.) 1823, Meinert (natl.) 1563 Stimmen. Stichwahl zwischen Köhler und Scheidemann.

Siegen, 5. November. (W. Z. B.) Bei der heutigen Reichstags-Erwahl im 1. hessischen Wahlkreise erhielten bisher Meinert (natl.) 1376, Köhler (Reformpartei) 1013, Prof. Stengel (freis.) 1804 und Scheidemann (Soz.) 2298 Stimmen. (Im Jahre 1893 erhielten dieselben Parteien: Nationalliberal 950, deutsch-sozial 77, freis. Volkspartei 882, Sozialdemokraten 899 Stimmen.)

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 5. November. („Berl. Korrespondenz.“) Der in der heutigen Sitzung des Bundesraths angenommene Gesetzentwurf zur Ergänzung der Gesetze, betreffend Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern bestimmt, daß dem Norddeutschen Lloyd für eine Erweiterung des ostasiatischen Postdampferdienstes durch Einrichtung einer vierzehntägigen Verbindung mit China eine Erhöhung der Reichsunterstützung um jährlich 1 1/2 Mill. Mark bewilligt und gleichzeitig die Unterhaltung des erweiterten Gesamtunternehmens unter Gewährung der so erhöhten Beihilfe auf eine Dauer bis zu 15 Jahren übertragen werden soll.

In den dem Gesetzentwurf beigegebenen Erläuterungen wird ausgeführt, daß die auf Grund des Gesetzes vom 6. April 1885 eingerichteten Postdampfschiffs-Verbindungen mit Ostasien und Australien sich zum besten des deutschen Handels und der deutschen Industrie erfreulich entwickelt haben. Der durch die Reichspostdampferlinien vermittelte Gesamtverkehr betrug im zweiten Berichtsjahre 1888 (ohne Ozeanische und Contanten) 58 477 Tonnen im Werthe von 74 515 000 Mark und ist bis zum Jahre 1893 auf 152 415 Tonnen im Werthe von 139 507 000 Mark gestiegen.

Stettin, 5. November. (B. G.) Der Maler Reddiner, der auf der Schiffswerft „Wulfan“ beschäftigt war, ist auf dem Nachhausewege von den beiden Brüdern Heidemann, die als arbeitslos bekannt sind, überfallen und durch Messerstiche getödtet worden. Hierauf raubten sie ihm seinen halbmonatlichen Lohn im Betrage von 70 Mark. Die Mörder wurden verhaftet. Der Ermordete, der seit drei Jahren verheirathet war, hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Dona, 5. November. (B. G.) Der Gütereigentümer Schönberger gerieth auf dem hiesigen Bahnhof zwischen Wagen und Rampe. Es wurde ihm die Brust eingedrückt, wodurch sein Tod herbeigeführt wurde.

Reichenberg i. B., 5. November. (B. G.) Im Riesengebirge herrscht harter Schneefall; das ganze Gebirge ist eingeschneit.

Bray, 5. November. (B. G.) Die Brüder Bergbau-Gesellschaft hat den Betrieb auf dem Annaschachte, der bekanntlich seit den Erdstößen eingestellt war, wieder aufgenommen.

Leysin (Kanton Waadt), 5. November. (W. Z. B.) Heute Abend wurde Dr. Burnier, Arzt des hiesigen Sanatoriums, von einem Pensionär eines Hotels, einem Polen, durch vier Revolver-schüsse getödtet.

Paris, 5. November. (W. Z. B.) Deputirtenkammer. Das Haus ist stark besetzt. Jaurès begründet eine Interpellation über die am 26. Oktober in Carmaux vorgekommenen Ruhestörungen. Redner beschuldigt die Regierung, sie habe im Einverständniß mit Kességuier, dem Direktor der Glashütte in Carmaux, die Kundgebung gegen die sozialistischen Deputirten veranlaßt, sie habe ferner die Versammlung ungesetzmäßig aufgelöst und die Menschengruppen, die sich gebildet hatten, ohne vorherige Aufforderung zum Auseinandergehen durch die Gendarmerie auseinanderreiben lassen. Der Minister des Innern, Barthou, erwidert, die Regierung habe niemals versucht, sich der Gründung der Glashütte der Arbeiter zu widersetzen. Jaurès' Wähler in Carmaux seien unzufrieden darüber, daß die Arbeiter-Glashütte in Albi gegründet worden sei. (Widerspruch auf der äußersten Linken.) In anbetracht der großen Aufregung der Arbeiter in Carmaux habe die Regierung Vorkerkungen treffen müssen, um etwaige Ruhestörungen zu verhindern. Der Minister schließt mit einer Rechtfertigung der Haltung der Polizei. (Heftige Zwischenrufe auf der äußersten Linken, Beifall im Centrum.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 5. Novemb.,
Nachmittag 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung erfolgt in der üblichen Weise die Einführung und eidlische Verpflichtung der beiden neugewählten Stadtv. Paul und Ulrich.

Zur Verathung steht zunächst der von der neuen Fraktion der Linken (Stadtv. Ullstein und Genossen) schon zur vorigen Sitzung eingebrachte dringliche Antrag betreffend die Reform der Kriminalpolizei und des Nachtwachwesens. Darnach war bekanntlich die Dringlichkeit für den Antrag abgelehnt worden.

Inzwischen hat die sozialdemokratische Fraktion (Stadtv. verordneten Stadthagen und Genossen) folgenden ebenfalls auf die zukünftige Organisation der Berliner Polizei bezüglichen Antrag gestellt:

Die Versammlung wolle beschließen: „den Magistrat zu erfuchen, mit der Staatsregierung wegen Uebernahme der Sicherheits-, Markt-, Gesundheits- und Baupolizei, sowie der Feuerwehr in städtische Verwaltung in Verhandlung zu treten.“

Die beiden Anträge werden getrennt verhandelt.

Stadtv. Ullstein vermahnt sich gegen die in voriger Sitzung vom Stadtv. Sachs I den Antragstellern gemachte Unterstellung, als ob sie mit der Beantragung der Dringlichkeit eine Beängstigung in die Bürgerchaft getragen hätten. Sei die Berliner Kriminalpolizei unzulänglich, so gebe es keinen dringlichen Gegenstand als diesen. Die Berliner Kriminalgeschichte der letzten Jahre sei eine Kette von Misserfolgen der Berliner Kriminalpolizei. Eine Reihe von Mordthaten, ein Attentat auf einen hohen Berliner Würdenträger der Polizei, die Urheberchaft der Noabiter Dachstuhl-Brände, alles dies sei bis zur Stunde unauflöslich. Auch die Entdeckung der Mörder des Justizraths Bevy sei kein Verdienst der Berliner Polizei. Nun sei beantragt, mit Rücksicht auf die bekannte Erklärung des Polizeipräsidenten über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Diese Erklärung enthalte ja allerdings das Anerkenntnis der Reformbedürftigkeit der Kriminalpolizei. Wie stark dieses Reformbedürfnis sei, dafür verweist Redner ausführlich auf das eigenthümliche Verhalten der Polizei in bezug auf die Publikation der Mordthat an demselben Sonntage, an dem sie begangen wurde, und zieht dafür auch den Fall an, in welchem die Polizei die Tochter eines städtischen Beamten seiner Ansicht nach zu unrecht in den Verdacht einer schimpflichen Handlung gebracht und öffentlich kompromittirt hat. Er schreibt diese Zustände einem Mangel im System, dem Ueberwuchern des Bureaucratismus zu, gegen den vorzugehen nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Versammlung sei. Nachdem er auch die Mängel des jetzigen, in den Händen der Polizei liegenden Nachtwachwesens hervorgehoben, bittet er unter Hinweis auf die kolossalen Kosten, die Berlin für die Polizeiverwaltung aufzubringen habe, um Annahme seines Antrages.

Stadtv. Cassel tritt für den Uebergang zur Tagesordnung ein. Das Recht, den Antrag zu stellen, bestreitet er nicht, wohl aber hält er den Antrag selbst für durchaus zwecklos. Was der Presse ein hinreichender Anlaß sei, Mißstände aufzudecken und auf Besserung zu drängen, sei es deshalb noch nicht für den Magistrat, der auch seinerseits gar nicht in der Lage sei, der Anregung des Antrages Nachdruck zu geben. Die Sache gehöre in den Landtag; die Vertreter Berlins müßten und würden auch sicherlich, sei es bei der Staatsberathung oder sonst, im Abgeordnetenhaus die Regierung interpelliren. Daß Mordthaten ungeführt bleiben, sei nicht ohne weiteres Schuld der Polizei, denn auch Jach der Ausschützer z. B. sei noch nicht gefaßt. Der bürocratische Geist auch im Polizeipräsidentium möge ja vorhanden sein; die jüngste Erklärung des Polizeipräsidenten aber, welche in aller Oeffentlichkeit auf öffentliche Wenigerungen erfolgt sei, welche sehr bedeutend von den bisherigen Pfaden der Bureaucratie ab und enthalte eine Anerkennung der Oeffentlichkeit. Die Untersuchung werde ja angehängt werden, ob mit, ob ohne den Antrag. Ist genug habe die Versammlung und stets mit größter Energie gegen Angriffe auf die Selbstverwaltung, gegen Verkümmern der Interessen Berlins protestirt; für leere Demonstrationen sei er mit seinen Freunden nicht zu haben. (Beifall.)

Stadtv. Stadthagen: Ich finde aus dieser Motivirung keinen einzigen Grund heraus, für den Uebergang zur motivirten Tagesordnung, höchstens würden des Vorredners Argumente die

Ablehnung des Antrages und jedes ähnlich gearteten begründen. Seine Ausführungen würden aber sehr wohl den Antrag rechtfertigen, die Angelegenheit in eine Kommission zu verweisen. Wenn man allein diesen letzten Fall nehmen würde und allein diese Erklärung des Polizeipräsidenten, welche übrigens bis in die Reihen der „National-Zeitung“ hinein als eine Verhöhnung der Presse aufgefaßt worden ist, läme man freilich nicht sehr weit; wir behandeln in unserm Antrag die Sache viel allgemeiner und prinzipieller. Die Sicherheitspolizei muß in den Händen der Gemeinde liegen. In Altpreußen auf Grund des Landesrechts, Königreich Sachsen, dem „Polizeistaat“, hat die Gemeinde die Sicherheitspolizei, in verschiedenen kleinen Staaten liegt die Sache ebenso. Der Antrag Ullstein geht gar nicht so weit. Berlin muß über 4 Millionen Polizeikosten tragen, ohne daß die Gemeinde irgend etwas in Sachen der Sicherheitspolizei zu sagen hat. Die Frage der Reorganisation der Kriminalpolizei ist längst angeregt, im Schooße der Polizei selbst aber nur dahin, ob eine Dezentralisation am Platze sei, weiter nicht. Wie kann überhaupt jemand, der den Polizeipräsidenten v. Windheim kennt, daran glauben, daß er sich auch nur das mindeste aus der Presse macht. (Widerspruch des Stadtv. Cassel.) Ist der Polizeipräsident in dem Verwaltungsbericht doch liberaler als Herr Cassel, der das Publikum auch in den größten Gemeinwesen zur Unthätigkeit verdammen will. Es handelt sich hier freilich um den früheren Polizeipräsidenten. Ein besonderer Grund, von Gemeinde wegen hier einzuschreiten, liegt darin, daß der einzelne in Berlin in steigendem Maße den Gegenstand dem Beamtenthum fähig. Ich will nur einzelne Fälle anführen. (Vorsteher Lang erhebt die Hand, der Redner, zur Sache zu sprechen und nicht in eine allgemeine Kritik der Polizeithätigkeit einzutreten.) Es handelt sich hier doch darum, wie das Interesse des Publikums gegen solche Uebergriffe wachzurufen ist; in einer Anzahl von Fällen sind die betreffenden Bürger auf die Wache gebracht worden, weil sie etwas kriminell Strafbares begangen haben sollten. Sie hatten nichts Strafbares begangen, aber die Prügel haben sie bekommen. (Heiterkeit.) Es sind Verurtheilungen von Beamten wegen derartiger Mißhandlungen erfolgt. Es sind in einem Falle Schläge ausgeübt worden mit Gummischläuchen und Ohrenzweibern, daß es sich nach Aussagen von Zeugen anhörte, als ob Teppiche gelopft würden, und das hat das Gericht als bewiesen angenommen und den Angeklagten freigesprochen. Diese Vorkommnisse rechtfertigen doch den Antrag auf Ausschlußberathung dieser Anregung, damit endlich eine Sicherung des Publikums gegen Mißhandlungen auf der Polizeiwache erreicht wird. Ich erinnere bloß noch an den letzten derartigen Prozeß, in welchem ein Berliner Schuhmann schwer bestraft werden mußte, weil er ganz ohne Veranlassung die schändlichsten Mißhandlungen gegen einen Menschen verbrochen hatte, der absolut nichts begangen hatte. Diese Mißhandlungen kommen prozentual in weit größerer Menge vor als früher die Mißhandlungen in der Armee. Wenn das vorkommt, wie kann dann ein Polizeipräsident glauben, daß das Publikum denselben Beamten hinführende Hand leisten wird? Wenn in jenem Polizeibericht von 1892 endlich auch die Tagespresse als Hilfsmittel erwähnt wird, und wenn dort gesagt wird, der Polizeibericht gehe allen Zeitungen unentgeltlich zu, so steht das heute auch nicht mehr mit den Thatfachen in Einklang. Heute werden diese Berichte nur gegen Honorar den Zeitungen gegeben und Herr v. Windheim denkt nicht daran, diese Praxis aufzuheben, er hat im Gegentheil der „Märkischen Volkszeitung“, einem katholischen Organ, erklärt, daß sie den Polizeibericht jetzt auch nicht mehr gegen Honorar erhalten soll, weil diese Zeitung sich einige kritische Bemerkungen über die Herren der Polizei im Falle Bevy erlaubt hatte. Eine Reorganisation wäre vielleicht auf dem Wege zu erreichen, wenn die Mitglieder der politischen Polizei in steigendem Maße der Kriminalpolizei überwiesen würden, wo sie wohl eher Lorbeeren ernten könnten als bei der Ueberwachung von Sozialdemokraten, bei der Verfolgung von Spaziergängern und dergleichen. In der Entdeckung der Thäter ist Berlin, trotzdem es in bezug auf die Anzahl der Morde sehr vortheilhaft dasteht, erheblich schlechter geworden. In sechs Jahren sind in 14 Fällen die Thäter nicht entdeckt; vorher war das Verhältnis ein günstigeres. Die Londoner Polizei entdeckt verhältnißmäßig viel mehr Mörder; 1888 kamen dort 28 Morde vor, wovon in 24 Fällen die Thäter entdeckt wurden und zwar in denselben Jahre, ungerchnet diejenigen, die später noch entdeckt sein mögen. Der Hinweis auf die Mordthaten Jachs des Ausschützers zieht also nicht. Aber auch auf anderen Gebieten der polizeilichen Thätigkeit sind durch das Ueberwiegen des militärisch-bürocratischen Geistes Rückgänge in den Resultaten zu verzeichnen.

(Der Vorsteher ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Zur Reform der Kriminalpolizei gehört doch, daß die Beamten ihre Pflicht zu erfüllen verstehen. Abhilfe zu schaffen ist dringend erwünschenswerth. Ueberweisen Sie den Antrag Ullstein einem Ausschuss! So wie der Antrag gestellt ist, können wir ihm nicht zustimmen, er giebt dem Magistrat keine Basis. Aber im Interesse der Bürgerchaft liegt eine Reorganisation der Kriminalpolizei nach ganz bestimmten Grundsätzen, und Sie werden bei der Prüfung der Frage in einem Ausschuss dahin kommen, daß es mit der militärisch-bürocratischen Wirthschaft von heute nicht mehr geht. Lehnen Sie den Antrag heute ab, so werden nach acht Tagen schon ganz ähnliche Anträge kommen. Mein Verantwortlichkeitsgefühl als Stadtverordneter meinen Wählern gegenüber würde mich voraussichtlich zwingen, immer und immer wieder mit solchen weitgehenden Anträgen zu kommen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Stadtv. Wohlgemuth: Die Rede des Herrn Cassel hörte sich im ersten Theile ganz wie eine Magistratsrede an. (Heiterkeit.) Was er aber von der Presse ausgeführt hat, entspricht doch auch nicht den Thatfachen. Ich erinnere ihn daran, daß die „Berliner Zeitung“ vom Polizeipräsident verklagt ist, und daß die „Vossische Zeitung“ sich sehr scharf gegen dieselbe Behörde zu verhalten Anlaß gehabt hat. Trotzdem steht Herr Cassel als Stadtverordneter auf dem Standpunkt: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Ich fasse mein Amt hier doch idealer auf. Was die Bürgerchaft zu erregen geeignet ist, davon muß hier im Saale ein Widerhall sich geltend machen. Jedenfalls haben sich die großen Worte und Versprechungen, mit denen uns die Regierung die großen Polizeikosten mündgerecht machte, weder bezüglich der Kriminalpolizei noch bezüglich des Nachtwachwesens erfüllt. Herr Cassel scheint dem Antrag den Umstand, daß er ein Fraktionsantrag ist, als Vorwurf zur Last zu legen; allerdings brauchen wir nicht erst bei anderen Fraktionen um Erlaubnis zu fragen.

Stadtv. Cassel erklärt, daß die Angriffe der beiden Vorredner gegen ihn auf Mißverständnisse zurückzuführen sind. Er habe gar keine Veranlassung gehabt, sich über Mißhandlungen, über das Verhältnis des Polizeipräsidenten zur Presse, über die Nothwendigkeit einer Reorganisation der Kriminalpolizei und dergleichen überhaupt zu äußern. Allgemeine Deklamationen darüber zu führen, vielleicht um rhetorischer Effekte willen, halte er an dieser Stelle für nicht am Platze. Eiferfüchtig sei übrigens seine Fraktion gar nicht darauf, diesen Antrag nicht eingebracht zu haben. Es sei nicht Aufgabe der Versammlung, überflüssige Anregungen dem Magistrat zur weiteren Verfolgung zu übergeben. (Zuruf: Getreidejölle!) Wie diese Frage mit den Getreidejölle zusammenhänge, vermöge er nicht einzusehen.

Antragsteller Stadtv. Ullstein: Nach unserm Antrag hat der Magistrat bei der Polizei die Stimmung der Bürgerchaft zum Ausdruck zu bringen und eine Prüfung der Verhältnisse zu fordern. Das können wir vom Magistrat verlangen.

Die motivirte Tagesordnung wird in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 89 Stimmen angenommen. Es ist inzwischen 7/8 Uhr geworden.

Stadtv. Herms beantragt mit Rücksicht darauf, daß sämtliche übrigen Gegenstände der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung nicht dringlich sind, dieselben heute abzusehen und zur geheimen Sitzung überzugehen, in welcher die schwebenden Stadtrathswahlen (Dobrecht-Friedel) besprochen werden sollen.

Stadtv. Vahen wünscht wenigstens die Angelegenheit der Verpachtung des Vergnügungsparks noch zu erledigen, begegnet indeß mit diesem Vorschlage nur allgemeine Heiterkeit.

Auch die Anregung des Stadtv. Meyer, den Antrag Stadthagen noch zu beraten, da dessen Erledigung nicht mehr viel Zeit kosten würde, nachdem man schon zwei Stunden über den Antrag Ullstein debattirt habe, wird zurückgezogen, nachdem Stadtv. Singer den Redner auf das unzutreffende seiner Voraussetzung hingewiesen hat.

Der Antrag, die Vorlage wegen Erbauung eines vierten Gasbehälters in der Fichtestraße noch zu erörtern, bleibt in der Widerberheit; die Versammlung beschließt, die sämtlichen übrigen Gegenstände der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung zu verlegen. Schluß 8 Uhr.

Die städtische Verkehrs-Depulation

hat am Mittwoch Abend den Entwurf des Vertrages mit der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft und der Neuen Pferdebahn-Aktiengesellschaft in einer vierstündigen Sitzung fertiggestellt.

Wenn diese ihr Ziel, die freie sozialistische Gesellschaft, erlangt hat, werden auch die Porten der Wissenschaft jedem, ohne Unterschied des Geschlechts und materiellen Vermögens, geöffnet sein!

Ein Fortschritt der Röntgen-Photographie. Neuerdings ist es Professor Wulka in Charlottenburg geglückt, Röntgenstrahlen von außerordentlicher Stärke zu erzeugen. Mittels der neuen Strahlen war Professor Wulka im Stande, durch Zinkblech und Eisenplatten von mehr als 2 1/2 Millimetern Dicke eiserne Gegenstände in voller Schärfe zu photographiren. Auf eine Entfernung von mehr als einem Meter durchdrangen die Strahlen eine dicke, doppelte Friesdecke, eine zwei Zentimeter starke Tischplatte, sowie den Deckel eines Zinkkastens und photographirten den Griff desselben gleichzeitig auf sechs übereinanderliegende photographische Platten, wobei man sogar die den Griff verstärkenden Eisendrähte in voller Deutlichkeit erkennen konnte. Auf einen Meter Entfernung erhielt Professor Wulka in 5 Minuten das vorzügliche Bild einer Hand; die Struktur der Knochen war tolllos wiedergegeben. Weiterhin wurden eine Uhrkette, eine Taschenuhr, Stahlfedern in einer Schachtel und ein Portemonnaie auf eine Entfernung von zwei Metern aufgenommen. Alle Gegenstände kamen vorzüglich zum Vorschein. Im Portemonnaie sah man aufs Schärfste alle darin enthaltenen Gegenstände, wie Münzen, Schrotlöcher, Gummibändchen, die Form mehrerer Stadtbahnbillets und eines Festschlüssels im Karton, ja sogar kleine Staubtheilchen, welche sich in der Ecke einer Tasche angesammelt hatten, und die fallen im Feder. Auf den Stahlfedern, deren eine eine Sonnenfahne Rundschiffeder war, bildete sich scharf die Nummer 2 ab. In allerleyer Zeit gelang es Professor Wulka, noch deutliche Bilder von Gegenständen in Portemonnaie, Taschenuhren und Federn im Karton zc. auf 6,30 und 10 Meter Entfernung innerhalb zehn beziehungsweise zwanzig Minuten mittels der neuen Strahlen zu erzielen. Die Bedeutung der geschilderten Resultate für die Medizin liegt nach Professor Wulka's Ansicht darin, daß die perspektivische Verzerrung der darzustellenden Knochen, Organe zc. um so geringer wird und die Bilder sich um so mehr der wahren Größe der Gegenstände nähern, je weiter die zu photographirenden Objekte von der Röhre mit den Strahlen entfernt sind. Es sind somit gewisse Irrthümer bei der Erkenntnis der Krankheitsz. in Zukunft zu vermeiden. Für den Patienten selbst dürfte es weit angenehmer sein, die Röhre in einem größeren Abstände als bisher von seinem Körper angebracht zu sehen. Von besonderer Bedeutung

Kunst und Wissenschaft.

Die goldene Eva, das neue Verluftspiel von Schönthan und Koppel-Gilfeld, das am Mittwoch im Lessing-Theater zum ersten Male gegeben wurde, führt uns folge, mächtige Augsburg. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts blühten dort Kunst und Gewerbe. Dort lebte denn auch ein „jung, jung Goldschmiedegesell“, der mit List und Kraft das goldene Böglein, die reiche schöne Frau Meisterin Eva, eine junge Wittwe, einführte. Als der junge Peter im Mondschein ein süßes Liebeslied sang, worin er die sonnige, wonnige, minnigliche, innigliche Frau anschwärmte, da zerfloß die goldene Eva vor Ehrung und Peter hatte gewonnenes Spiel. Sonntags, wonniglich, das blieb mir von dem Singfang, das Herr Stahl (Peter) so zärtlich vortrug, als wäre es wirklich süße Poesie, im Ohr. Man darf nur neugierig sein, wie lange noch die Herren Schönthan und Koppel aus dem Einfall, ihre Puppen in die Kostüme verschiedener Zeiten zu kleiden, ihre Pfeifen schneiden werden. Diesmal schien der Jubel derer, die nie alle werden, erheblich abgeschwächt, trotz Herrn Engels, der einen Falstaff Schönthan'scher Couleur, und Herrn Schönfeld, der einen verhungerten Rittersmann darstellte.

Im Thalia-Theater (vormals Adolph-Ernst-Theater) ist für Sonnabend die Premiere des Ordonneau-Gumbourgschen Schwanke's „Eine freundliche Wohnung“, deutsch von Paul Binsmann, angelegt. Vorher wird „Der dritte Kopf“, Poffe in 1 Akt von Franz Wallner, zum ersten Male gegeben. In „Eine freundliche Wohnung“ haben die Damen Alafou, Fredi-Franken und Reinhardt, die Herren Hanfen, Erwald, Sachs und Junkermann die Hauptrollen inne. Im „Dritten Kopf“ sind die Damen Alafou, Glinger und Boje, die Herren Werner, Müller und Junkermann beschäftigt.

„Der Farrer von Kirchfeld“ von E. Angenruber geht heute im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater zum ersten Mal in Szene.

Der frühere preussische Justizminister Dr. Hermann v. Schelling, der als einer unserer gründlichsten und feinsinnigsten Homerforscher gilt, hat jetzt im Verlag von Oldenbourg in München eine neue deutsche Ausgabe der Odyssee herausgegeben, die sich nicht so sehr als eine Uebersetzung, wie als eine Neubildung in achtzigstigen Strophen kennzeichnet. Rüge Herr v. Schelling stets beim Homer bleiben!

Die verrammelte „freie Wissenschaft“. Der Rektor der hiesigen Universität erklärt durch Anschlag am „Schwarzen Brett“ folgende Bekanntmachung:

Es ist mir die Mittheilung zugekommen, daß Personen, sowohl männlichen wie weiblichen Geschlechts, die weder durch die Immatrikulation noch durch die besondere Erlaubnis des Rektors (Hospitalantenschein) zum Hören von Vorlesungen an der hiesigen Universität berechtigt sind, an einzelnen Vorlesungen und Uebungen theilnehmen. Ich sehe mich deshalb genöthigt, darauf hinzuweisen, daß jedem, der nicht im Besitze der genügenden Papiere ist, der Besuch von Universitäts-Vorlesungen und Uebungen unterliegt ist und daß Zuwiderhandelnde jederzeit Gefahr laufen, durch einen der Bedelle ausgewiesen zu werden. Die Bedelle sind angewiesen, darauf zu achten, daß nur Berechtigte Zutritt zu den Unterrichtsräumen der Universität haben. Es empfiehlt sich daher, daß die Herren Studierenden ihre Erkennungskarte und die anderen zum Hören von Vorlesungen ermächtigten Personen die von mir ausgehellte Bescheinigung hierüber (Hospitalantenschein) stets bei sich führen.

Dieszu schreibt die fortschrittliche „Dresdener Morgen-Zeitung“:

Wie sich doch die Zeiten ändern! Ehedem freuten sich die Herren Professoren, wenn dies oder jenes ihrer Kollegia einen weiteren Kreis von Zuhörern anlockte, und es fiel ihnen gar nicht ein, die Männlein oder Weiblein, so da erschienen, um ein flüßiges Wort aus akademischem Munde zu hören, daraufhin auszuforschen, ob sie auch legitimirt seien, Vorlesungen zu hören, oder nicht. Wie wimmelte es in den Collegis von Eduard Zeller, von Treitschke, von Droysen, von Mommsen — wir sprechen allerdings von einer Zeit, die 25 Jahre und länger hinter uns liegt — von Hospitalanten, die sehr regelmäßig sich einstellten, ohne einen Hospitalantenschein zu besitzen oder etwas dem ähnliches. . . . Freie Wissenschaft, verhälle Dein Haupt! Wann werden Deine Tempel jedweden offen stehen, der da kommt, um Dir zu hinhören? Wann wird man endlich aufhören zu fragen: Bist Du ein Mann, bist Du ein Weib, bist Du ein Reisezeugnis, hast Du einen Hospitalantenschein? Wann wird man endlich anfangen, sich darüber zu freuen, daß es auch außerhalb der fünfzigsten Studentenjugend wissenschaftliche Geister giebt, die an den Quellen des akademischen Jungbrunnens schöpfen mögen? — Die Antwort auf diese jaghaften Fragen des bürgerlichen Blattes kann nur die klassenbewußte, nach Befreiung vom geistlichen und ökonomischen Joch ringende Arbeiterschaft geben.

Es sind eine Reihe einschneidender Änderungen gegenüber dem bisherigen Vertragentwurf beschlossen worden.

Die wichtigsten Änderungen bestehen in folgenden Deputationsbeschlüssen: In dem Paragraphen, welcher die während der Vertragsdauer — dieselbe geht bis Ende des Jahres 1919; wobei jedoch in betracht gezogen werden muß, daß der in Geltung befindliche Vertrag bis zum Ende des Jahres 1911 geht — zu bauenden Linien behandelt, wurde durch einen Zusatz ausdrücklich hervorgehoben, daß den Vertragsgesellschaften keinerlei Vorrechte eingeräumt werden sollen. Die Abgabe an die Stadt soll 8 pCt. von der Brutto-Einnahme betragen, die Gesellschaften sollen jedoch außerdem noch verpflichtet sein, wenn die Dividende 12 pCt. des gegenwärtigen Aktienkapitals übersteigt, die Hälfte des sich über diese Summe ergebenden Reingewinnes an die Stadtgemeinde zu zahlen. In dem den Anschluß fremder Bahnen regelnden Paragraphen wurde festgesetzt, daß die Gesellschaften anderen Unternehmern die Benutzung ihrer Geleise bis zu 1000 Meter gegen angemessene Entschädigung zu gestatten verpflichtet sind. Weiter ist beschlossen worden, den Zehnpennig-Tarif stets sofort nach Umwandlung der betreffenden Linie für diese einzuführen. Von Vororten sollen in den Zehnpennig-Tarif einbezogen werden: Britz, Charlottenburg, Dalldorf, Deutsch-Wilmersdorf, Friedrichsberg, Dichtenberg, Herberge, Bürgerheim, Plöthen, Pantow, Nieder-Schönhausen, Reinickendorf, Rixdorf, Schöneberg, Tegel, Tempelhof, Treptow, Weihensee und Neu-Weihensee. Die Abonnements, ebenso die Schüler-Fahrtkarten und Arbeiter-Fahrtwagen zu ermäßigten Preisen sollen beibehalten werden.

Die Diskussion wandte sich nunmehr zu den in voriger Sitzung eingebrachten Singer'schen Anträgen.

Der Antrag, die Gesellschaften zu verpflichten, für ihre Angehörigen eine Pensionskasse zu errichten, wurde mit sechs gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Mit größerer Majorität wurden die Anträge auf Einführung einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden und auf Beschaffung von Sitzgelegenheit für das Betriebspersonal verworfen. Ebenso wurde der Antrag auf Heigung der Wagen im Winter und der von anderer Seite gestellte Antrag auf Einführung von Nachtzügen gegen doppelten Fahrpreis abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Stadtverordneten Singer, die Gesellschaften zu verpflichten, die Aushilfskräfte an den Sommerwagen, auf denen jetzt der Verkehr der Schaffner mit dem Publikum stattfindet, zu beschäftigen. Der hierdurch festgestellte Vertragentwurf soll nunmehr in gemeinschaftlicher Sitzung der Subkommission mit den Vertretern der Gesellschaften durchberathen und dann eventuell zur Vorlage an Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung gebracht werden. Vor der Beratung des Vertragentwurfes hatte sich die Deputation auf eine Anfrage des Magistrats darüber zu äußern, ob die jetzige gemischte Deputation für Fragen des Verkehrs wesens in eine ständige Verwaltungskommission umzuwandeln sei. Die Deputation beschloß einstimmig, den Gemeindebehörden zu empfehlen, eine ständige, den Namen „Städtische Verkehrsdeputation“ führende, aus fünf Magistratsmitgliedern und zehn Stadtverordneten bestehende ständige Verwaltungskommission zu errichten, und derselben die Verwaltung und Beaufsichtigung aller den öffentlichen Personenverkehr in der Stadt Berlin betreffenden Gemeinde-Angelegenheiten zu übertragen.

Zuständig soll die „Städtische Verkehrsdeputation“ sein:

1. für alle Angelegenheiten des öffentlichen Verkehrs, insbesondere für alle die bereits bestehenden und in der Entscheidung begriffenen öffentlichen Verkehrsunternehmen (Omnibuslinien, Straßen-Eisenbahnen, Hochbahnen, Dampfschifflinien) betreffenden Angelegenheiten;
2. für alle Angelegenheiten betreffend Anträge, welche sich auf die Herstellung und den Betrieb neuer öffentlicher Verkehrsunternehmen beziehen, insbesondere für die Wahrnehmung der Rechte der Stadtgemeinde nach dem Gesetz vom 28. Juli 1892 bei der Herstellung und dem Betriebe von Kleinbahnen.

Lokales.

Die Adressen der Lokalkommissions-Mitglieder sind:

1. Wahlkreis: Frh. Kubat, Kochstraße 11, 4 Tr.; Oskar Kenkel, Stralauerstr. 84, 4 Tr.
 2. Wahlkreis: Wilh. Lewy, Mariannenstr. 18, 4 Tr.; G. Sachmann, Rahbacht. 22.
 3. Wahlkreis: Ost. Mahle, Ritterstr. 104, Hof 3 Tr.; Wilh. Ding, Dresdenerstr. 48, 3 Tr.
 4. Wahlkreis (N): Ost. Blume, Frankfurter Allee 81, Hof 3 Tr.; Heinz Haber, Rüdigerstr. 24 part.
 4. Wahlkreis (Südost): Wilh. Jöchel, Köpenickerstr. 100; Max Menzel, Wangelstr. 84; Herm. Walke, Sorauerstraße 7, 1 Tr. (für Treptow).
 5. Wahlkreis: Wilh. Spät, Weinstr. 28, part.; Gustav Bufe, Sophienstr. 28/29.
 6. Wahlkreis: Wigel, Svinemünderstr. 79; Albert Weise, Rostockerstr. 29, 2 Tr.; Wilh. Freythal, Gartenplatz 1, 3 Tr.; Schulz, Kastanien-Allee 4.
- Alle Anträge resp. Briefsendungen in Lokalangelegenheiten sind an Oskar Mahle, Ritterstr. 104, Hof 3 Tr., zu senden. Wir fordern die Arbeiterschaft Berlins auf, bei ihrem Verkehr sich streng nach der Lokalliste zu richten, damit der Zweck derselben voll erreicht wird.

für die ärztliche Wissenschaft ist endlich, daß bei den bisher üblichen Entfernungen von etwa 20 bis 40 Centimetern der Nöhre vom Körper mittels der neuen intensiven Strahlen Bilder erzielt werden, wie sie so scharf und detailreich bisher noch nicht gelungen sind.

Rausen's Bericht über seine Nordpolfahrt. Die Einleitung, welche Freihof Rausen zu seinem jetzt im „Daily Chronicle“ zu London erscheinenden Bericht geschrieben hat, lautet einem hiesigen Blatte zufolge:

Meine frühesten Gedanken über arktische Unternehmungen zum Zwecke der Erreichung des mysteriösen Nordpols führten mich zur Erkenntnis, daß die angewendeten Mittel nicht die besten waren. Das ewig in Bewegung befindliche Eis zerdrückt die Schiffe und hemmt das Vordringen von Schlitten und Hunden. Es mußte daher ein neuer Plan gefaßt werden, und mein Entschluß reifte aus. Die Aufwindung von Ueberbleibseln der „Jeannette“-Expedition brachte mich im Jahre 1884 darauf. Diese Gegenstände wurden auf der Südwestküste von Grönland gefunden und hatten nur quer durch das Eismeer nördlich von Franz-Josef-Land kommen können. Ein Schiff, wenn es nur dem Eis widerstehen könnte, müßte daher denselben Weg zu nehmen im Stande sein. Nun studierte ich sorgfältig diese Meere, besonders ihre Bewegung, und fand bald aus, daß ein beständiger Strom das Eis um den Nordpol herum von der sibirischen Seite her und von der Beringstraße in die See zwischen Spitzbergen und Grönland hinaus treiben könnte. Ein in diesem Eis festgefrorenes Schiff müßte denselben Weg mit dem Eis zurücklegen. Diesen meinen Plan legte ich 1892 der königlichen Geographischen Gesellschaft vor; er wurde 1896 im Journal derselben veröffentlicht. Meine Beweise waren folgende: 1. Treibholz von Sibirien an der Grönlandküste, 2. ein Eskimo-Schleuderhock, der von Alaska durch die Beringstraße nach Grönland verschlagen, und 3. die Größe des Treibeises, entlang der Küste von Ost-Grönland, das nur durch seinen langen Aufenthalt in der See zu solchen enormen Massen aufgetrieben werden konnte. Auch fand ich das Eis, entlang der Ostküste von Grönland durch die Straße zwischen Island und Grönland nach Süden treibend, mit braunem sibirischen Staub und Schmutz bedeckt. Der Geologe Frenoborn untersuchte Proben desselben mikroskopisch und war ohne Kenntnis meiner Ideen, und erklärte ihn für möglicherweise sibirisch;

Der jetzige Inhaber von Schaffer's Sälen, Inselstraße 10, Genosse Berno Stabernack, giebt seine Räume zu allen Versammlungen her.

Die Lokalkommission.

Zur Verwahrlosung der Jugend, über die in diesen Tagen so viel geschrieben und geredet worden ist, bringt der neueste Waisenspiegel-Bericht der Berliner Armenverwaltung wie in den Vorjahren ein umfangreiches Material, aus dem die bürgerliche Klasse und ihre Presse manche Belehrung über die Ursachen der Verwahrlosung schöpfen könnte. Die der Stadt überwiesenen Zwangsberziehungs- und sonstigen verwahrlosten Kinder werden theils in Anstalten, theils in Familien erzogen. Die städtische Verwaltung hat hierfür zwei Anstalten, eine für Knaben in Rummelsburg (nicht zu verwechseln mit dem gleichfalls dort belegenen Waisenhause) und eine für Mädchen in Kleinbeeren. Das Erziehungs-haus zu Rummelsburg nahm 1895/96 (zu einem Bestande von 166 im Hause und 2 im Lazareth) 112 Knaben neu auf. Das Alter war unter 12 Jahren bei 57, 12—14 Jahre bei 48, über 14 Jahre bei 7 Knaben. Zum Zweck der Zwangsberziehung wurden 55, als sonst verwahrlost 57, und in Ausbildung der Waisenspflege 20 überwiesen. Ueber den letzten Anlaß der Ueberweisung (Diebstahl, Unstüchlichkeit etc.) werden Angaben nicht gemacht. Aus dem Elternhause kamen 87, aus der Waisen-Kostpflege 8, aus anderen Anstalten 12, aus der Lehre 2, aus dem Gefängnis 3 (4 hatten bereits früher Gefängnisstrafe erlitten.) Von den Eltern lebten beide zusammen bei 44 Knaben, getrennt bei 8, nur der Vater bei 16, Vater und Stiefmutter bei 8, nur die Mutter bei 28, Mutter und Stiefvater bei 10, nur Stiefeltern bei 2, keine Eltern bei 6. Unehelich geboren waren 17 Knaben (15 pCt.). 105 Neu-Aufgenommene waren noch schulpflichtig, darunter war ein Analphabet (die Anstalt nimmt unseres Wissens Knaben unter 7 oder 8 Jahren nicht auf), 32 gehörten ihren Vorkenntnissen nach in die Unterstufe, 45 in die Mittelstufe und nur 27 in die Oberstufe. Zu beachten ist dabei, daß von diesen 105, wie oben angegeben, 48 schon 12—14 Jahre alt waren. Außer den Neu-Aufgenommenen kamen 194 frühere Zöglinge in die Anstalt zurück, 94 aus Lehre oder Dienst, die übrigen aus anderen Pflegen und Anhalten, aus Lazareth, Gefängnis (19) u. s. w. Von den aus Lehre und Dienst Entlassenen oder Entlassenen lernten 18 in ihre Stelle zurück, 17 erhielten einen anderen Dienst, bezw. Lehrherrn, 81 wählten einen anderen Beruf, 22 blieben bis zu späterer Unterbringung in der Anstalt, 6 gingen zu den Eltern. Der Abgang aus der Anstalt stellte sich im ganzen auf 280 Zöglinge; 141 gingen in Lehre oder Dienst, die übrigen in Familienpflege, Lazareth, Gefängnis (5) u. s. w. Eine Anzahl Dienst- und Lehrstellen wurden revidirt, doch fehlten in Bericht Angaben über das Revisionsergebnis. Ueber die darin untergebrachten Zöglinge berichteten die Waisenväter in 256 von 286 Fällen zufriedenstellend. — Das Erziehungs-haus zu Kleinbeeren nahm 1895/96 zu einem Bestande von 17 Mädchen 16 neu auf und entließ 8, sodas am 31. März 1896 25 blieben. Von den Eltern der letzteren (nicht der Neu-Aufgenommenen) lebten beide zusammen bei 1 Zögling, getrennt bei 1, nur der Vater bei 1, nur die Mutter bei 10, Vater und Stiefmutter bei 5, Mutter und Stiefvater bei 4, nur Stiefeltern bei 2, keine Eltern bei 1 Zögling. Von den 40 seit Bestehen der Anstalt (Oktober 1893) Aufgenommenen waren 16 (!) unehelicher Geburt. Der Bericht bemerkt dazu: „Den größten Theil der Zöglinge lieferte der Norden Berlins. Die meisten waren vorher in sehr traurigen Verhältnissen. Eintheils kümmernte sich niemand liebevoll um sie, oder die häuslichen Verhältnisse waren derart, daß dies niemand thun konnte. Da ist die Verwahrlosung nicht zu verwundern. Auch Unverstand und Nachlässigkeit seitens der Eltern in der Erziehung trugen Schuld daran.“ Der Bericht konstatirt weiter, daß die Mädchen, in die Anstalt und damit in geordnete Verhältnisse gekommen, sichtlich gebieter und sich größtentheils wohl fühlten. Ebenso besserte sich der Gesundheitszustand bald, selbst bei sehr kränklichen und schwachen Kindern. „Auch hier (sagt der Bericht) macht sich das Wort, daß in einem gesunden Körper eine gesunde Seele wohnt, geltend. Zöglinge, die mit scheuem, oft recht unmanierlichem Benehmen hergekommen, nahmen ein frisches und fröhliches Wesen an.“ Alles das ist natürlich unsern Lesern nicht neu; es bestätigt nur, was hundert- und tausendmal in sozialdemokratischen Blättern und Versammlungen gesagt worden ist, daß nämlich die Verwahrlosung der Jugend in den allermeisten Fällen eine Folge ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse ist.

Der „Freiwillige Erziehungsbeirath für schulpflichtige Waisen“ versendet an die Zeitungen einen kurzen Bericht über seine bisherige Thätigkeit. Zu Michaelis wurden ihm von 199 Gemeindeschulen 998 Waisen gemeldet, die auf 200 Bezirke mit 700 Pflegern (bezw. Pflegerinnen) vertheilt wurden. (Die anfängliche Absicht, womöglich jedem Pfleger nur einen Pförling zu geben, läßt sich also nicht einmal beim ersten Semesterschluß verwirklichen; später dürfte das aber noch weniger möglich sein, da der Verein, wenn ihm in jedem Semester etwa 1000 Waisen zugeführt werden, in drei Jahren gleichzeitig etwa 6000 Waisen zu versehen hat.) Die Waisen wurden meist „unter Berücksichtigung der körperlichen Entwicklung, der Neigungen und geistigen Fähigkeiten“ untergebracht. Von den Knaben wurden drei dem Lehr-

auch, mikroskopische Pflanzen untersuchte er und später Professor Cleve, und sie wurden als übereinstimmend erklärt mit den von der „Bega“ nahe der Beringstraße gefundenen. Auch Cleve glaubte deshalb an eine Verbindung der Beringstraße mit dem Ostgrönland-See. Während meiner Expedition habe ich eine ganze Kleinwelt von Diatomeen u. a. auf dem sonst für erloschen gehaltenen Treibeis gefunden. Auf dieses Treibeis, das in regelmäßigen „Stromzügen“ von den Neu-Sibirischen Inseln durch die Polarregionen in die Spitzbergen- und Grönlandseen fährt, müßte man also ein „Billet lösen“ können. Hierfür wurde folgendes nöthig: erstens ein Schiff, stark genug für den Eisbruch; zweitens Boote mitzunehmen, um auf den schwimmenden Schollen zu kampiren. Nr. 2 für den Fall, daß das Schiff dem Eise erlag. Herr Colin Archer baute mir den „Fram“, das beste Schiff für mein Vorhaben, und diesem „Fram“ habe ich mein Gelingen zu danken. Natürlich redete alle Welt mir ab; einzelne wiesen sogar auf das trügerische meiner Theorien hin! Wir würden „verschollen“ bleiben oder unverrichteter Sache wiederkommen. Alle aber waren einig, daß kein Schiff dem Polareis widerstehen könnte, und der berühmte amerikanische Polarreisende Greely „zankte“, daß man mich überhaupt unterstützte. Störching und Privatleute stützten mich trotzdem aus.“

Sidpol-Expedition. Aus Brüssel wird berichtet: Der Marine-Vicomte Adrien de Gerlache ist von seiner Reise nach Norwegen und dem nördlichen Eismeer her zurückgekehrt, um nun die Vorbereitungen für seine Fahrt nach dem Sidpol zu treffen. Vom belgischen Staate sind für diese Expedition bekanntlich 100 000 Fr. bewilligt worden. Was sie mehr kosten wird, hat er auf privatem Wege aufgebracht. Der in Norwegen für die Expedition angekaufte Dreimaster „Patria“, der jetzt in Sandesford neue Kessel erhält, bekommt bei seiner Ankunft in Antwerpen den Namen „Belgia“. Herr de Gerlache übernimmt selbst das Kommando; ein Theil der Besatzung wird aus norwegischen Walfischjägern bestehen. Fünf Gelehrte nehmen an der Expedition theil, darunter ein Rumänier. Die magnetischen Observationen werden von einem belgischen Artillerie-Offizier vorgenommen. Die Expedition verläßt Antwerpen Ende Juni. Die Dauer ist auf 18 Monate berechnet, Geräthe für eine größere Eiswanderung werden mitgeführt.

berufe zugeführt, eine große Zahl trat in kaufmännische Lehren ein, andere werden Mechaniker, Schlosser, Schrift-seher, Graveure, Zifferreue, Maschinenbauer. (Die schlechter bezahlten Berufe bleiben unerwähnt, sodas man beinahe annehmen möchte, daß darin keine Waisen untergebracht wurden.) Von den Mädchen wurden eine erhebliche Zahl als Dienstmädchen u. s. w., andere in Gewerbe und Handel untergebracht. Koch- und Haus-haltungsschulen anderer Vereine und Anstalten gewährt zu ermäßigtem Preise oder unentgeltlich Aufnahme, und Fortbildungsschulen bewilligten Freistellen. Den Pfinglingen wurde ferner, außer den Beihilfen durch Pfleger, Milch- und Babelfutur, Landaufenthalt, Kleidung, Betten, Mittagessen, Kostgeld-zuschuß u. s. w. gewährt. Viele können dabei freilich nicht berücksichtigt worden sein, da hierfür nur etwa 2500 Mark (also etwa 2,50 Mark pro Kopf) auszugeben wurden. Aus Mangel an Mitteln mußte der Verein auch in einigen Fällen darauf verzichten, Laufburschen aus ihren Stellen zu nehmen und in Lehren zu bringen. Die Jungen mußten die augenblickliche Noth der Mütter und Geschwister lindern helfen. Zum Schluß wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß „alle Menschenfreunde“ über den Verein Belehrung erhalten durch die vom Lehrer Bagel (erster stellvertretender Vorsitzender) verfaßte Denkschrift „Der freiwillige Erziehungsbeirath u. s. w.“ Diese Denkschrift (auf die wir vielleicht noch zurückkommen) beginnt unter dem Motto „Völker Europa's, waret Eure heiligsten Güter!“ mit einer amüsanten Pauke gegen die Sozialdemokratie.

Die Armenspeisungs-Anstalt hat im Winter 1895/96 698 430 Portionen Suppe vertheilt, zum größten Theil durch die städtischen Armenkommissionen. Von den Kosten (bismal 63 120 M.) trägt das meiste die Stadt, da die Hauskollekte seit vielen Jahren nur wenig einbringt. Die Armenspeisungs-Anstalt ist (neben der „Deutschen Gesellschaft zur Versorgung verschämter Armen mit Brennmaterial“) das älteste private Wohlthätigkeits-Unternehmen, das sich der städtischen Armenverwaltung angegliedert hat, um eine Zentralisation der Privatwohlthätigkeit anzubahnen. Es geschah schon bald, nachdem die Berliner Armenverwaltung (durch Kabinettsordre von 1819) vom Staat auf die Stadt übergegangen war. Bekanntlich ist die schon damals von der städtischen Verwaltung als notwendig angesehene Zentralisation der Privatwohlthätigkeit heute noch nicht erreicht, denn der von der Stiftungsdeputation hier errichteten Zentral-stelle hat sich bisher nur ein Theil der jetzt bestehenden Vereine angeschlossen.

Die Stadtgemeinde als Hausbesitzerin. Die durch Vermietung genutzten bebauten Grundstücke der Stadtgemeinde Berlin ergaben im Jahre 1895/96 zusammen eine Einnahme von 275 788 M. (mit den Miethsresten aus dem Vorjahre und ohne die in das nächste Jahr hinübergenommenen Reste). Gegen das Vorjahr ist eine Verminderung um 24 814 M. eingetreten, doch ist sie nur durch Abbruch oder Verkauf oder durch Verwendung von Grundstücken bezw. Gebäuden zu städtischen Zwecken zu stande gekommen. Die Miethsverhältnisse haben sich für die Vermieterin nicht verschlechtert, sondern eher gebessert. Nur auf 2 Grundstücken blieben Räume, die im Vorjahre vermietet gewesen waren, leer, und auf zwei Grundstücken mußte wegen Unbestimmtheit der Vertragsdauer bezw. wegen Entwerthung der Räume durch theilweise Bebauung des Grundstücks mit einer Schule Miethsberabsetzung stattfinden. Miethserhöhung wurde dagegen bei 11 Grundstücken statt, bei zwei Grundstücken fand günstigere Vermietung an andere Miether erzielt, und bei drei Grundstücken wurden Räume, die im Vorjahre leer geblieben hatten, wieder vermietet. Vielleicht darf man daraus den Schluß ziehen, daß die Miethsverhältnisse in ganz Berlin doch nicht mehr so ungünstig für die Hausbesitzer liegen, wie diese immer noch behaupten.

Die Firma Siemens u. Halske hat jetzt dem Magistrat sowie dem Polizeipräsidenten die spezielsten Entwürfe für die bereits von den Behörden grundsätzlich genehmigte **Strassenbahn**, welche von der elektrischen Strassenbahn Pantow—Sundbrunn abweigend durch die Sellermannstraße, Grünthaler-, Hoch-, Wiesen-, Hufstien-, Garten-, Linien- und Artilleriestraße bis zur Oranienburgerstraße führen soll, zur Prüfung und endgültigen Genehmigung unterbreitet. Um jedoch die Bahn ausschließlich zweigleisig anlegen zu können, hält es die Firma in betriebs-technischer Hinsicht für zweckmäßig, die Bahn anstatt durch die Kleine Hamburger- und Linienstraße von der Gartenstraße ab durch die Elsser- und verlängerte Artilleriestraße zu führen. Die Fahrgeschwindigkeit der in Zwischenräumen von 5 und 10 Minuten abzufahrenden Wagen soll von 10 bis 25 Kilometer in der Stunde, je nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden. Der Fahrpreis beträgt für jede Fahrt und die ganze Strecke 10 Pfennig; derselbe soll eventuell durch Zahlkassen erhoben werden.

Der Polizeipräsident und seine Pechberichtigungen. Auch wegen des Unglücksfalles, der dem Knaben März in der Badstraße passiert ist, war der Presse bekanntlich eine Berichtigung zugegangen. Hierzu schreibt die „Vossische Zeitung“: „Wir haben inzwischen genauere Erkundigungen eingezogen und müssen in allen wesentlichen Punkten auf unserer Darstellung des Vorganges verharren. Thatsächlich hat in Gegenwart des Lehrers F. Hünke von der 2. Realschule in der Badstraße sich ein Schmieb der Polizei gegenüber zur Hilfeleistung erboten, ist aber scharf zurückgewiesen worden: „er solle sich seiner Wege scheeren.“ Zuvor hatte sich der Werkmeister Behl von der nahen Franerei Gregory der Polizei zur Hilfeleistung bereit erklärt. Er wurde ebenso zurückgewiesen wie ein anderer Schmieb aus den Werkstätten der Pferdebahn an der Badstraße. Von der Feuerwehr wurde dann noch der frühere Schmiedemeister und jetzige Destillateur B. Rauschardt, der mit Werkzeugen herbeigeeilt war, zurückgewiesen. Die Feuerwehr hatte 1 1/2 Stunden zu thun, um den gestern im Lazarus-Krankenhaus an Windinfektion ver-schiedenen Knaben zu befreien. Sämtliche Sachverständige haben sich dahin geäußert, daß der Verletzte durch einfaches Lösen der Mutter binnen längstens 20 Minuten zu retten gewesen wäre. Statt dessen soll aber die Feuerwehr die Eisenstangen durchgesägt haben, wobei März eine Fleischwunde erlitten hat, die durch Eisensplitter verunreinigt worden ist. Die Feuerwehr kann vieles, aber doch nicht immer alles, Schmiede und Schlosser brauchen sie jedenfalls nicht zu sein.“

Bäcker und Konditor. Uns wird geschrieben: Ein erbitterter Kampf ist zwischen Bäckern und Konditoren ausgebrochen anlässlich des Sonntagverkaufs der letzteren über die Straße nach 3 Uhr nachmittags. Einzelne Bäckermeister haben es sich auf Anregung ihrer Vereinigungen zur Aufgabe gemacht, die Konditoren wegen des vorgedachten Verkaufs zu denunziren. Sie engagiren zu diesem Zweck Personen, welche Waaren bei Konditoren kaufen müssen, worauf dann die Denunziation bei der Polizei erfolgt. Allein während eines kurzen lehrvorgangenen Zeitraumes sind 23 derartige Denunziationen erfolgt. Seitens der Konditoren sind daraufhin Gegenmaßnahmen getroffen worden, und zwar dergestalt, daß die bekannten Bäckermeister und ihre ebenso bekannten Helfershelfer bei der Staatsanwaltschaft wegen gewerbs-mäßiger Denunziation zur Anzeige gebracht worden sind. Die Konditoren hoffen inzwischen, daß die Staatsanwaltschaft dem an sie ergangenen Ersuchen Folge geben und eine strenge Bestrafung der denunzirenden Bäckermeister und ihrer Helfershelfer erfolgen wird. — Im Grunde ist wohl die eine Zunft nicht besser wie die andere. Die Sonntagruhe wird von beiden grimmig gehaßt.

Das Heilichenskollegium der Berliner Kaufmannschaft beabsichtigt, seine Gewerkekommission zu befragen über die geschäftlichen Wirkungen der Polizeiverordnung wegen der früheren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage, die am 1. d. Mts. in Kraft getreten ist. Das Kollegium will, soweit es die Ueber-

zeugung gewinnt, daß einzelne Bestimmungen jenes Gesetzes und dieser Verordnung für Handel und Industrie nachteilig sind, zuständigen Orten vorzulegen werden. Die Kaufmannschaft möchte das Kind mit dem Bade ausschütten und neben dem einzig auf Verbesserung abzielenden Polizeivorschlägen auch die der Arbeiterschaft zum Nutzen gezielten Bestimmungen über die Sonntagsruhe beseitigen lassen.

Die Forderung der Sonntagsruhe im Droschken-Fuhrgewerbe soll jetzt seitens der kaiserlichen allen Einflusses propagandistisch durch Verbreitung von Flugblättern, Veranstaltung von Versammlungen etc. und zwar unter Hinweis auf den Rückschlag der verflochtenen Gewerbe-Ausstellung, der sich speziell für das Berliner Droschkenfuhrgewerbe schon jetzt sehr fühlbar macht und sich noch viel fühlbarer machen wird. In Rücksicht auf die Gewerbe-Ausstellung ist das Droschkenmaterial ganz erheblich vermehrt worden. Da die Droschkenbesitzer die goldenen Schätze im vergangenen Sommer nicht in dem erwarteten Maße eingeholt haben, so müssen die Pferde auch jetzt ihren täglichen Hafer verdienen. Das Fuhrwerk wird demnach auf die Straße geschickt. Durch die eigene Konkurrenz wie auch durch die Konkurrenz der elektrischen und Pferdebahnen, Omnibusse etc. sind die Erwerbsverhältnisse für Droschken äußerst schwierige, insbesondere an den Sonntagen, wo das geschäftliche Leben so gut wie gänzlich ruht. Für Droschken ist der Sonntag erfahrungsgemäß der schlechteste Geschäftstag. Nach Ansicht der Kutscher würde die Hälfte des vorhandenen Fuhrwerks an Sonntagen dem Bedürfnisse vollkommen genügen. Jeder Fuhrherr noch Kutscher würden durch eine derartige Sonntagsruhe erheblichen Schaden erleiden, da bei einer um die Hälfte verminderten Anzahl von Droschken die einzelnen einen entsprechend höheren Verdienst erzielen würden und die Ausgefahrenen am nächsten Sonntage in diese angenehme Lage kämen. Für die Kutscher ist überdies ein freier Sonntag, überhaupt nur ein freier Tag — abgesehen von Arbeitslosigkeit — etwas ganz ungewöhnliches. Nach sorgfältig geführten statistischen Listen ergibt sich für die Kutscher eine 16-17 stündige tägliche Arbeitszeit und 5-6 freie Tage im Jahre, die meistens noch mit großen Opfern erkauft werden müssen. Von einem Familienleben kann hier also gar keine Rede sein.

Die Gesellschafter des Unternehmens „Alt-Berlin“ in der Gewerbe-Ausstellung sollen, wie ein hiesiges Blatt wissen will, etwa 300 pCt. Dividende erhalten. Für „Kairo“ giebt es nichts, da Einnahme und Ausgabe sich decken.

Rückfahrts-Karten. Das „adademische Viertel“ hat im Eisenbahn-Verkehr bekanntlich keine Geltung und so wurde kürzlich ein Passagier auf dem Schlesischen Bahnhof zurückgewiesen, der wenige Minuten nach Mitternacht seine sieben abgelaufenen Rückfahrtskarten präsentierte. In seiner Beschwerde machte der unglückliche Passagier geltend, daß, wenn er denselben Zug um 11 Uhr 45 Minuten abends, also noch rechtzeitig, auf Bahnhof Zoologischer Garten bestiegen hätte, er ebenfalls erst nach Mitternacht auf dem Schlesischen Bahnhof eingetroffen sein würde; durch die Benutzung ein und desselben Zuges auf einer späteren Station sei übrigens der Eisenbahn-Verwaltung keinerlei Nachteil erwachsen. Die Eisenbahn-Direktion hat — nach dem Grundsatz, daß in zweifelhaften Fällen stets die mildere Auffassung zu gelten habe, dem Mann recht gegeben, und für diejenigen Jüge, deren Abfahrts- oder Anfahrtszeit auf den Stadtbahn-Fernstationen (Schlesischer Bahnhof bis Charlottenburg) sich auf zwei Kalendertage (Luz vor und kurz nach Mitternacht) erstreckt, angeordnet, daß für die Berechnung der Gültigkeitsdauer der Rückfahrtskarten im Verkehr nach dem Osten die Abfahrtszeit der Jüge vom Bahnhof Charlottenburg, im Verkehr nach dem Westen die Abfahrtszeit vom Schlesischen Bahnhof maßgebend sein soll.

Kocher mit Gas! In etwa 3000 Berliner Haushaltungen ist im Vierteljahr Juli-September das Leuchtgas zu Kochzwecken in die Küchen eingeführt worden. Wie von einem Magistrats-Kommissar in dem Ausschuss zur Berathung über den Bau eines Gasbehälterhauses in der Fichtestraße mitgeteilt wurde, sind Anmeldungen für Herstellung der Gasheizung eingegangen: im Juli er. 565 für Leuchtgas und 1009 für Kochgas, im August 978 für Leuchtgas und 757 für Kochgas und im September 2119 für Leuchtgas und 1292 für Kochgas, zusammen also 3088 für Kochgas für eine Stadt mit 1 1/2 Millionen Einwohnern kann dieser Erfolg durchaus nicht bedeutend genannt werden. Um ein vieles würde der Gasconsum zunehmen, wenn die reinliche, arbeitssparende und verhältnismäßig billige Gasheizung nicht mit Anschaffungskosten verbunden wäre, die für die große Masse der Bevölkerung einfach unerschwingbar sind. Ein Heizapparat, der die alte Kochmaschine einigermaßen ersetzt, kostet mindestens 70 M., die Verlegung der Gasröhren stellt sich auf 15-20 M., und schließlich sind für Gähne, Gummischlauch etc. auch noch einige Mark zu zahlen, so daß 100 M. Anschaffungskosten durchaus nicht zu hoch gerechnet sind. Sollte es nicht möglich sein, auch der Arbeiterbevölkerung die Benutzung von Gas zu Heizzwecken durch freie Montage und Vermietung der Apparate gegen entsprechende Kostenberechnung zugänglich zu machen?

Das Volks-Theater in der Reichenbergerstraße sucht auch mit seinem vorwiegendigen November-Programm dem Publikum zu gefallen. Zu dem harmlos-heitern „Vorläufigen Mann“, der noch immer am Werk ist, gesellen sich manche Spezialitäten von recht tüchtiger Art. Zu nennen ist die Kunstschaffner-Familie Darrington, Miß Adele mit ihrer „Hunde-Akademie“, ein Damen-Terzett, sowie der Gesangsbumorist Frey Reuter. Alle diese Künstler treten aber zurück vor einem jetzt dargestellten Opernwerk, das Herrn Oskar Ziele zum Schöpfer hat. Don Juan von rückwärts oder „Der vergnügte steinerne Cassi“ ist eine lustige Parodie, in welcher der Komiker ungleich lebendiger als in Mozart's Originalwerk sich's beim Weibhieb überaus wohl sein läßt. Zu dem dröhligen Text des neuen Weisheitsprodukts ist eine ansprechende Musik geschrieben worden, die selbst dem an Mozart gebildeten Berliner imponieren dürfte.

Die „Hindigkeit“ unserer Post ist wirklich bewundernswürdig. Kommt da an einen hier seit 1894 wohnenden Reichstags-Abgeordneten ein eingeschriebener Brief mit Angabe des Titels.

Der Brief ist gerichtet an eine im „Rärschner“ unrichtig angegebene Wohnung (Hotel), in der der Adressat einige Tage im Jahre 1894 gewohnt hat.

Was thut die findige Post? Sie schreibt auf den Brief: „Hr. v. Mauerstraße aus verzogen; Hotel unbekannt“ und schickt ohne einen Blick ins Adressbuch zu werfen, in dem der Adressat seit 1895 verzeichnet ist, den Brief an den Absender zurück. Sehr bequem für die Post — sehr unbequem für diejenigen, die auf solch „findiges“ Institut angewiesen sind.

Miquel und der Mahnzettel. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: „Hat man einen Mahnzettel zu bezahlen, der erst zur Zustellung gelangt, wenn man die angemahnten Steuern bereits bezahlt hat? Diese allgemeine interessierende Frage ist schon wiederholt debattiert, auch ebenso oft verneint worden. Jetzt hat der Finanzminister Miquel in einem Spezialfall das letzte Wort gesprochen. Ein hiesiger Steuerzahler, der mit seinen Steuern im Rückstande gewesen war, erhielt einen Mahnzettel, der zwar schon ausgehändigt war, ehe er die rückständigen Steuern bezahlt hatte, ihm aber erst danach zugestellt war. Er ging bis an den Finanzminister, der aber zu seinen Ungunsten entschieden, indem ihm folgender Bescheid wurde: „Da Sie selbst die gesetzliche Frist zur Zahlung der Einkommensteuer für das zweite Quartal verstreichen ließen, haben Sie selbst Anlaß zur Ausstellung des Mahnzettels und zur Beantragung des Vollstreckungsbeamten mit seiner Behändigung gegeben. Der Auftrag konnte, nachdem Sie inzwischen Zahlung geleistet hatten, nicht mehr zurückgenommen werden und

wenn die Behändigung des Mahnzettels infolge dieses Umstandes trotz der inzwischen erfolgten Zahlungseinstellung stattgefunden hat, so kann doch hiermit wegen der Ihnen zur Last fallenden Verschämung ein ausreichender Grund, Sie von der Zahlung der gesetzlichen Mahngebühr zu entbinden, nicht entnommen werden.“

Für 11 000 M. ist die Ausstellung Alt-Berlin an den Meistbietenden zum Abbruch versteigert worden.

Der erste Frost dieses Winters hat sich in Berlin in der Nacht zum Donnerstag eingestellt. Es fiel harter Reif. Gegen 2 Uhr sank das Thermometer unter den Gefriergrad, und zwar bis auf 1 1/2° unter 0. Die Wägen waren noch in der zehnten Stunde von einer dünnen Eiskruste bedeckt.

Gegen die Schäferschlachten wird jetzt mit größter Strenge vorgegangen werden, weil die Kämpfe unter den Kindern im Laufe der Zeit einen solchen Umfang angenommen haben, daß häufige Störungen im Straßenverkehr dadurch herbeigeführt wurden. Besser als die Polizei wäre der Schullehrer im Stande, die Kinder zu geordneten Wesen zu bilden, wenn er sich weniger als jetzt auf äußere Frömmigkeit, Wasel und Heroenkultus verweisen dürfte.

Strafensperre. Die Vergamannstraße von der Westgrenze des Luisenstädtischen Kirchhofes bis zur Straße 17 wird wegen Kneipenbesetzung vom 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Fortgesetzte Menschenansammlungen fanden gestern Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr vor dem Hause Zimmerstr. 7 statt. Ein junger Mann kam aus diesem Hause blutend auf die Straße gelauert und erzählte, er sei Schriftsetzer, habe sich auf dem Grundstück nach Arbeit umgesehen und sei dabei von dem Pflücker mit einem Knüttel über den Kopf geschlagen worden. Die Menge geriet wiederholt in große Wuth und drohte, dem Pflücker herauszuholen und zu lynchen. Ein Schuhmann des 88. Nevierr's stellte die Ruhe wieder her und nahm sich des Verletzten an.

Eisenbahn-Unfall. Beunruhigende Gerüchte waren gestern Nachmittag wegen des um 1 Uhr 13 Min. sälligen Wiener Schnelzuges in Umlauf. Es hieß, der Zug sei entgleist. Durch Drahtanfrage stellte man fest, daß zwar keine Entgleisung, wohl aber ein Zusammenstoß stattgefunden hatte. Genauer erfuhr man erst, nachdem ein Hilfszug um 6 Uhr 5 Min. hier eingelaufen war. Der Schnellzug war bei Wendisch-Drona mit einem Güterzuge, der Petroleum geladen hatte, zusammen gelaufen, und zwar um 11 Uhr 55 Min. Seine Maschine und mehrere Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert, glücklicherweise aber keine Personen verletzt. Da die Strecke nur ein Geleise hat, so war sie durch den Unfall vollständig gesperrt. Um 2 Uhr ging von Berlin ein Leerzug ab und holte die Passagiere. Veranlaßt wurde der Unfall durch falsche Weichenstellung. Durch den Zusammenstoß wurde der Verkehr vielfach gestört.

Selbstmord im Eisenbahngänge. Als gestern Morgen um 9 Uhr der sällige Södringzug von Treptow in Nirdorf eintraf, fand man in einem leeren Abteil der dritten Klasse einen Mann vor, der aus zwei Kopfwunden blutete und krampfhaft einen Revolver in der rechten Hand hielt. Ein Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod des Selbstmörders feststellen. In dem Tobten wurde der Schlosser und Rohrleger Heinrich Heine aus Charlottenburg erkannt; seine Leiche wurde nach dem Nirdorfer Reichenschausause gebracht.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist der 27 Jahre alte Banarbeiter Paul Schmidt aus der Hochstr. 41. Der Mann stürzte gestern Nachmittag auf der Baustelle aus dem 1. Stock herab und zog sich einen schweren Bruch der rechten Kniegelenke zu. Er wurde zunächst nach der Unfallstation VI und von dort nach einem Krankenhaufe gebracht.

Aus dem Polizeibericht vom 5. November. Am Dienstag Vormittag fiel auf dem Bahnhofe Ostendbrunnen der 31-jährige Hilfsbremser Max Jirus bei der Abfahrt eines Zuges von seinem Sitze an der Schlußbremse, geriet unter die Räder und wurde am rechten Fuße so erheblich verletzt, daß seine Ueberführung in das Lazarus-Krankenhaus erforderlich wurde. — Gestern früh geriet die 37 Jahre alte Plätterin Klara Trendow an der Ecke der Straße An der Stadtbahn und der Kochstraße in der Trunkenheit unter die Räder eines Schlächterwagens und zog sich eine bedeutende Verletzung am Kopfe zu. Sie wurde nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallstation in der Alten Schützenstraße, auf Anordnung des Arztes nach der Charite gebracht. — Vormittags stürzte sich die vierzehnjährige Anna Sch. aus dem Küchenfenster der im zweiten Stocke in der Reichenbergerstraße gelegenen Wohnung ihrer Mutter, die dem Mädchen Vorwürfe über unstillen Lebenswandel gemacht hatte, auf den Hof hinab und trug außer schweren inneren Verletzungen einen Armbruch sowie bedeutende Verletzungen am Kopfe davon. Nach Anlegung eines Nothverbandes erfolgte ihre Ueberführung in das Krankenhaus Moabit. — In der Admiralstraße fiel vormittags die achtundzwanzigjährige verheiratete Arbeiterin Anna Thomas geb. Bramann in Krämpfen hin und erlitt eine erhebliche Verletzung an der Stirn. Sie wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Mittags wurde an der Ecke der Bernauer- und Schwedterstraße die sechzehnjährige Tochter des Eisenbahn-Portiers Siebert durch einen vorwärtsmitdringenden Wägelwagen und erlitt eine Quetschung des Unterlebens. — In der Trunkenheit fiel nachmittags der 50-jährige Dienstmann August Giese in der Steinstraße gegen einen vorbeifahrenden Bierwagen und zog sich eine bedeutende Verletzung an der Stirn zu. Er erhielt auf der Unfallstation X einen Verband. — Durch einen übermäßig schnell in die Große Frankfurter Straße einbrechenden Rollwagen wurde abends die Wittwe Karoline Giesede geb. Franz überfahren und am Kopf und Fuß verletzt.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Nirdorf werden darauf aufmerksam gemacht, daß der seit mehreren Jahren bestehende sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ es sich zur Aufgabe stellt, auf dem Boden des Erfurter Programms seine Mitglieder in politischen und sozialen Fragen aufzuklären. Dies geschieht durch Vorträge in Versammlungen, sowie durch eine reichhaltige Bibliothek, die auch den Frauen der Mitglieder zur Verfügung steht. Jeder Parteigenosse sollte es sich zur Pflicht machen, dem Verein „Vorwärts“ als Mitglied anzugehören und für ihn zu agitieren. Ausnahmen erfolgen in den regelmäßigen Versammlungen, die am Dienstag vor dem 15. im Monat stattfinden, ferner täglich bei dem Kassirer W. Krüger, Prinz Handjersstr. 58 im Laden, sowie in folgenden Zahlstellen: W. Köpfe (früher Hilpert), Restaurant, Karlsplatzstr. 1; G. Meyeran, Zigarrengeschäft, Hermannstr. 50; Ph. Thomsen, Restaurant, Bergstr. 162; L. Herrmann, Zigarrengeschäft, Kirchhofstr. 1. Außerdem haben noch Mitglieder Listen zur Aufnahme.

Allgemeine Aufregung verursachte vorgestern in Straußberg die Verhaftung des dortigen Bürgermeisters Herrn Pasche, welche durch einen Beamten der Staatsanwaltschaft am Landgericht II vorgenommen wurde. Der etwa 50-jährige Mann wird schwerer Sittlichkeitsverbrechen beschuldigt. Inwiefern diese Beschuldigungen begründet sind, muß erst die Untersuchung ergeben. Nachdem Herr Pasche in das Moabit'sche Untersuchungsgefängnis

eingeliefert worden war, wurde er gestern Mittag 12 Uhr zur ersten Vernehmung vor den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrath Friedberg, geführt. Bei dieser Vernehmung schien er sehr heiter und zuversichtlich zu sein, als er aber nach zweistündiger Vernehmung wieder abgeführt wurde, war sein Gesicht sehr ernst, denn das Resultat des Verhörs hat den Untersuchungsrichter nicht veranlaßt, die Untersuchungshaft aufzuheben.

Soziale Rechtspflege.

Die Massenprozesse, die die „Chromolithographische Vereinigung“, der Ring der Papierverarbeitungs-Fabriken, gegen die streikenden Steindruck-, Lithographen und Berufsgehilfen von je 3 großen Firmen wegen angeblichen Kontraktbruchs in die Wege geleitet hat, nahmen am Donnerstag vor der vollbesetzten Kammer VIII des Gewerbegerichts ihren Fortgang. Den Vorsitz führte Assessor Blaukestein. Es handelte sich diesmal um die Klagen der drei Firmen Wättner, Aberle u. Komp. und Böhme. Die Klägerinnen waren vertreten durch Dr. Gerschel, einem Mitgliede des Fabrikantenvereins und des Ausschusses der Westfälischen Gewerbegerichts, während die Beklagten wieder Genosse Millarg vertrat. Millarg blieb bei den Einwänden, die er in der Verhandlung am 31. Oktober erhoben hatte, und die bekanntlich sich auf folgendes stützten: „Die gleichzeitig mit den Klageschriften gestellten Nachträge zu den Klagen, die sich nicht wie diese auf § 124b der Gewerbeordnung, sondern auf die Fabrikordnungen mit ihren weitergehenden Strafbestimmungen betreffen, eventuellet Kontraktbrüche stützen, sind Klage-Änderungen im Sinne des § 235 Absatz 3 und deshalb unzulässig. — Alle Arbeiter haben auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung, d. h. infolge der Aufhebung des Koalitionsverbotes, für den Fall einer Streikverabredung zum Zwecke der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen das Recht, ohne vorherige Kündigung die Arbeit niederzulegen.“ Weiter erhob Millarg die Widerklage auf Herauszahlung einbehaltener Lohnbeträge. Dr. Gerschel bestritt, daß die Gewände zuträfen, und beantragte, daß bei Verurteilung der Beklagten das Urteil für vorläufig vollstreckbar erklärt werde. Zum Falle Wättner hob Millarg hervor, daß der Chef der Firma die Absicht, zu bewilligen, ausgesprochen habe, dann aber erklärt hätte, er könne nicht bewilligen wegen des Unternehmerverbandes. Auf ihn wäre also ein unzulässiger Zwang (§ 153 der Gewerbeordnung) ausgeübt worden. — Das Urteil in der Sache Wättner erging dann dahin:

Die Beklagten werden verurtheilt, je 16,20 M. an die Firma Wättner und Komp. zu zahlen; mit der Widerklage werden sie abgewiesen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar gegen vorgängige Sicherheitsleistung. Der Widerspruch gegen die sogenannten Nachträge scheidet daran, daß Klage und Nachtrag gleichzeitig gestellt sind; rechtlich genommen handelt es sich um ein Ganzes. Wäre der Nachtrag erst nach der Klage gestellt worden, dann wäre das eine Änderung der Klage, so aber nicht. Und auf § 152 der Gewerbeordnung könnten sich die Beklagten auch nicht berufen; er gewähre nur das Recht zur Koalition (Vereinigung), gebe aber denen, die es ausüben, kein besonderes Recht, sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen. Auch § 153 treffe hier nicht zu. Durch einen ungesetzlichen Druck auf den Inhaber der Firma Wättner u. Komp. würden sich höchstens andere (die Tonangebenden im Ring) strafbar machen, auf keinen Fall könnten jedoch daraus die Beklagten für sich Nutzen ziehen; be-treffs ihrer wäre es ganz unerheblich. —

Die Sache der Firma Aberle u. Komp., die hierauf zur Verhandlung kam, konnte noch nicht zu Ende geführt werden. Sie ist besonders dadurch interessant, daß die Beklagten die Arbeit niedergelegt haben, weil sie die Arbeiten einer anderen Fabrik, deren Angestellte sich im Streik befanden, nicht ausführen wollten. Es wurde beschloffen, Beweis zu erheben; außerdem ordnete der Gerichtshof das Erscheinen beider Firmeninhaber, der Gebrüder Aberle, bei Vermeldung einer Strafe von je 20 Mark an. Bemerkenwerth ist, daß Herr Gerschel erklärte, ein Vergleich läme auf keinen Fall zu stande.

In Sachen der Firma Böhme betonte Millarg, daß Steindruck- und Lithographen etc. nicht als Fabrikarbeiter gelten könnten, auch wenn sie in Fabrikbetrieben thätig wären. Auf sie fände dann § 119a der Gewerbeordnung und nicht deren § 134 Anwendung. § 119a bestimme aber: „Lohninbehaltungen, welche von Gewerbe-Unternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens oder einer für diesen Fall verabredeten Strafe ausbedungen werden, dürfen bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes nicht übersteigen.“ Der den Beklagten auf einmal einbehaltene Lohnverdienst betrage nun aber weit über ein Viertel des fälligen Lohnbetrages und insoweit sei die Zurückhaltung des Geldes sicher unredlich. — Der Gerichtshof verurtheilte indessen die von der Firma Böhme beklagten Arbeiter ebenfalls zur Zahlung von je 16,20 M. und erklärte das Urteil gegen Sicherheitsleistung des Betrages für vorläufig vollstreckbar. Der Vorsitzende führte aus, als Fabrikarbeiter im Sinne der Gewerbe-Ordnung seien auch alle gelehrten Arbeiter, die in Fabrikbetrieben thätig seien, zu betrachten.

Geriichts-Beitrag.

Der Hunger. Ein lähmer Griff hat dem Kaufmann Kurt Hoellich eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten eingetragen. Der Angeklagte ist während des Sommers im Messpalast beschäftigt gewesen, wurde aber stellenlos, als dies Unternehmen seine Pforten schloß. An einem Oktobertage ging er planlos durch die Straßen. Wie er angeht, besand er sich in der bittersten Noth, der Hunger plagte ihn. Da begegnete ihm in der Königsgräber-Straße zwei sein geliebte Damen. Die eine hielt nach Fremdenart ihr Portemonnaie in der Hand. Beim Anblick dieses Schatzes gewann in dem Angeklagten die Begehrlichkeit die Oberhand, mit raschem Griff entriß er im Vorbeigehen der Dame das Portemonnaie und ergriff die Flucht. Auf die Hilferufe der Beraubten nahmen einige Vorübergehende die Verfolgung auf. Höllich wurde in einer Nebenstraße ergriffen und zur Haft gebracht. Das Schöffengericht billigte dem Angeklagten für den an Raub grenzenden Diebstahl mildernde Umstände zu und erkannte auf odenerwähnte Strafe.

Ein Revolveranschlag, der auf eine ganz unbedeutende Veranlassung zurückzuführen ist, brachte vorgestern den bisher gänzlich unbescholtenen Zuschauer Anton Franz Walsche wski unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung vor die neunte Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war gerade drei Tage verheiratet, als er in Haft genommen wurde. Er lebte mit seinen Firmnachbarn, dem Arbeiter Pflücker'schen Ehepaar, nicht auf gutem Fuße, vielmehr gab das Verhalten seines Pflegsobers mehrfach Anlaß zu Zwistigkeiten. Eines Tages kam der letztere in die Wohnung des Angeklagten gerannt und behauptete, daß Pflücker ihn habe schlagen wollen. Es kam darüber zu einer heftigen Szene im Hausflur, in deren Verlauf der Angeklagte plötzlich einen Revolver hervorholte und daraus sechs Schüsse auf seinen Nachbar und dessen Ehefrau abfeuerte. Pflücker erhielt eine Kugel in den rechten, seine Frau eine solche in den linken Arm. Beide sind längere Zeit krank gewesen. Der Staatsanwalt beantragte wegen dieser unglücklichen Hoiheit drei Jahre Gefängnis. Rechtsanwält Bronler empfahl den Angeklagten als das Opfer eines blinden Wuthausfalls der Wille des Gerichts. Das Urteil lautete auf 2 1/2 Jahre Gefängnis.

Die Geschichte eines patriotischen Zeitungunternehmens beschäftigt gestern die 194. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Verleger der „Deutschen Armeezeitung“, Wilhelm Krahl, hatte sich wegen wiederholten Betrugs zu verantworten. Wie der Vorsitzende, Amtsrichter Oppermann, zunächst feststellte, ist der Angeklagte ursprünglich Barbier gewesen und hat dann ein Gummiwaaren-Geschäft errichtet, wobei er sich fünf Beträgen wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen durch Verbreitung von Katalogen unzüchtlichen Inhalts, zugezogen hat. Im Jahre 1891 gründete der Angeklagte die vorgenannte Zeitung. Die Redaktion übertrug er einem bis dahin ebenfalls in einem Gummiwaaren-Geschäft thätig gewesenen Kommissar Hahn, Verlag und Expedition leitete er selbst. Hahn legte die Redaktion bald wieder nieder und ernährte sich von da ab durch Inseratenwerbung für die „Deutsche Armeezeitung“, die Redaktion übernahm anstatt seiner ein früherer Offizier. Bereits im folgenden Jahre war die „Deutsche Armeezeitung“ im Zeitungskatalog von Daafenstein u. Vogler mit einer Auflage von 10 000 Stück aufgeführt. Die von dem Angeklagten angenommenen Inseratenagenten wiesen den Kunden gegenüber auf diese hohe Auflage hin und erzielten dadurch auch ansehnliche Erfolge. In diesem Frühjahr ernannten dieselben Agenten bei der Staatsanwaltschaft Anzeige, daß Krahl sie zu unbewußten Beihelfern zum fortgesetzten Betrugs gemacht hätte, indem sie seiner Anweisung gemäß, daß er eine Auflage von 10 000 Stück drucken lasse, diese unwahre Thatsache auch den Kunden vorgespiegelt hätten. Sie seien erst später dahinter gekommen, daß die „Deutsche Armeezeitung“ thätigkeitsmäßig nur gegen 100 feste Abonnenten habe und daß die Auflage nach dem jeweiligen Ermessen des Angeklagten bestimmt wurde. Zusammen seien 2000 Exemplare gedruckt worden und nur in vereinzelten Fällen habe eine Steigerung bis zu 10 000 Stück stattgefunden. Der Gerichtshof erachtete eine einzige fortgesetzte Handlung des Betrugs für vorliegend und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Verurtheilte wird Verurteilung einlegen.

Irrenprozess Wittenzweig-Knorr. Der Termin in der Angelegenheit des Sanitätsrats Dr. Wittenzweig wegen Verleumdung durch den Redakteur der „Charl. Nachr.“, Knorr, der am Mittwoch vor dem Amtsgericht in Charlottenburg stattfinden sollte, ist aus unbekanntem Gründen verlagert worden.

Wegen Betrugs und Konkursvergehens wurde gestern der Verkaufsvermittler Alwin Herzog, der seit dem 18. Januar in Untersuchungshaft sitzt, von der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurtheilt. Auf die Untersuchungshaft wurden ihm 6 Monate angerechnet. Er hatte seine Betrügereien unter der Maske eines städtischen Verkaufsvermittlers ausgeführt.

Wegen Margarine-Moör-Verleumdung hatte sich am 4. November der Redakteur Kern vom antisemitischen „Deutschen Michel“ hierseits vor dem Schöffengericht zu verantworten. Das Blatt hatte die bekannte Nachricht des Wormser Polizeiberichtes, wonach Moör sich des unlauteren Wettbewerbs schuldig gemacht haben soll, in einem Gedichte verurteilt. Herr Moör aus Bahrenfeld erzielte mit seiner Privatklage den Erfolg, daß der Redakteur des antisemitischen Blattes zu 50 M. Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten verurtheilt wurde. Herr Moör will bekanntlich sämtliche Zeitungen, welche die Polizeinachricht gebracht haben, verklagen.

Versammlungen.

Die Mitglieder des Berliner Gewerbegerichts hatten sich am Mittwoch fast vollständig zu einer Sitzung im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, eingefunden. Nach dem Bericht von Körten über die Thätigkeit des Gewerbegerichts-Ausschusses haben in den letzten 3/4 Jahren drei Sitzungen stattgefunden, in welchen die verschiedenen Anträge ihre Erledigung fanden. Dieselben betrafen den Wauschwindel, die Abänderung der Sonntagsruhe, die Kranken-Versicherungspflicht der Hausindustriellen und das Bürgerliche Gesetzbuch. Weiter stand ein Antrag zur Verhandlung, nach welchem in Betrieben mit über zehntausend Arbeitssitz eine halbstündige Frühstückspause und eine halbstündige Wespapause festgesetzt werden soll. Ferner Anträge bezüglich des Dienstpersonals in Schankwirtschaften und die Fortdauer der Handelsangestellten, ihre Berufsberechtigungen dem Gewerbegericht zu unterstellen. Der Redner bemerkt, daß die Hoffnungen, die man seinerzeit auf die Institution des Ausschusses gesetzt hat, nur theilweise erfüllt werden konnten, indem die Arbeiten desselben durch das Ortsstatut auf einen engen Rahmen beschränkt sind. Wie Millarg anführte, hat das Polizeipräsidium seine Meinung infolgedessen geändert, als im Gegensatz zu früher von dem weiblichen Personal sowie von den Hausdienern in Schankwirtschaften ein Dienstbuch nicht verlangt wird, somit dieselben als Gewerbegehilfen resp. Gehilfen betrachtet werden. Bemängelt wurde von einem Redner, daß in der 6. Kammer in der letzten Zeit 18 bzw. 19 Sachen an einem Terminstage angefaßt wurden, so daß sich die Sitzungen bis zum späten Nachmittag ausdehnten und die Richter über die Gebühr angestrengt werden. Im weiteren wurde darauf hingewiesen, daß die Sympathie für das Einigungsamt unter den Arbeitern, besonders durch das Resultat im Konfektionsarbeiter- und Gasarbeiter-Streit schon im Schwinden begriffen ist und unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt gänzlich verloren gehen dürfte. Zu den demnächst stattfindenden Neuwahlen des Gewerbegerichts-Ausschusses sollen in Vorschlag gebracht werden: Timm, Schneider, Lund, Gutmacher, Dietrich, Püster, Hagen, Töpfer, Koblenger, Fischer, Millarg, Einicker, Körten, Formel, Wegener, Kellner, und Mühl, Klogner, Schumann, Handelshilfsarbeiter, unter Vorbehalt. Als Ersatzmann wurde Schneider Zander nominirt. Für die am 15. und 16. November stattfindende Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer Deutschlands wurden Körten und Millarg in Vorschlag gebracht und den Ausschuhmitgliedern das weitere vorbehalten.

Die in der Rahmenbranche beschäftigten Vergolder hatten am 4. November eine Versammlung abgehalten, in der über die Lage des Berufes eingehend verhandelt wurde. Vielfach wurde über das Ueberhandnehmen der Ueberstunden geklagt und allgemein gewünscht, daß diesem Unwesen zunächst gesteuert werde. Als grundlegende Forderung wurde deshalb die neunstündige Arbeitszeit sowie eine höhere Bezahlung der Ueberstunden erachtet. Ferner will man eine verhältnismäßige Lohnverhöhung fordern. Definitive Beschlüsse sollen in der nächsten Versammlung gefaßt werden, die am Montag, den 9. d. M. stattfindet.

In einer unbesetzten Versammlung des Nieder-Barnimer Kreises sprach am 1. d. M. in Himmelsburg Reichstags-Abgeordneter Stadthagen über den Parteitag in Gotha. Der diesjährige Parteitag habe — so bemerkte der Redner — nach dem alljährlich wiederkehrenden Gebelzer unserer Gegner wieder einmal gezeigt, daß die Sozialdemokratie todt ist. Thatsächlich habe der diesjährige Parteitag ein Zeugnis von der inneren Stärke unserer Partei abgelegt, wie kein anderer je zuvor. Man müsse die Verschiedenartigkeit zwischen bürgerlichen Revolutionen und proletarischen, wie sie im 18. Brumaire von Marx gekennzeichnet ist, sich gegenwärtigen. Jene überdienten sich in dramatischen Effekten und Brillanfeuerwerken, die gar bald verpufft sind und nur Gestank hinterlassen. Diese haben unentwegt, siegesgewiß ihr Endziel im Auge, kritischen sich beständig, sind mit recht die unerlöschlichen Richter selbst gegenüber und erobern Stein um Stein in mühevollen Kampf, bis das große Ziel erreicht ist. Die gegenseitige rücksichtslose Aussprache, nicht theoretische Beschlußfassung zeugt von der Stärke einer Partei, die die Kinderkrankheit der Sekten überwunden hat. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, war der letzte Parteitag der stärkste aller bisherigen. Unsere Parteitage sind und sollen nicht sein Gelegenheits-, Konflikt- oder Kampftage. Redner freut sich, daß diese Anschauung, die er bei der bairischen Frage konsequent vertreten

habe, jetzt wohl allgemein in der Partei herrsche. Die Fehler kritisieren, aber die Wege der Ausbreitung, Agitation und Organisation zu beraten, sei vornehmste Aufgabe der Parteitage. Besonders rühmend müsse er zwei Reden hervorheben: die des Genossen Pfannkuch und die der Genossin Zetlin. In meisterhafter Weise habe Pfannkuch rücksichtslos die Agitation unserer Partei, die Nothwendigkeit des Solidaritätsgeföhls dargestellt und gezeigt, daß der Partei-Ausschuss überall aufmerksamer der Bewegung, die naturgemäß keine schablonenhafte sein kann, gefolgt und mit Rath und That eingeschritten ist, vorsichtig dabei gut gemeinte aber utopistische Vorschläge Uebererfreiger abwägend und Lässige nach Möglichkeit anspornend. Zetlin's Verdienst ist die Klarlegung der leider noch in Versammlungen und in der Presse nicht hinreichend gewürdigten Agitation unter den Frauen. Ihre vom Herzen und vom Verstand ausgehenden, zum Herzen und zum Verstand sprechenden Ausführungen bitte er eifrig zu studieren und dann dieser trefflichen, unermüdbaren Genossin nachzutreiben, unter Beihilfeleistung der persönlichen Mängel, die mit unrecht als Erbtheil allein der Epaßblätter bezeichnet werde. Die Presdebatte hat mit der „Neuen Welt“ und dem „Vorwärts“ wesentlich zu thun gehabt. Eine Besserung der „Neuen Welt“ ist versprochen. Erfreulich war es, aus Steiger's Darlegungen zu entnehmen, daß es ihm mit einer Besserung des Blattes Ernst sei. Er unterschreibe allerdings keineswegs das, was Steiger über Tendenz der Kunst, moderne Kunst und Erziehung des Volkes zur Kunst gesagt habe. Das Beste nach der Richtung hin habe Mollenhuth angeführt. Manche Ergebnisse der sog. „modernen Kunst“ seien nichts anderes als der „blutige Knochen-Roman“, sobald man ihn seiner fernellen Sonderlichkeiten entleide. Er empfehle, vielleicht als Vereinerungsthema die Besprechung des Themas „Kunst und Sozialdemokratie“. Der „Vorwärts“ sei zweifellos verbesserungsbedürftig. Nach technischer und inhaltlicher Richtung werde wohl die Preskonferenz das Erforderliche veranlassen. Allerdings nur soweit möglich. Böllig verfehlt sei es, aus dem Mangelhaften des „Vorwärts“ unseren jugendlichen, altbewährten, prächtigen Veteran Lieblrecht einen Vorwurf zu machen. Das hat der Parteitag auch nicht gethan. Er hat nach den eindrucksvollen Worten Lieblrecht's vielmehr Schluss der Debatte herbeigeführt. Lieblrecht ist unerschütterlich als Agitator, aber auch als Schriftsteller und Leiter des Zentralorgans. Die Mächtigkeit eines Arbeiterwirtschafts-Organs statt eines Zentralorgans sei sehr zu beachten. Die Schwierigkeit für den „Vorwärts“ liegt wesentlich in der Ueberlastung der einzelnen und dem Mangel an tüchtigen Kräften. Gewiß setzt jeder Redakteur des „Vorwärts“ sein bestes Wissen und Können ein — mehr kann nicht verlangt werden. Der Mangel liegt an dem Fehlen eines allein dem „Vorwärts“ gewidmeten Unterchefs. Nicht zu unterschätzen ist die Schwierigkeit, einen solchen zu finden. Die bürgerlichen Blätter, die sammt und sonders zweifellos lasterhaft unter dem „Vorwärts“ stehen (Beifall), haben es leicht: ihnen stehen hunderte von Federn zur Verfügung. Der „Vorwärts“ hat andere Schwierigkeiten. Er ist kein Geschäftsb., sondern ein Prinzipienblatt. Und da muß nicht nur nach Fähigkeit, sondern auch nach erprobter Charakterfestigkeit gesehen werden. Hoffen wir, daß es der Preskonferenz gelingt, hier Remedur zu schaffen. Im Interesse der Sache bietet Redner, wiewohl er zugebe, daß gerade Niederbarnim in vielen Dingen sich über Einzelnes des „Vorwärts“ mit recht beschwert fühle, auf die Darlegung der Einzelheiten zu verzichten und vielmehr dem Wunsch eventuell Ausdruck zu geben, daß wir in der baldigen Preskonferenz und in der Preskommission, die für den „Vorwärts“ besteht, nicht ungehört bleiben. Der „Vorwärts“ ist das beste Blatt nicht nur gegenüber der bürgerlichen Presse, sondern auch das beste Blatt unserer Presse. Ihm nahe steht als politisches und Arbeiterblatt das „Hamburger Echo“. Die „Beiziger Volkszeitung“ und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ seien journalistisch-technisch und was das Streben, schnell zu unterrichten anlangt, gewiß lobenswerth. Als politische und als Arbeiterblätter ständen sie und müßten sie dem „Vorwärts“ erheblich nachsehen. Er wolle beispielsweise auf die „Soziale Uebersicht“ und die „Parteinachrichten“ des „Vorwärts“ hin. Wir wollen aber, daß der „Vorwärts“ noch besser werde und begriffen mit Freude die nach dieser Richtung hin auf dem Parteitag gefaßten Beschlüsse und Ausführungen. Die Gewerkschaftsfrage sei auf dem Parteitag geklärt. Wir werden uns demnächst eingehend mit dem utopischen, bürgerlichen Begriff einer Sozialpolitik an sich zu beschäftigen haben. Für uns giebt es nur eine sozialdemokratische, eine den Klassenkampf scharf betonende Sozialpolitik — alles andere ist Selbsttäuschung oder Wumpz. Ziehen wir aus den Verhandlungen des Parteitages die Lehre, so wie bisher in diesem Kreise zu agitieren, zu organisieren, die Köpfe zu revolutionären, die Herzen zu gewinnen, die Indifferenten zu Mitkämpfern zu machen und Stein auf Stein zu dem Gebäude herbeitragen zu helfen, das erst wahre Kultur in sich bergen kann. Weiter zum Kampf und durch Kampf zum Sieg! (Beifall.) An der sich dem Vortrag anschließenden Diskussion theilnahmen sich die Genossen Kischner, Krume, Menz, Schulze, Schmidt, Dähner und Dohling. Sämmtliche erklärten sich mit den Arbeiten des Parteitages bis auf einige unwesentliche Differenzen einverstanden. Gewünscht wurde u. a., daß in unserer Presse soviel als möglich Fremdwörter vermieden, oder übersetzt werden. Es werden hierauf folgende Resolutionen angenommen: 1. Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden und spricht den Wunsch aus, daß zur Preskommission und Preskonferenz auch ein Vertreter des Nieder-Barnimer Kreises zugezogen werde. 2. Die heutige Kreisversammlung beauftragt die Genossen allerorts, Versammlungen einzuberufen mit dem Thema: „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.“

Aus dem Bericht des Vertrauensmannes von Himmelsburg ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Jahre eine Einnahme von 296,08 M. und eine Ausgabe von 133,29 M. erzielt wurde. Als Vertrauensmann wurde Förgert einstimmig wiedergewählt. In der Besprechung über den vom Genossen Schirmer gegebenen Bericht der Lokalkommission waren sich alle Redner einig, daß nur die Kommissionen eines jeden Ortes darüber zu bestimmen haben, welche Lokale frei oder gesperrt werden sollen. Hierauf wurden Uhlmann, Dohling, May, Thielde und Witterhoff in die Lokalkommission gewählt und Uhlmann, Voigt und Dohling mit der Revision betraut.

Vermischtes.

Luftmord. Im Walde zwischen Darmstadt und Oberstadt wurde, wie dem Berliner Tageblatt gemeldet wird, die Leiche eines 10jährigen Mädchens aus Oberstadt aufgefunden. Der Leib des Mädchens war aufgeschnitten. Vermuthlich liegt ein Luftmord vor. Seit zehn Tagen wurde das Kind vermisst. Auffallend ist es, daß die Stiefmutter des Mädchens keine Anzeige gemacht hatte.

Die Brände, die durch fahrlässiges Umgehen mit Zündhölzern namentlich durch Kinder und unzurechnungsfähige Personen in großer Zahl verursacht werden, haben von Jahr zu Jahr und neuerdings in erschreckender Weise zugenommen. Die preussische amtliche Brandstatistik, die noch keineswegs vollständig ist, ergibt für die Jahre 1888 bis 1891 allein schon 1762, 1912, 2223 und 2368 durch fahrlässiges Umgehen mit Streichhölzern entstandene Brände. Nach der Brandursachen-Statistik, die von den 32 verbündeten deutschen öffentlichen und 18 Privat-Feuerversicherungs-Anstalten seit einigen Jahren gesammelt wird, betrug die Zahl derartiger Brände im Jahre 1894 in Deutschland, die erwiesenen und mutmaßlichen Fälle zusammengerechnet, 4724. Davon fielen auf Kinder unter 12 Jahren: erwiesenen 1201, mutmaßlich 880, auf ältere Per-

sonen: erwiesenen 1018, mutmaßlich 1625, zusammen also 2219 erwiesene und 2505 mutmaßlich auf diese Ursache zurückzuführende Brände. Diese Brände werden zum guten Theil der modern-kapitalistischen „Ordnung“ der Dinge zugeschrieben sein, welche die Proletarierkassen zwingt, außerhalb des Hauses für den Unternehmer zu frohnen und die Kinder unbeschäftigt dem Zufall zu überlassen. So zeigen sich die Verwüstungen, die der Kapitalismus übt, an allen Ecken und Enden.

Hat der Regenwurm Augen? Die sehr lange unentschieden gebliebene Frage, ob die Regenwürmer Augen besitzen, ist erst kürzlich von dem Zoologen Richard Hesse entschieden worden, und zwar in verneinendem Sinn. Wenn aber diesen Thieren auch bestimmte Sehorgane fehlen, so sind sie darum doch nicht als blind zu bezeichnen, ja man könnte sie in gewissem Sinn sogar mit besserem Lichtwahrnehmungsvermögen ausgestattet nennen, als die im Besitz von Augen befindlichen Thiere. Hesse hat nämlich gefunden, daß die Regenwürmer mit jedem Punkt ihrer Körperoberfläche Licht wahrnehmen, ihr Lichtsinn ist also unserer Fähigkeit, Wärme-Unterschiede zu empfinden, ähnlich. Freilich können die Regenwürmer keine Konturen der sie umgebenden Körper wahrnehmen, und noch weniger sind sie im Stande, Farben zu unterscheiden, sondern sie können eben nur merken, ob der Raum, in dem sie sich befinden, hell oder dunkel ist.

Daß die Loire nicht schiffbar ist, wissen selbst viele Franzosen gar nicht. Dabei ist der Fluß bei Orleans, 400 Kilometer von seiner Mündung, volle tausend Meter breit, die Brücken daselbst sind daher 1100 Meter lang. Im Sommer, selbst wenn keine besondere Trockenheit herrscht, liegt aber der größte Theil des Bettes trocken, nur in der Mitte sind einige wasserführende Arme zwischen den niedrigen Inseln zu gewahren, im ganzen immerhin 80 bis 100 Meter breit. Es wäre also selbst im höchsten Sommer Wasser genug da, um Schiffe zu tragen, wenn es in einer Fahrtrinne vereinigt wäre. Aber daran fehlt es. Das Bett der Loire sieht wie eine Wüste voller Sand, kleiner Rasenstreifen und breiter, tiefer Wasserfurchen aus. Im Winter und Frühjahr dagegen ist das ganze breite Bett mit hochgehenden Fluthen bedeckt, der Strom bietet einen großartigen Anblick. Aber es herrscht die gleiche Oede wie im Sommer: nie ist ein Schiff zu erblicken, der Strom ist zu reißend. Im Sommer fehlt es an der nöthigen Tiefe selbst für kleine Schiffe. Dabei ist der Fluß einst schiffbar gewesen. Vor zweihundert Jahren ging die Schiffsahrt vom Meer bis 160 Meilen (etwa 600 Kilometer) aufwärts bis über Orleans hinaus. Aber seither ist die Loire allmählig versandnet, weil niemand sich so recht um den Fluß gekümmert hat. Schon 1860 beantragte die Handelskammer in Orleans, den Fluß schiffbar zu machen, und seither that die Handelskammer in Tours ähnliche Schritte. Das Flußbett ist zu breit, die Loire schießt zu viel Sand mit sich. Der Fluß müßte durch niedrige Dämme eingengt werden, die bei Hochwasser überflutet würden. Freilich würde dies eine ungeheure Arbeit sein und viele Millionen kosten, da es sich um 5-700 Kilometer Flußstrecke handelt. Aber es würden auch viele Tausend Hektare Land gewonnen, die als Wiesen oder Weiden namhaften Ertrag liefern dürften. Das wichtigste aber wäre der Handel, der Schiffsverehr, der sich auf dem Strome entwickeln könnte. Die Loire und ihr Nebenfluß Allier durchschneiden fruchtbare reiche Gegenden, deren Getreide, Wein, Steine, Kohlen, Holz u. s. w. weithin verschifft werden könnten. Es ist gerade das Innere Frankreichs, das erschlossen würde.

Sprechsaal.

Die Redaktionen stellen die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgemessen ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zu Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

Zweck und Ziele des Kongresses lokalorganisierter Arbeiter. Da in den verschiedenen Organisationen Unklarheit über den am 25. Dezember d. J. stattfindenden Kongress herrscht, so sehe ich mich veranlaßt, folgendes mitzutheilen. Die Einberufung des Kongresses wurde im Allgemeinen Arbeiterverein Barmen angeregt und ist zur Thatsache geworden. Man ging hierbei davon aus, daß nach der einseitigen Einberufung des Berliner Gewerkschafts-Kongresses, von dem die Lokalorganisationen ausgeschlossen waren, die Einberufung des in Rede stehenden Kongresses nöthig sei, um zunächst eine Uebersicht über die lokalorganisierten Arbeiter Deutschlands zu bekommen. Der Kongress wird sich mit der Frage der besten Organisationsform für Sozialisten beschäftigen müssen. Hierbei sei erwähnt, daß sich durch die Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins des Wuppertals die Arbeiter eine Organisationsform geschaffen haben, welche alle Branchen der Gewerkschaften vereinigt. Jedenfalls ist die Organisationsform des Allgemeinen Arbeitervereins die weitgehendste für Sozialisten; trotzdem muß der Kongress alles prüfen und natürlich das Beste für die Arbeiter schaffen. Auch wird die Frage der Streiks erörtert werden müssen, da auf diesem Gebiete von den Organisationen die verschiedensten Experimente gemacht werden. Die Zeitungsfrage wird auch eine wichtige Rolle spielen und möchte ich hiermit gleich sämtliche Zeitungen resp. Gewerkschaftsblätter, welche die Interessen der lokalorganisierten Arbeiter vertreten, ersuchen, Stellung zum Kongress zu nehmen und mir ein Probe-Exemplar zu schicken, damit schon auf dem Kongress eine Uebersicht über die Presse gegeben werden kann. Auch werden diejenigen Organisationen, welche das Vertrauensmänner-System eingeführt haben, ersucht, Stellung zum Kongress zu nehmen; es wird jedenfalls von Vortheil sein, wenn sie ihre Erfahrungen betreffs der Organisationsform mittheilen. Ich werde mich auf die momentan gedruckten Ansichten einzelner Gewerkschaftsblätter über die Tagesordnung des Kongresses nicht einlassen, denn der Kongress ist selber kompetent, sich seine Tagesordnung zu geben. Hierdurch möchte ich die vielen bei mir eingegangenen Fragen von Sozialisten in etwas beantwortet haben, doch werden nach wie vor sämtliche Fragen und Anträge von mir entsprechend erledigt werden. Anfang Dezember wird über Zeit, Ort und Lokal des Kongresses endgültige Bekanntmachung erfolgen. Den Zentralisten gegenüber sei betont, daß sie die Einberufung des Kongresses der lokalorganisierten Arbeiter durchaus nicht etwa als einen Versuch zur Zersplitterung der Arbeiterschaft betrachten mögen; er soll nur erweisen, ob die Lokalorganisationen berechtigt sind oder nicht. Mit sozialdemokratischem Gruß Hermann Poludnik in Barmen, Westt. 12.

Witterungsübersicht vom 5. November 1896.

Stationen.	Barometer stand in mm. reducirt auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C) = (°F).
Swinemünde	777	WSW	2	heiter	1
Hamburg	778	Still	1	Rebel	-1
Berlin	778	NO	2	wolkenlos	0
Biesbaden	774	NO	2	wolkenlos	3
München	772	O	5	halb bedeckt	-1
Wien	775	NO	2	halb bedeckt	2
Saparanda	765	Still	—	Dunst	-16
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	776	NO	2	wolkig	4
Aberdeen	774	SW	1	halb bedeckt	-1
Paris	770	NO	3	halb bedeckt	1

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. November 1896. Etwas wärmer mit mäßigen bis frischen westlichen Winden und zunehmender Bewölkung, nachher geringe Niederschläge.

Unserm neuesten Kurs.

- 1. Dresden. Der Maurer Morik wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 2 Wochen Gefängnis.
2. Rudolstadt. In der Berufungsinstanz Genosse Blumenstein in Pöbner wegen groben Unfugs 10 M. Geldstrafe.
3. Dortmund. Genosse Theis wegen Fabrikantenbeleidigung 50 M. Geldstrafe.
4. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Viertelarz, Erfurt, 2 Monate Gefängnis wegen Bürgermeistersbeleidigung.
5. In gleicher Instanz Genosse Künzler, Falkenstein, 1 Monat Gefängnis.
6. Leipzig. Wegen Beleidigung eines Lehrers Genosse Lipinski 40 M. Geldstrafe.
7. Leipzig. Genosse Ade wegen Majestätsbeleidigung drei Monate Gefängnis.
8. Berlin. 20 M. Geldstrafe Genosse Jahn wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes.
9. Neu-Ruppin. Wegen Aufreizung zum Klassenhaß Genosse Kpell-Berlin 10 Tage Gefängnis.
10. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Viertelarz wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft 50 M. Geldstrafe.
11. Juidau. Ein Monat Gefängnis Genosse Keil wegen Beleidigung eines Stadtverordneten in Krimmischau. Derselbe Genosse in der Revisionsinstanz wegen Ministerbeleidigung 4 Monate Gefängnis.
12. Frankfurt a. O. Genosse Schöpflin wegen Beleidigung des Magistrats in Rottbus 20 M. Geldstrafe.
13. Mainz. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Tiefel 20 M. Geldstrafe.
14. Breslau. Wegen des gleichen Vergehens Genosse Steiger 100 M. und Genosse Gerhardt 50 M. Geldstrafe.
15. Fünferwalde. Gleichfalls wegen groben Unfugs Genosse Binkler 3 Tage Haft.
16. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Keil, Juidau wegen Beleidigung des Landgerichts-Präsidenten in Juidau 3 Monate Gefängnis.
17. München. Weil er als 19jähriger an einer Versammlung theilgenommen, ein Metallarbeiter 2 Tage Haft.
18. Teflau. Genosse Gehr wegen Lehrerbeleidigung 20 M. Geldstrafe.
19. Leipzig. In der Revisionsinstanz die Genossen Schiemann und Boelmann je 4 Monate Gefängnis wegen Beleidigung des sächsischen Ministeriums.
20. Altona. Wegen Erpressung in der Mohr'schen Boykottsache die Genossen Herz, Stabbert und Peine 3 bzw. 1 Monat Gefängnis.
21. Magdeburg. 40 M. Geldstrafe wegen Verübung groben Unfugs der Redakteur der „Volksstimme“.
22. Berlin. Der Postbote bei der Privatpost Pazdzierzynski wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 1 Monat Gefängnis.
23. Erfurt. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Coors 50 M. Geldstrafe.
24. Kiel. In der Berufungsinstanz Genosse Ullar aus Preech 20 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
25. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Stenzel-Hamburg zwei Monate Gefängnis wegen Beleidigung preussischer Anteroffiziere.
26. In gleicher Instanz Genosse Gehr-Dessau wegen Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen zwei Monate Gefängnis.
27. Desgleichen wegen Mütter-Beleidigung Genosse Hoffrichter-Röln 50 M. Geldstrafe.
28. Berlin. Die Genossen Hinz und Lerche je 2 Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.
29. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Jaech-Braunschweig 6 Monate Gefängnis wegen Beleidigung eines Polizei-Inspektors.
30. Düsseldorf. Genosse Wessel 6 Monate Gefängnis wegen Offiziersbeleidigung.
31. Würzburg. 10 M. Geldstrafe Genosse Fülle wegen Beamtenbeleidigung.
32. Halle. Wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung Genosse Mannigel 100 M. Geldstrafe.
33. Tiflit. Genosse Korsey wegen Beleidigung eines Amtsvorsethers 50 M. Geldstrafe.
34. Dresden. Die Genossinnen Lehmann, Köhler und Hoppe je 30 und 20 M. Geldstrafe wegen Tragens republikanischer Abzeichen.
35. Gera. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Hinz in Detschowitz 15 M. Geldstrafe.
36. Mainz. Genosse Liebmann wegen Lehrerbeleidigung 80 M. Geldstrafe.
37. Berlin. Genosse Jahn wegen Beamtenbeleidigung zwei Monate Gefängnis. Wegen des gleichen Delikts Genosse Riethof in Deegermühle 12 Tage Gefängnis.
38. Berlin. Wegen Majestätsbeleidigung Genosse Jahn vier Monate Gefängnis.
39. Nigdorf. Zwei Monate Gefängnis Genosse Kehler wegen Beleidigung der Gendarmerie.
40. Halle. Genosse Mannigel wegen Verübung groben Unfugs 6 Wochen Haft. — Wegen Uebertretung des Brevetgesetzes 10 Mark und wegen Beleidigung 50 Mark Geldstrafe.
41. Düsseldorf. Wegen Beleidigung eines Redakteurs Genosse Wessel 50 M. Geldstrafe.
42. Schmöln. Genosse Bogenk aus Altenburg wegen Beleidigung von Polizeibeamten 2 Monate Gefängnis.
43. Burgstädt. Drei Monate Gefängnis wegen Richterbeleidigung Genosse Fröhlich. Derselbe wegen Verstoßes gegen § 184 des Str.-G.-B. 100 M. Geldstrafe.
44. Göttingen. In der Berufungsinstanz der Arbeiter Ziegenbein aus Barbis und Stollberg wegen Beschimpfung von Streikbrechern 5 Wochen Gefängnis bzw. 20 M. Geldstrafe. Genosse Erfurt wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 80 M. Geldstrafe.
45. Dresden. Genosse Gerhardt wegen Beleidigung eines Politers 50 M. Geldstrafe.
46. Dresden. Wegen Tragens republikanischer Abzeichen Genosse Schähel 30 M. Geldstrafe.
47. Kassel. 40 M. Geldstrafe Genosse Garbe wegen Beleidigung eines Schenkmannes.
48. München. Wegen Verstoßes gegen § 133 der Gewerbe-Ordnung der Schaffler Hirmer 3 Tage Gefängnis.
49. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Leven Gera 9 Monate Gefängnis wegen Beleidigung einer Leichenfrau und eines Friedhofswärters.
50. Großenhain. Wegen einer Rede am offenen Grabe, die Genossen Ebert und Franz je 30 M. Geldstrafe.
51. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Fein-Lübeck,

6 Monate Gefängnis wegen Beleidigung mehrerer Personen in Nageburg.
80. Rudolstadt. Genosse Tärte-Saalfeld wegen Beleidigung eines Gendarms 80 M. Geldstrafe.
Kottbus. Wegen unerlaubten Verbreitens von Flugblättern an öffentlichen Orten, Genosse Hooge 14 Tage Gefängnis.
31. Berlin. 80 M. Geldstrafe Genosse Löwe aus Steglitz wegen Beleidigung eines Gendarms.
Halle. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Mannigel 6 Wochen Haft.
Hamburg. Genosse Stenzel wegen Beleidigung eines Maurermeisters 100 M. Geldstrafe.
Insgesamt wurden erkannt auf 1300 M. Geld- und 10 Jahre, 4 Monate, 3 Wochen und 1 Tag Gefängnisstrafe.
Hamburg-Eimsbüttel, den 5. November 1896.
Eichenstr. 4, 1.
Der geschäftsführende Ausschuss.

Den wirthschaftlichen Aufschwung

Schildert sehr anschaulich ein Bericht, den der österreichische Konsul in Leipzig über das Jahr 1895 erhaltete und der unlängst im Wiener Handels-Museum veröffentlicht wurde. Er betrifft die Verhältnisse im Königreich Sachsen und in Thüringen. Die allgemeine wirthschaftliche Lage charakterisirt der Berichtsteller mit folgenden Worten: „In allen Hauptbranchen der Industrie und des Handels regte sich (1895) wieder eine lebhaftere Unternehmungslust, in einzelnen Zweigen, namentlich in der die erste Stelle innerhalb der Industrien des Konsumgüterbezirk einnehmenden Textilindustrie waren viele Etablissements das ganze Jahr hindurch bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen, so daß sie die einkaufenden Aufträge kaum zu bewältigen vermochten. Steigende Preise wurden infolgedessen gezeitigt, steigende Gewinne erzielt.“ ... In diesem Resultat hat sehr viel der Export beigetragen. Aus dem Königreich Sachsen sind im 3. und 4. Quartal 1894 und im 1. und 2. Quartal für 22 979 042 Dollar Waaren nach Nordamerika ausgeführt worden, was einer Steigerung von 61 pCt. gegen das Vorjahr bedeutet. Gehoben hat sich gleichfalls der Export nach Zentral- und Südamerika, Egypten und Japan, und zu den bisherigen Exportartikeln nach China sind Maschinen, besonders Webstühle und Ziehmächinen, und blaueisen Verbandsstoffe neu hinzugesetzt. Trotz dieser Thatsachen ist aber nach Meinung des Berichtstellers nicht der Export, sondern der deutsche Inlandkonsum in puncto wirthschaftlicher Aufschwung in erster Reihe aufschlaggebend gewesen. Diese „geradezu überraschende Erscheinung“ könne nur aus den „guten“ Löhnen der Arbeiter und den sehr niedrigen Brotpreisen erklärt werden. Ueber die Lage der einzelnen Hauptbranchen berichtet der österreichische Beamte:

In sächsischen Glacéhandschuhen hat der Export nach Nordamerika dem Werthe nach um ca. 40 pCt. gegenüber 1894 zugenommen. Die sächsische Ausfuhr von Glacéhandschuhen nach Nordamerika beträgt gegenwärtig dem Gewichte nach 80 pCt. der deutschen Gesamtausfuhr von diesem Artikel. In der Glasindustrie war der Geschäftsgang sehr gut. Es wurden neue Fabriken gebaut, die Nachfrage nach Gegenständen besserer Qualität hielt an. Das gleiche gilt noch in härterer Maße von der keramischen Industrie (Porzellan etc.). Summwaaren-Fabriken zahlten Dividenden von 9 und 11 pCt. Im Maschinenbau, in der Eisengießerei war die Beschäftigung theils sehr gut, theils überaus gut. Eine Dresdener Fabrikfabrik erzielte eine Dividende von 21 pCt. Die Metallplatt- und Blech-Emballege-Fabriken waren mit Aufträgen zeitweise überhäuft. Die Fabriken wurden erweitert, mehr Arbeiter eingestellt und Nachtarbeitsstunden eingerichtet. Die Musikinstrumenten-Industrie war gut beschäftigt. Die überseeische Ausfuhr von Kinderinstrumenten hat sich gegen das Vorjahr vervierfacht. Fabriken, wo mechanische Musikwerke hergestellt werden, geben bis zu 30 pCt. Dividende. Der Ertrag der Papierfabrikation war günstiger als im Jahre 1895. Auch die Spielwaaren-Industrie hat sich wieder gehoben, desgleichen die Tabakindustrie, soweit Zigareten und Zigaretten in Frage kommen; 16 Dresdener Großbetriebe stellten 400 Millionen Zigareten im Jahre her. Den größten Aufschwung aber hat die Textilindustrie genommen. Sogar die Erwartungen der Unternehmer wurden hier vielfach übertroffen, sowohl was den Umsatz, als auch was den aus ihm erzielten Gewinn betrifft. Und alle Zweige dieser Industrie — die Jute-Industrie vielleicht ausgenommen — profitirten von der günstigen Konjunktur: Spinnerei und Weberei, Wolle- und Seiden-, Baumwoll- und Flachindustrie. Betriebsvergrößerungen wurden durchgeführt, neue Fabriken errichtet. Die Wollweberei Sachsens und Thüringens kann sich in der That rühmen, seit Anfang der 70er Jahre keine schöneren Tage als im Jahre 1895 gesehen zu haben, mit dem Unterschiede jedoch, daß unterdessen der Umfang der Betriebe und die Zahl der Arbeiter bedeutend, in manchen Distrikten vielleicht um 100 pCt. zugenommen haben. Ein Uebergang von einer Saison zur anderen wurde nirgends eingehalten, in so großer Menge liefen die Bestellungen ein. Aus den amerikanischen Konsumdistrikten Blauen und Leipzig wurden im Jahre 1895 zusammen für 13,8 Millionen Kammergarnstoffe allein nach Nordamerika ausgeführt. In derselben Zeit exportirten Glauchau und Meerane ebendorthin Kammergarnstoffe im Werthe von 12 Millionen Mark. Fast gleich flott war die Beschäftigung in der Tuch-, Wuchstein- und Wollstoff-Industrie. Die Preise der Maschinen und Werkzeuge stiegen um 150 bis 175 pCt. über die Oltobertpreise des Jahres 1894. Trotzdem machte die Nachfrage weitere Fortschritte. In der Gardinenindustrie hatten die Fabriken Tag und Nacht das ganze Jahr hindurch zu thun und konnten 14- und 15prozentige Dividenden austheilen. Fast ebenso lebhaft ging es in der Wäschefabrikation, der Leinenindustrie zu. Die Spinnen- und Sticker-Industrie litt an den Folgen der vorjährigen Ueberproduktion. Dagegen waren alle drei Zweige der Wirkwaaren-Industrie (Trikotagen, Strumpfwirkerie und Stoffhandschuhfabriken) voll und zu bedeutend höheren Preisen beschäftigt. Die ergebungsreiche Wäcker- und Pinselfabrikation sandte 1894 für 15 579 000 M. Waaren ins Ausland, 1895 für 18 790 000 M. Fast die Hälfte davon ging nach England. Der Steinlohlen-Versand von Juidau, Zugau-Oelschütz und Dresden ist gegen das Vorjahr um 9,08 pCt. gestiegen, der Braunkohlen-Versand, soweit er auf den unter sächsischer Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen sich vollzog, um 2,98 pCt. In beiden Kohlenarten hatte sich eine Preissteigerung vollzogen. An dem Aufschwung nicht theilgenommen haben: die in Sachsen-Coburg und im Königreich Sachsen zahlreich vertretene Korbwaaren-Industrie und die vogtländische Perlmutter- und Muschelwaaren-Industrie; wenig von ihm profitirt hat die Phantasielowwaaren-

Branchen, die infolge hoher Zölle den spanischen Markt fast vollständig verloren hat.
So gewährt die sächsisch-thüringische Industrie im Jahre 1895 ein Bild, bei dessen Ausblick jedem Unternehmer das Herz im Leibe lachen muß. Und was haben die Arbeiter abgekriegt von dem Segen? Wo sie dem Unternehmertum nichts abtrugen durch gewerkschaftliche Thätigkeit, haben sie nichts bekommen. Uebrigens ist der „Aufschwung“ zum theil bereits wieder in sein Gegentheil umgeschlagen und stehen besonders in der Textilindustrie wieder viele Stühle leer, während die Arbeiter, welche voriges Jahr Tag und Nacht schuften mußten, jetzt Hungerpfoten saugen können!

Soziale Rechtspflege.

Gegen Dr. Hartmann, den Inhaber einer Milchsterilisationsanstalt, klagte beim Gewerbegericht der Rulphier A. auf Gewährung einer Vohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Der Beklagte wandte im Verhandlungstermin vor der Kammer VI ein, daß die Entlassung des Klägers schon deshalb ohne vorherige Aufkündigung hätte erfolgen können, weil er seinen Vorgesetzten verspottet hätte. A. habe mehrmals die Redeweise des Inspektors nachgeahmt. Kläger konnte das nicht bestreiten; er meinte aber, was anderen erlaubt sei, dürfte auch ihm nicht übel vermerkt werden. Seine Kollegen hätten dasselbe wie er gethan. — Dr. Hartmann wurde verurtheilt, die Entschädigung zu zahlen. Für seine Behauptung, daß die Kündigungskfrist ausgeschlossen gewesen sei, hatte er den Beweis nicht erbringen können, und seinen Einwand, daß A. den ihm vorgesetzten Inspektor verhöhnt habe, hielt der Gerichtshof nicht für durchgreifend. In dem Nachsprechen dessen, was der Inspektor gesagt habe, liege keine grobe Beleidigung. Nur wenn der Vorgesetzte grob beleidigt oder angegriffen worden wäre, hätte Kläger sofort entlassen werden können.

Erfrorene Finger. Dem Gemeindevorsteher Sch. waren die Finger beider Hände erfroren, als er sich auf dem Rückwege von Neu-Einläusen befand, die durch die Futternoth in seiner Gemeinde notwendig geworden waren. Die landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft lehnte es aber ab, ihm auf seinen Antrag eine Unfallrente zuzubilligen. Sie nahm an, er wäre in der Trunkenheit zu Schaden gekommen. Sch. legte Berufung ein und betonte, daß er sich in der Dunkelheit auf dem Rückwege verirrt habe und schließlich erschöpft in den Schnee gesunken und eingeschlagen sei. Während des Schlafes seien ihm dann die Finger erfroren. Das Schiedsgericht erkannte jedoch ebenfalls zu seinen Ungunsten, weil das Erfrören der Finger ein allmählicher Vorgang sei, unter einem Unfälle im Sinne des Gesetzes aber nur eine plötzliche Einwirkung auf die Gesundheit verstanden werden könnte. Das Reichs-Versicherungsammt, an das sich der Kläger dann wandte, veranfaltete eine Beweiserhebung. Ein Zeuge sagte aus, daß Sch. allerdings bei ihm des Ankaufs von Neu wegen vorgesprochen hätte; er habe aber den Eindruck gewonnen, als hätte der Kläger vorher getrunken, und zwar mehr, wie er vertragen könnte. Das Rekurgericht wies den Kläger auch ab. Es war zwar der Meinung, daß wohl unter Umständen die Folgen der Einwirkung von Kälte einen Betriebsunfall darstellen könnten, hielt aber in diesem besonderen Falle einen Betriebsunfall nicht für erwiesen. Das Gericht konnte sich nicht davon überzeugen, daß es wesentlich landwirthschaftliche Interessen waren, was Sch. zu dem betreffenden Gange über Land bewogen habe. Auffallend fand es vor allem der Senat, daß der Kläger in der Nähe seines Besitzthums aufgefunden worden war.

Gewichts-Beitrag.

Geistesgestört und trotzdem bestraft. Am 1. September dieses Jahres wurde der Schumann J. auf grund eines Psychiatergutachtens wegen Geistesstörung aus dem hamburgischen Staatsdienst entlassen. Der Mann, der 7 1/2 Jahre Soldat und 7 1/2 Jahre hamburgischer Schumann gewesen ist und sich plötzlich ohne einen Pfennig Pension auf die Straße gesetzt sah — um pensionberechtigt zu sein, war er noch nicht lange genug im hamburgischen Dienst — wandte sich in seiner Verzweiflung an den preussischen Kriegsminister um Beschäftigung oder Stellung. Statt aber solche zu erhalten, bekam er plötzlich die Mittheilung, daß der Unteroffizier des Beurtheilungsstandes J. wegen Umgehungs des Dienstweges zu 8 Tagen Arrest verurtheilt sei. J. wies nun die Militärbehörde darauf hin, daß er ja geistesgestört sei und daher wohl nicht bestraft werden könnte. Ein Militärarzt Dr. Schwarzen in Altona untersuchte ihn daraufhin und stellte fest, daß J. „dienst- und arbeitsfähig“ sei. J. brummte seine drei Tage ab und wandte sich darauf nochmals an die hamburgische Behörde um Wiedereinstellung. Er wurde jedoch zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß ja durch amtärztliche Untersuchung seine dauernde Dienstunfähigkeit wegen Geistesstörung festgestellt sei. Wahrhaftig ein eigenbümmlicher Fall. Will der Mann seinen Dienst thun, so ist er geistesgestört, begehrt dieser Geisteszustand, der doch nach der Strafprozess-Ordnung für seine Handlungen strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden darf, das horrendes Vergehen, den Inhaftensweg zu umgehen, so ist er plötzlich gesund und muß zum Vater Philipp. Sagt er dem Adieu, so ist er wieder verrückt.

Eine der längsten Sitzungen hielt das Schwurgericht am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Nietz am Mittwoch ab: sie dauerte von 9 1/2 Uhr morgens bis nachts 2 1/2 Uhr. Auf der Anklagebank saßen vier Personen, der Buchdruckereibesitzer Otto Schob, dessen Ehefrau und die Oheamnen Pauline Bischof und Emilie Wolff. Da es sich um ein Verbrechen gegen lebendes Leben handelte, war während der ganzen Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es handelte sich um ein widerwärtiges Familienbild. Der Angeklagte Schob wurde von seiner mitangeklagten Ehefrau beschuldigt, sie zur Verübung jenes Verbrechens gezwungen zu haben; er bestritt dies entschieden und stellte sich als das Opfer der Rachsucht seiner Ehefrau hin, welche begweide, ihn los zu werden. Die Beweisaufnahme war eine sehr umfangreiche, da einige dreißig Zeugen vernommen werden mußten. In der dritten Morgenstunde waren die Geschworenen mit ihrer Verathung zu Ende; in Gemäßheit ihres Wahrspruchs verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten Schob zu 2 1/2 Jahren, die Angeklagte Frau Bischof zu 8 Jahren Zuchthaus. Die angeklagten Frauen Schob und Wolff wurden freigesprochen. Der verurtheilte Schob, der sich bisher auf freiem Fuße befand, wurde in Haft genommen. Er verließ den Schwurgerichtssaal mit der Bemerkung: „Die Rache hat gesiegt!“

Ein Prozeß wegen Nahrungsmittel-Verfälschung von seltenem Umfange, der in Rheinland und Westfalen großes Aufsehen erregte, beschäftigte am 2. d. M. die zweite Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf. Aus der Untersuchungsphase wurden vorgeführt: August Keibel, Inhaber der großen Schmalzfabrik Keibel u. Ko. in Neuß, und dessen Werkmeister Jmar. Sie wurden beschuldigt, Jahre hindurch Fälschungen von Schweineschmalz vorgenommen zu haben. Die Anklage-

Behörde wollte durch 16 als Sachverständige erscheinende Chemiker aus Reuß, Düsseldorf, Dortmund, Köln, Mühlheim, Oberhausen u. d. w. beweisen, daß die sämtlichen von den Angeklagten in den Verkehr gebrachten Waaren, welche auf Veranlassung der verschiedenen Polizeibehörden untersucht und größtentheils beanstandet wurden, gefälscht waren. Zur Entscheidung der zwischen diesen Chemikern entstandenen Meinungsverschiedenheiten waren überdies Professor König aus Münster, Dr. Thoms und Gerichtschemiker Dr. Wein aus Berlin geladen. Die Angeklagten bestritten, jemals reines Schmalz mit Talg oder Cottonöl verfälscht zu haben und berief sich gegenüber den sie belastenden Gutachten der Chemiker auf den von der Vertheidigung geladenen Wiesbadener Sachverständigen Dr. Niederkhäuser. Letzterer behauptete auch, daß in seiner Gegenwart in der Reibell'schen Fabrik Schmalz auslassen und gereinigt worden sei und mit den fertigen, aber reinen Produkten Reaktionen der gleichen Beschaffenheit erhalten habe, wie sie die belastenden Gutachten für die angeblich verfälschten Proben angaben. Zur großen Ueberraschung aller Anwesenden traten aber Arbeiter der Fabrik auf, die bekundeten, daß Dr. Niederkhäuser insofern hinter sich geführt worden sei, als 3-4 Kübel geschmolzenen Talgs, ohne daß er es sehen konnte, durch ein Druckrohr vor Fertigstellung dem fogen. reinen Schmalz zugeleitet wurden. Prof. König und Gerichtschemiker Dr. Wein begutachteten übereinstimmend, daß „garantirt reinem Schweineschmalz“, wie es die Fabrik der Angeklagten in den Verkehr brachte, Zufüge nicht beigefügt werden dürfen. Sie erklärten ferner übereinstimmend zwar nicht alle, aber doch einzelne der genannten Proben für verfälscht. Diefem Gutachten schloß sich der Berichtshof an und verurtheilte den Fabrikbesitzer August Reibel zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, den Werkmeister zu drei Monaten Gefängnis unter Anrechnung von sechs Wochen auf die Untersuchungshaft.

Versammlungen.

Im Verband der Möbelpolirer (Zentrale Süd-Ost) sprach am 26. Oktober Dr. Weyl über: Lungentraktheiten, indem er die Heilung sowohl vom medizinischen, wie vom Standpunkt der Naturheilkunde aus beleuchtete. Unter Verschiedenem wurde wieder über die Verfalltsangelegenheit der Firma Appel verhandelt. Es wurde behauptet, daß die Arbeiter dort den Tarif nicht einhalten. Auch wurde Beschwerde geführt, daß bei der Firma Hochstein Ueberstunden gemacht werden.

In einer Versammlung der Kammmacher, die am 26. Oktober tagte, sollte über die Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung beraten werden. Jedoch mußte wegen des schwachen Besuchs der Versammlung dieser Gegenstand der Tagesordnung zurückgestellt werden. Die Anwesenden wurden darauf aufmerksam gemacht, daß sich der Arbeitsnachweis in der Annenstr. 89 befindet.

Die Bäcker waren am 27. Oktober zahlreich in Nies's Lokal versammelt, um Stellung zu den bevorstehenden Mitgesellenswahlen zu nehmen. Kammek, der bisherige Mitgeselle der Innung „Germania“, und Most, Mitgeselle der Innung „Konfordia“, erstatteten Bericht über die Thätigkeit des Gesellensauschusses.

Besonders interessant war die Mittheilung über die „Germania“, die nach Angaben des Redners gegen das Innungsstatut verstoßen habe. Eine vom Gesellensauschuss hiergegen eingeleitete Beschwerde sei von der Gewerbe-Deputation als berechtigt erkannt. Eine genaue Kontrolle über den Innungs-Arbeitsnachweis sei nicht möglich. So wurde einem Gesellen das Arbeitsbuch abgenommen, weil er zweimal zu spät nach Hause kam und erhaltend der betreffende keine Arbeit von der Innung. Beim Schiedsgericht waren neunzehn Klagen anhängig gemacht, die alle, bis auf einige, wo man eine Einigung erzielte, abgewiesen wurden. Lehrlinge wurden von der „Germania“ in diesem Jahr 225, von der „Konfordia“ 100 ausgeschrieben. In der nun folgenden Diskussion sprachen Schneider, Fischer und Bärth für die Vetheiligung an den Ausschusswahlen, während Döpner und Sandhoff sich überhaupt gegen jedwede Vetheiligung an den Wahlen aussprachen. Schließlich erklärte sich die Versammlung für die Vetheiligung. Am 2. Punkt der Tagesordnung unterbreiteten die Vertrauensleute der Versammlung den Antrag, einen Streikfonds zu sammeln, um für einen Lohnkampf gerüstet zu sein. Die Versammlung nahm den Antrag einstimmig an und wurde beschloffen, Marten à 10 und 20 Pf. zu vertreiben.

Der Verband der Bäcker hatte am 3. November eine Versammlung einberufen, in der Dr. Borchardt einen interessanten Vortrag über die Röntgen'sche Entdeckung hielt. Die Versammlung folgte den Darlegungen des Referenten mit gespannter Aufmerksamkeit. Einige Gegenstände, welche mittels der Röntgenstrahlen photographirt wurden, gelangen vortrefflich. Alsdann wurde beschloffen, eine Petition an das Polizeipräsidium zu schicken, in der die Beamten, welche die Bäckereien kontrolliren, ersucht werden, die Gesellen und Lehrlinge nicht in Gegenwart des Meisters über die Dauer der Arbeitszeit anzufragen, da es vielfach vorkomme, daß die Gesellen aus Furcht vor Entlassung nicht die Wahrheit sagen. Es wurde alsdann noch auf die statistische Erhebung hingewiesen, sowie auf das am 8. November in den Arminhallen stattfindende Kränzchen, worauf der Vorsitzende mit einem warmen Appell zum Beitritt in die Organisation die Versammlung schloß.

Verhandlung der Krankenkasse. Der in der General-Versammlung vom 25. Oktober verlesene Rassenbericht wies inll. eines Bestandes von 3267,27 M. im dritten Quartal eine Einnahme von 11 614,80 M. auf, der eine Ausgabe (einschließlich angelegter Gelder in Höhe von 8000 M. und Werthpapiere 250,45 M.) von 12 527,19 M. gegenübersteht; blieb mithin Bestand 2714,88 M. Nachdem hierauf der Vorsitzende die Reduzirung der Beiträge von 2,40 auf 2,20 M. begründete, wurde folgender Antrag angenommen: Der Vorstand wird beauftragt, nach behördlicher Genehmigung die Reduzirung der Monatsbeiträge auf 2,20 M. und Streichung der Extrasteuern an dem darauf folgenden Ersten des Monats sofort in Kraft treten zu lassen. Die nachgesuchte Genehmigung für die Frauen-Sterbelasse ist von der Behörde verweigert, und soll die Angelegenheit auf Beschluß der Versammlung bis zur letzten Instanz verfolgt werden. Die Mitgliederlisten liegen im Bureau, Gipsstr. 16, zur Einsichtung aus.

Der Verband der Maler und Lackirer (Zentrale Firmen-schlichter-Branchen) hatte am 29. Oktober eine Versammlung anberaumt, in der Feischer einen interessanten Vortrag hielt. Beschloffen wurde, das Vertheilungsal und die Zahlstelle nach Friedrichsdracht 10 zu verlegen. Die Rassenstunden sind von 1/2-1/8 Uhr jeden Sonnabend festgesetzt. In die Kommission für den Arbeitsnachweis delegirte die Versammlung das Mitglied Dragmann.

Der Centralverband der Maurer (Zentrale II) hielt am 1. November eine gut besuchte Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung in der üblichen Weise das Andenken an den verstorbenen Kollegen August Schöpe. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Mitgliedes Frische, der in interessanter Weise über die wirtschaftliche Lage sprach. Eingang seines Referats behandelte Redner sehr ausführlich die Lohnkämpfe in diesem Jahre. Er wies darauf hin, wie allgemein eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes gefordert wurde und erfreulicher Weise auch vielfach durchgesetzt werden konnte. Nachdem sich Redner über die Folgen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwunges eingehend geäußert hatte, spricht er sich anerkennend über die Ergebnisse der statistischen Zusammen-

stellungen der Generalkommission aus, welche über die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften recht günstige Resultate verzeichnet und für 1896 ein noch besseres Ergebnis erwarten läßt. Der Streik der Berliner Maurer wäre gewiß mit weniger großen Opfern durchgeführt worden, wenn die Zahl der Mitglieder des Verbandes größer gewesen wäre. Redner empfiehlt deshalb zum Schluß, eine fleißige Agitation für den Verband zu entfalten. In der Diskussion lagte Frenzel über das unsolidarische Verhalten der Kollegen, worauf Silberschmidt in einem ausführlichen Bericht den günstigen Verlauf der Steitiner Lohnbewegung schilderte. Des weitern sprach Redner seine Genugthuung über die Arbeiter des Verbandes während der Lohnbewegung aus und forderte gleichfalls zur regen Unterstützung der Verbandsinteressen auf. Hierauf unterbreitete der Kassirer die Abrechnung vom letzten Quartal, die inklusive eines Bestandes von 165,87 M. eine Einnahme von 1685,47 M. und eine Ausgabe von 1646,55 M. aufweist. Die Mitgliederzahl ist auf 1183 gestiegen. Im Vergnügungsfonds sind 112,90 M. vorhanden. Am Schluß der Versammlung wurde für einen erkrankten Kollegen eine Sammlung veranstaltet.

Die Wöthler nahmen in ihrer Versammlung am 1. November die Abrechnung vom letzten Quartal entgegen. An Einnahmen waren 593,10 M. zu verzeichnen und betragen die Ausgaben 418,10 M.; davon sind 160,35 M. an die Hauptkasse gelangt. Die Berichte wurde, hat die Arbeitslosigkeit in der Berliner Wöthlerei stark zugenommen. Von dem erhöhten Absatz der Brauereien durch die Gewerbe-Ausstellung ist absolut nichts zu verspüren gewesen, da fast alle größeren Brauereien ihre Häffer von außerhalb beziehen. Auch unter den kleinen Fabrikanten ist eine arge Mithilmmung wegen der ungünstigen Geschäftskonjunktur vorhanden. Am Schluß gelangten einige interne Angelegenheiten zur Erledigung.

Im Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter (Zentrale I) sprach am 2. d. M. Dr. Bernstein in einem recht lehrreichen Vortrag über die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Bei der hierauf vollzogenen Erziehung des ersten Vorsitzenden wurde Panlow gewählt. Sodann überwiegt die Versammlung dem Vertrauensmann 50 M. und wurde zum Schluß darauf aufmerksam gemacht, daß am 6. Dezember bei Zoel ein Vergnügen stattfindet.

Eine öffentliche Versammlung aller in der chirurgischen Branche Beschäftigten tagte am Dienstag bei Buse, Grenadierstraße. Zunächst berichtete Henrichsen über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission und folgte sodann der Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes. Nach demselben war eine Einnahme von 50,90 M. und eine Ausgabe von 50,10 M. zu verzeichnen. Auf Listen wurden für die verschiedenen Gewerkschaften 424,45 M. aufgebracht. Enderisen wurden von dem Vertrauensmann 7 öffentliche Versammlungen, 8 Konferenzen und 6 Werkstättenführungen. Die Prüfung der Abrechnung übertrug die Versammlung Zeise, Kahmann und Brückner und wurde Keller zum Vertrauensmann und Mertens zum Stellvertreter gewählt. Hierauf entspann sich eine längere Diskussion über den geplanten Kongress der lokal-organisirten Gewerkschaften Deutschlands, der in der Weihnachtswoche in Barmen abgehalten werden soll. Alle Redner sprachen sich diesem Vorhaben gegenüber sympathisch aus, riefen jedoch von einer Beschickung desselben ab, indem der Ort für die Abhaltung eines Kongresses der geographischen Lage wegen nicht geeignet erscheint, besonders aber, weil die Zeit, in der alle Vorbereitungen getroffen werden sollen, eine zu kurze ist. Ein Antrag, einen Delegirten zu wählen, wurde deshalb abgelehnt und dem Vertrauensmann aufgegeben, dies dem Einberufer unter Aufsührung der Gründe mitzutheilen. Bei einer eventuellen späteren Einberufung des Kongresses soll derselbe beschickt werden. Unter Verschiedenem wurde bekannt gegeben, daß bei den Postlieferanten Windler sämtliche Vorkosten gelündigt haben und die Arbeit niederlegten, weil ihrer Forderung, einen Arbeiter zu entlassen, mit dem sie wegen verschiedener Vorkommnisse nicht zusammen arbeiten wollen, nicht stattgegeben wurde. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeitsbedingungen bei der genannten Firma vieles zu wünschen übrig lasse. Ferner wurde mitgeteilt, daß bei der Firma Dewett u. Herz ein Kollege wegen seiner Zugehörigkeit zu der Organisation entlassen wurde. Zur Charakteristik eines der Firmeneinhaber wurde angeführt, daß derselbe, als er noch Arbeiter war, Mitbegründer der Organisation gewesen ist und längere Zeit den Posten eines Schriftführers bekleidet hatte. Nachdem noch erörtert worden war, sich rege an den Sammlungen für die Streikenden im graphischen Gewerbe zu betheiligen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen hielten am Mittwoch bei Buse eine öffentliche Versammlung ab, in der Seifert den Rechenschaftsbericht der Lohnkommission erstattete. Danach betrug die Einnahme 8096,04 M. und die Ausgabe 7928,72 M., von der 6988,75 M. für Streikunterstützungen verwendet sind. Es bleibt ein Bestand von 267,32 M. Auf Antrag der Referenten wurde der Lohnkommission Decharge ertheilt mit dem Vorbehalt, daß, wenn jemand zu der gedruckt vorliegenden ausführlichen Abrechnung Einwendungen zu machen hätte, dies in der nächsten Versammlung besprochen werden solle. Hierauf berichtete Butry über die Thätigkeit der aus 15 Mitgliedern bestehenden Gesamtkommission. Derselbe ist — so führte der Redner aus — am 22. September vorigen Jahres gewählt worden, um eine wirksame Agitation zu betreiben gegen etwaige Tabaksteuerprojekte, von denen damals in der Presse die Rede war. Da aber von der Regierung keine neuen Vorschläge für die Besteuerung des Tabaks gemacht wurden, so hatte die Kommission keine Gelegenheit, nach dieser Richtung in Wirksamkeit zu treten. Als aber angeht die der günstigen Geschäftslage im vergangenen Frühjahr die Kommission von verschiedenen Seiten angeregt wurde, etwas für die Aufbesserung der Löhne zu thun, übernahm dieselbe die vorbereitenden Schritte für die verfloffene Lohnbewegung, deren Verlauf der Redner kurz darlegt und dabei bemerkt, daß man bei der damaligen günstigen Geschäftslage mit recht auf einen vollen Erfolg hätte rechnen können. Der Unentschlossenheit und Muthlosigkeit vieler Kollegen sei es zuzuschreiben, daß das Resultat der Lohnbewegung kein befriedigendes war. Da für die 15 gliedrige Kommission nicht hinreichend zu thun sei, so möge man dieselbe auflösen und an ihrer Stelle eine solche aus 5 Personen bestehend einsetzen. Die Versammlung beschloß demgemäß und wählte Seifert, Döring, Rosenthal, Klabe und Butry. Nunmehr gab Seifert die Abrechnung über die öffentlich gesammelten Gelder, die unabhängig von der Streikabrechnung ist. Derselbe giebt folgenden Schlussergebnis: 1. Quartal 1896: Einnahme 690,84 M., Ausgabe 863,25 M., Bestand 827,09 M. 2. Quartal: Einnahme 1129,90 M., Ausgabe 652,— M., Bestand 477,90 M. 3. Quartal: Einnahme 7455,59 M., Ausgabe 6593,55 M., Bestand 59,04 M. Auch bezüglich dieser Abrechnung wurde Decharge ertheilt. Ein Antrag Börner's, den Streikenden in Fürstenthal 100 M. zu bewilligen, fand einstimmige Annahme. Sperber theilt mit, daß ein kleiner Fabrikant seinen Arbeitern Lohnabzüge angekündigt habe. Nach kurzer Debatte wurde diese Angelegenheit der Kommission überwiesen.

Arbeiter-Erziehungslehre. Freitag Abend 8 Uhr bis 10 1/2 Uhr: S. d. o. S. 16, Waldemarstr. 14: Natur-Gründungslehre (Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Natur und biblische Ueberlieferung. Die Enttöhrung der Erde aus ihrer bevorzugten Stellung im Weltall. Mechanische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Erziehung des Menschen in das Naturgange (Samaritaner). Das Seelenproblem. Kosmismus und Materialismus. Erziehung der Natur-Erkenntnis. Herr Dr. E. Jöhl — Nord-Schule, Brunnenstr. 25: Rede-Übung (Die wichtigsten technischen Grundzüge für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages). Herr Heinrich Schulz.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Schriftschatzes, schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgeb. Vortragender Hr. Mann, Vorkonferenz. 8. Alle Vorträge im Vereinslokal sind zu richten an Friedrichsdracht, Wartenstr. 10, p. 2.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgeb. Vorträge im Vereinslokal sind zu richten an Karl Müller, Kleine Franzosenstr. Nr. 7, 1. Z.

Sund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgeb. alle Aufträge, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Faber, Schönhauser Allee 177 c.

Allgemeiner Vereins-Verein Stenographen-Verein U. d. V. Vorwärts, Waldemarstr. 21. Abends 8 1/2 Uhr.

Charlottenburg. Die zum Sonntag, den 8. November, anberaumte Mitglieder-Versammlung des Ortsvereins der Charlottenburger Buchdrucker findet erst am Sonntag, den 16. November statt. Am 8. November findet nur die Mitgliederversammlung statt.

Vermischtes.

Soldaten-Selbstmorde. Ein Rekrut der ersten Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 11 zu Thorn hat sich um die Mittagszeit aus einem Fenster des dritten Stockwerkes der Defensionskaserne herabgestürzt, so daß auf der Stelle der Tod eintrat. Die Motive sind unbekannt. Die Höhe des Sturzes dürfte etwa 70 Fuß betragen.

Selbstmord verübte ferner der aus Halle a. S. gebürtige Gefreite Walthar Stanarius der fünften Kompagnie des 37. Regiments zu Krotoschin, indem er sich, im Bette liegend, mit seinem Dienstgewehr erschoss. Man vermutet, daß ihn Furcht vor Strafe wegen eines Dienstvergehens zu diesem unseligen Schritt getrieben habe. Der Verstorbenen soll nach einer anderen Version kurz zuvor an seine Mutter einen Brief abgehandelt haben, in welchem die Motive zur Thatargelegt werden.

Ueber einen schier ungläublichen Fall wird der „Soale-Zeitung“ aus Eisenberg berichtet. Schon am letzten Sonnabend tauchte hier ein Gerücht über einen Fall à la Barbara Ubryl auf, das aber so ungläublich schien, daß wir keine Notiz davon nahmen. Das Gerücht bestätigte sich nun aber doch! In dem nahen, auf der sog. Haide gelegenen großen Dorje Königshofen ist die jetzt etwa 19jährige Tochter Martha des Gutsbesizers Ferd. Fr. Vorber seit Jahren im Kuchstalle eingesperrt gehalten und am 20. Oktober von zwei hiesigen Fleischern, die wegen eines abzuschließenden Kuhhandels den Stall betraten, in grauenerregendem Zustande aufgefunden worden. Durch ein Hästeln, das aus einer Ecke des Stalles kam, aufmerksam geworden, zogen sie die Frau des Vorber, die sich in jener Ecke postirt hatte, beiseite und erblickten nunmehr ein völlig nacktes, zusammengekauertes menschliches Wesen, das nur einen alten Sack als Decke hatte. Nach erfolgter Anzeige begab sich ein hiesiger Gendarm nach dem betreffenden Gute, ließ sich den Kuchstall öffnen und fand die Unglückliche noch in demselben Zustande, nackt, zusammengekauert und über und über mit Schmutz bedeckt. In dem sofort angehaltenen Verhöre erklärten die Eltern, daß ihre Tochter menschenscheu sei, daß sie Betten und Kleider beschmutzt habe, überhaupt keine Kleider auf dem Leibe leiden wolle. Der Gendarm ordnete die Entfernng des unglücklichen Geschöpfes aus dem Stalle, sowie die Reinigung und Bekleidung desselben an. Merkwürdig ist, daß keinem der übrigen Bewohner des Hofes das vor Jahren erfolgte Verschwinden der Martha Vorber ausgefallen ist. Die Nachbarn sagen aus, daß das Mädchen allerdings schon früher menschen-scheu erschienen, dabei aber ein gut beanlagtes und fleißiges Kind gewesen sei. Die Untersuchung wird hoffentlich Licht in diese Sache bringen.

Der Dampfer des Oesterreichischen Lloyd „Elektra“ stieß, wie aus Trieste gemeldet wird, am Mittwoch infolge heftigen Windes auf der Levante-Gilinie mit dem vor Anker liegenden englischen Dampfer „Egida“ zusammen und erhielt ein Loch. Um den Untergang des Schiffes zu verhüten, ließ der Kapitän die „Elektra“ auf eine Sandbank auffahren. Verlust an Menschenleben ist nicht vorgekommen. Die Post und ein Theil der Waaren konnten geborgen werden.

Im Westen Amerika's. Bei Beginn der Theater-vorstellung wird von der Bühne herab ins Publikum geschossen. Es entsteht ein Schrecken im Zuschauerraum. Regisseur (vortretend): „Das verheerliche Publikum wird gebeten, ruhig sitzen zu bleiben, — wir schießen nur auf die auswendigen Rezensenten.“

Von der Azoren-Insel San Miguel werden große Ueberfluthungen gemeldet. In Stadt Ribeira Quenta ist fast zerstört. Zahlreiche Verluste an Menschenleben sind zu beklagen, auch viel Vieh ist umgekommen und die Ernte ist vernichtet. Der entstandene Sachschaden läßt sich noch nicht schätzen. Ueberall herrscht große Verärgung.

Friedrich Wilhelm IV. und die Briefmarken. Zu der in Nr. 258 gebrachten Anecdote des „Bär“ schreibt uns ein Parteigenosse: In der Nr. 258 des „Vorwärts“ drucken Sie unter Vermischtes aus dem „Bär“ eine Notiz: „Zur Geschichte unserer Postwertzeichen“ ab. Der „Bär“ hat sich hier aber einen großen Aufwand lassen und wenn die Sache auch völlig unwichtig ist, möchte ich dieselbe doch richtig stellen. Die Briefmarken wurden 1850 eingeführt und trugen den Kopf Friedrich Wilhelm IV. bis 1861 und wurden während dieser Zeit zweimal geändert, behielten aber immer den Kopf; ebenso die Rouverts, welche meistens durch einen Strich, weniger durch Stempel entwerthet wurden. Es ist immerhin möglich, daß aus dem in Jhres (resp. des Bär) Notiz erwähnten Grunde nun 1861 das Wappenbild eingeführt wurde, dann hätte aber nicht der geistes-tranke Friedrich Wilhelm IV., sondern dessen Nachfolger, die Schuld.

Das Rettungsrad. „Schau Mama, der Diga hast Du ein Klavier gekauft, kauf' mir ein Fahrrad.“ — „Wozu brauchst Du ein Fahrrad? — Damit ich wegfahren kann, wenn sie spielt.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6-7 Uhr statt.

Wisi. Brief an Sie ist als unbestellbar an uns zurückgekommen.

Seiler. Dementiren wird französisch und zwar demangtiren ausgesprochen.

Verein Vorwärts, Niddorf. Heben Sie den Aufruf auf und senden uns ihn am Ende jedes Monats zu.

G. H. 177. 1. Leider nein. 2. Nur wenn das Legat weniger als ein Zehntel des Nachlasses beträgt, wäre außergerichtliche Vernehmung gültig. — R., Schönberg. Nein.

Wittke. Der Vorstand des Berliner Arbeitervereins hat im „Vorwärts“ am 17. Mai 1896 die Listen derjenigen in Schiedsgerichten u. s. w. thätigen, sachverständigen Arbeiter veröffentlicht, die gern Rath in Unfallsangelegenheiten ertheilen. Wenden Sie sich an einen dieser Herren. Zu warnen ist für solche wie für jede Rechtsangelegenheit vor der Anspruchnahme von Winkelschlichtern in Berlin. — Cabanne, Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. 1. Nein. 2. Ja. — D. J. Nein.

Kinckelmann. 1. Gegen die Ordnungsstrafe ist Beschwerde zulässig. An sich ist die Verfügung gerechtfertigt. War der betreffende mit dem Inhalt des Protokolls nicht einverstanden, so stand ihm ja frei, seiner Unterschrift die Berichtigung vorzusetzen.

2. Wenden Sie sich doch mit detaillirter Darlegung an den Vertrauensmann des 6. Kreises. Allgemeine Behauptungen nützen doch nichts. Wird ein Fehler bei der Agitation begangen, so ist gewiß der Vertrauensmann der erste, der ihm abzuhelfen willens ist.

F. G., Verden. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8. Politische Genehmigung ist erforderlich und Polizeigebühr kommt in Anwendung, wenn nicht das Vergnügen auf einen von vornherein eng begrenzten Kreis von Personen sich beschränkt. — Wagen 20. Nur der Aufhebende würde mit dem Anspruch durchdringen. — Neubur.

Da nur mündlicher Vertrag vorliegt und der Mietzins 150 M. übersteigt, so endet das Mietzverhältnis mit Ablauf des Jahres (also 4. Januar 1897) auch ohne Kündigung. Sie können also am 4. Januar 1897 ziehen, theilen Sie das dem Wirth mit und verklagen Sie ihn eventuell beim Amtsgericht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 6. November.
Opernhaus. III. Symphonie-Abend der Königl. Kapelle.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches Theater. Freiwild.
Berliner Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Westend-Theater. Der Robenvater.
Hierauf: Treptows Abschied.
Festung-Theater. Die goldne Eva.
Theater des Westens. Minna von Barnhelm.
Neues Theater. Wodsprünge. Vorher: Opus 1.
Schiller-Theater. (Wallner-Theater.) Ein Ehrenwort.
Central-Theater. Eine wilde Sache.
Thalia-Theater. Gebildete Menschen.
Velle-Alliance-Theater. Wamsell Vieliebchen.
Volks-Theater. Ein vorchtiger Mann.
Theater Unter den Linden. Die Fledermaus.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Rausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.
Sonntag, abends 8 Uhr: Emilia Galotti.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater
Schauspiel. 25/26. Dir. Max Samst.
Freitag: Zum ersten Male:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volkschauspiel mit Gesang in 5 Akten von E. Angenruber.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonntag, den 8. November, nachmitt. 3 Uhr: Klaffter-Vorstellung zu Abonnementspreisen.
Romeo und Julia.
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Am 16., 17., 19. November: Opern-Vorstellung: **Der Troubadour.** Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Billets sind zu allen Vorstellungen zu haben an der Theaterkasse und bei Paul Komick, Leipzigerstraße 6, ohne Vorbestellgebühr und im „Invalidendank“, Unter den Linden 24.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Freitag, den 6. November:
Zum 49. Male:
Emil Thomas a. G.
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund.
Musik von J. Gindsofer.
Anfang 7/8 Uhr.
Morgen: **Eine wilde Sache.**

Alexanderplatz-Theater.
Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von W. Friedhoff.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Ohne sittlichen Halt.**
Sonntag, den 8. November 1896, nachmittags 4 Uhr, auf allgemeines Verlangen:
Der Kästchenfänger von Hameln.
Phantastisches Volksstück mit Gesang in 8 Bildern von Dr. Gust. Braun.
In Vorbereitung: **Hansen's Reise nach dem Nordpol.** Letzte Woche: **Ohne sittlichen Halt.**

Vogler's Casino
früher Welt-Restaurant,
Bresdenstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Tyroler Konzert.
Direktion Alois Ebner.
Entree vollständig frei.
Im großen Theateraal:
Variété- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten von Kunstkräften nur I. Ranges.
Jeden Sonnabend und Sonntag:
Die unübertrefflichen
Hamburger Sänger.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntag 8 Uhr.
Gilvards. 4 neue Regelbahnen.
Sorgf. gepf. Bier, anerkt. gutestück.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr
abends Vorträge mit Experimenten und
großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.
Das
Théâtre Variété
ist
wieder
eröffnet!
Ohne Extra-Entrée.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Carl Weiß.
Der deutsche Michel!
Der deutsche Michel!
Anfang 8 Uhr.
Sonntag Nachmittag: Der liebe Onkel.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Freitag, den 6. November:
Gebildete Menschen.
Sonntag: Zum ersten Male:
Eine freundliche Wohnung
Schwant in 3 Akten
von M. Ordonneau und Guimbourg.
Deutsch von Paul Eusemann.
Vorher zum ersten Male:
Der dritte Kopf.
Poffe in 1 Akt von Franz Wallner.
Sonntag, den 8. November, nachm.
3 Uhr: Bei ermäßigten Preisen:
Prima Ballerina.

Einzig in Berlin
ist das neue Programm des
Volks-Theater
34 Reichenbergerstrasse 34.
Pferdebahn-Haltestelle:
Kottbuser Thor.
Seit 20 Jahren die lustigste Poffe:
Ein vorsichtiger Mann.
Jeden Abend stürmischer Lacherfolg.
Um 9 1/2 Uhr:
Gemischter Theil (Ho-ho!).
Durchweg neue
Künstler-Spezialitäten.
Die Ruttlinger's aus Salzburg!
Damen-Terzett ausser Konkurrenz.
Die Hunde-Akademie,
dirigirt von Miss Adels.

Martin Reuter, Humorist.
Familie Derrington,
Parforce-Raus-Radfahrer.
Neu:
Don Juan von rückwärts,
oder: Der vergnügte stolernne Gast.
Opernparodie von Richard Thiele.
Anfang: Woche 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. bis 8 M.
Dem geehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, daß die Bekanntmachungen des Volks-Theaters nur durch die Zeitungen erfolgen, nicht durch Säulenanschläge.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Freitag, den 6. November:
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. humorist. Vorstellung.
Ein Abend zum Lachen.
Näheres: Der Clown Herr Bogowsky als Riktorfer. Der Gigant-Clown Mr. Alf. Daniels als Spiritt u. Gedankenleser. 100 Clowns, männliche und weibliche. Austr. d. Clowns Mr. Sidney u. Cyrillo, sowie des August Mr. Busby. Zum 1. Male: Das Apportierpferd Barbarossa, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. 6 Traktierer Pengste u. der arab. Vollblut-Pengst Ibrahim, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Wellington, russ. Pengst, ger. von Herrn Salamonski. Austr. der vorzüglichsten Reitkünstlerinnen u. Reitkünstler.
Morgen: Die Jagd nach dem Glück.
Sonntag: 2 Vorh. Nachm. 4 Uhr: Millennium. Abends 7 1/2 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Neues Programm.
The 3 Nigthons. Baronessen Odillon.
E. N. Kaufmann,
Meisterschafts-Kunst-Radfahrer.
Geschw. Petram. Fleury Trio.
Henry Bender.
The Troubadours.
The Luppus. Comessa Forucci.
Signor Bernardi
in der Komödie
Restaurant fin de siècle.
Das gestörte Hochzeitsfest
von der Rajade-Truppe.
Mlle. Fougère
u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren
Neu! indischen
Neu! Pygmäen
Neu! Ur-Australier
(Kannibalen).

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich (außer Sonnabends):
Konzert, Theater-Vorstellung.
Mit vollen Segeln.
Volksstück mit Gesang in 3 Abteilungen
von Hugo Schulz.
Jeden Sonntag, Dienstag
u. Donnerstag nach d. Vorstellung
Tanzkränzchen.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-
Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53.
City-Passage
Annenstr. No. 42/43.
Vom 1.—16. November:
Durchweg
neues Programm.
Zwölf
Grand Attractions-Nummern!
Mr. Field mit seinem urkomischen Panopticum. Hans u. Clara Sarno, Original-Duo-Kisten.
Mr. Freiburg im Reiche der Schatten. Ros' l Perona, Tyrolense. Alice Sozogeny, die Perle Ungarns. Anton Fischer, Original-Humorist u. s. w.

Eine Radikalur.
Poffen-Burlesque in 1 Akt.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf.
R. Winkler.

Kinetograph.
Phonographische
(Lebende Photographien. Auch in Naturfarb.) Inter-
essante Bilder historischen Charakters u. des Ge-
schäftsleben. in vollkommener Naturwahrheit.
Wiedergabe musikalischer und deklamatorischer Vor-
träge. Für alle Besucher zugleich deutlich
hörbar ohne Schläuche.
Eintrittspreis für alle Vorführungen 50 Pf. Militärs und Kinder 25 Pf.
Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
21. Unter den Linden No. 21.
Vereine erhalten Preisermässigung nach Vereinbarung.

Benno Stabernack's Vereinshaus,
Inselstrasse 10 (früher Scheller's Salon).
Empfehle meinen neu renovirten Saal (250 Personen fassend), sowie Vereins-
zimmer zu Festlichkeiten, Versammlungen, Arbeitsnachweisen, Zählstellen etc.

Albert Konschewski & Co.
Cigarren- und Cigaretten-Geschäft
en gros und en détail.
Hauptgeschäft: Berlin SW., Leipzigerstrasse 63 a, I. Etg.
Filialgeschäft Berlin S. Pringelstrasse 32. | Filialgeschäft Berlin N. Invalidenstrasse 145.
" " NO. Kaiserstrasse 43. | " O. Münzstrasse 23.
Cottbus: Berlinerstrasse, Ecke Münchgasse.
Qualitäts-Cigarren:
Olga 10 St. nur 18 Pf. | Dr. Röntgen 10 St. nur 40 Pf.
El Tino 10 " " 25 " | Regatta 10 " " 50 "
Piorotta 10 " " 30 " | St. Felix Brasil 10 " " 55 "
Dämon 10 " " 35 " | Importa 10 " " 60 "
Ferner vorzügliche Qualitäten in St. Felix Brasil, Mexico, Java,
Sumatra, Havana und Borneo Tabaken zum Preise von 10 Stück 60 Pf.,
70 Pf., 80 Pf., 90 Pf. und 1 Mark, bis 10 Stück 3 Mark aufwärts.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Nur noch kurze Zeit: Kunstschühin
Elsa Dowe.
u. a.: Schießen auf den Original-
Dows-Panzer. Anhaltender Erfolg des
Hochturner-Erios Niagara, Matadore
auf dem Thurnfeil.
Dazu das durchweg neue große
November-Programm.
u. a. der allbeliebte urkomische
Eduard Rennert.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Entrée 30 Pf. Reservirt 50 Pf.

Viktoria-Brauerei.
Lützowstrasse III/112.
Heute, sowie jeden Freitag
und Montag:
Stettiner Säger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krona, Rühl und Schrader.)
Steidl als
Li-Hung-Tschang.
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Sonntag: Solres in Potsdam.
(Königsplatzhaus.)

Damen-Mäntel
zu noch nie dagewesenen
billigen Preisen!
Jaquets 4, 5, 6, 7, 8 bis
12 Mk.
Kragen 4, 5, 6, 8, 10 bis
14 Mk.
Regenmäntel 4,50, 5, 6,
8-16 Mk.
Abendmäntel 6,50, 7,50,
8, 10, 12-22 Mk.
Detail-Verkauf zu bedeutend
herabgesetzten Engros-
Preisen.
Neueste Modelle u. Copien bedeutend
unter dem Selbstkostenpreis.
Damen-Mäntel-Fabrik
Neue Grünstr. 2, 1 Tr.
Verkauf von 9-1 und von 3-6 Uhr.

Gettfebern-Fabrik
Guthab Vestig, Berlin N., Pringelstr. 46.
verleiht gegen Bürgschaft (nicht unter 10 M.)
garant. neue vorzügl. hellbr. Gettfebern,
d. 50 Pf. Halbbaunen, d. 75 Pf. 1,25
h. weisse Halbbaunen, d. 75 Pf. 1,25
vorzügl. Zausen, d. 75 Pf. 2,25
Von diesen Dausen grünen
3 Pfund zum größten Oberbett.
Gründung 1875 mit 25-26-27-28-29-30-31-32-33-34-35-36-37-38-39-40-41-42-43-44-45-46-47-48-49-50-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100-101-102-103-104-105-106-107-108-109-110-111-112-113-114-115-116-117-118-119-120-121-122-123-124-125-126-127-128-129-130-131-132-133-134-135-136-137-138-139-140-141-142-143-144-145-146-147-148-149-150-151-152-153-154-155-156-157-158-159-160-161-162-163-164-165-166-167-168-169-170-171-172-173-174-175-176-177-178-179-180-181-182-183-184-185-186-187-188-189-190-191-192-193-194-195-196-197-198-199-200-201-202-203-204-205-206-207-208-209-210-211-212-213-214-215-216-217-218-219-220-221-222-223-224-225-226-227-228-229-230-231-232-233-234-235-236-237-238-239-240-241-242-243-244-245-246-247-248-249-250-251-252-253-254-255-256-257-258-259-260-261-262-263-264-265-266-267-268-269-270-271-272-273-274-275-276-277-278-279-280-281-282-283-284-285-286-287-288-289-290-291-292-293-294-295-296-297-298-299-300-301-302-303-304-305-306-307-308-309-310-311-312-313-314-315-316-317-318-319-320-321-322-323-324-325-326-327-328-329-330-331-332-333-334-335-336-337-338-339-340-341-342-343-344-345-346-347-348-349-350-351-352-353-354-355-356-357-358-359-360-361-362-363-364-365-366-367-368-369-370-371-372-373-374-375-376-377-378-379-380-381-382-383-384-385-386-387-388-389-390-391-392-393-394-395-396-397-398-399-400-401-402-403-404-405-406-407-408-409-410-411-412-413-414-415-416-417-418-419-420-421-422-423-424-425-426-427-428-429-430-431-432-433-434-435-436-437-438-439-440-441-442-443-444-445-446-447-448-449-450-451-452-453-454-455-456-457-458-459-460-461-462-463-464-465-466-467-468-469-470-471-472-473-474-475-476-477-478-479-480-481-482-483-484-485-486-487-488-489-490-491-492-493-494-495-496-497-498-499-500-501-502-503-504-505-506-507-508-509-510-511-512-513-514-515-516-517-518-519-520-521-522-523-524-525-526-527-528-529-530-531-532-533-534-535-536-537-538-539-540-541-542-543-544-545-546-547-548-549-550-551-552-553-554-555-556-557-558-559-560-561-562-563-564-565-566-567-568-569-570-571-572-573-574-575-576-577-578-579-580-581-582-583-584-585-586-587-588-589-590-591-592-593-594-595-596-597-598-599-600-601-602-603-604-605-606-607-608-609-610-611-612-613-614-615-616-617-618-619-620-621-622-623-624-625-626-627-628-629-630-631-632-633-634-635-636-637-638-639-640-641-642-643-644-645-646-647-648-649-650-651-652-653-654-655-656-657-658-659-660-661-662-663-664-665-666-667-668-669-670-671-672-673-674-675-676-677-678-679-680-681-682-683-684-685-686-687-688-689-690-691-692-693-694-695-696-697-698-699-700-701-702-703-704-705-706-707-708-709-710-711-712-713-714-715-716-717-718-719-720-721-722-723-724-725-726-727-728-729-730-731-732-733-734-735-736-737-738-739-740-741-742-743-744-745-746-747-748-749-750-751-752-753-754-755-756-757-758-759-760-761-762-763-764-765-766-767-768-769-770-771-772-773-774-775-776-777-778-779-780-781-782-783-784-785-786-787-788-789-790-791-792-793-794-795-796-797-798-799-800-801-802-803-804-805-806-807-808-809-810-811-812-813-814-815-816-817-818-819-820-821-822-823-824-825-826-827-828-829-830-831-832-833-834-835-836-837-838-839-840-841-842-843-844-845-846-847-848-849-850-851-852-853-854-855-856-857-858-859-860-861-862-863-864-865-866-867-868-869-870-871-872-873-874-875-876-877-878-879-880-881-882-883-884-885-886-887-888-889-890-891-892-893-894-895-896-897-898-899-900-901-902-903-904-905-906-907-908-909-910-911-912-913-914-915-916-917-918-919-920-921-922-923-924-925-926-927-928-929-930-931-932-933-934-935-936-937-938-939-940-941-942-943-944-945-946-947-948-949-950-951-952-953-954-955-956-957-958-959-960-961-962-963-964-965-966-967-968-969-970-971-972-973-974-975-976-977-978-979-980-981-982-983-984-985-986-987-988-989-990-991-992-993-994-995-996-997-998-999-1000-1001-1002-1003-1004-1005-1006-1007-1008-1009-1010-1011-1012-1013-1014-1015-1016-1017-1018-1019-1020-1021-1022-1023-1024-1025-1026-1027-1028-1029-1030-1031-1032-1033-1034-1035-1036-1037-1038-1039-1040-1041-1042-1043-1044-1045-1046-1047-1048-1049-1050-1051-1052-1053-1054-1055-1056-1057-1058-1059-1060-1061-1062-1063-1064-1065-1066-1067-1068-1069-1070-1071-1072-1073-1074-1075-1076-1077-1078-1079-1080-1081-1082-1083-1084-1085-1086-1087-1088-1089-1090-1091-1092-1093-1094-1095-1096-1097-1098-1099-1100-1101-1102-1103-1104-1105-1106-1107-1108-1109-1110-1111-1112-1113-1114-1115-1116-1117-1118-1119-1120-1121-1122-1123-1124-1125-1126-1127-1128-1129-1130-1131-1132-1133-1134-1135-1136-1137-1138-1139-1140-1141-1142-1143-1144-1145-1146-1147-1148-1149-1150-1151-1152-1153-1154-1155-1156-1157-1158-1159-1160-1161-1162-1163-1164-1165-1166-1167-1168-1169-1170-1171-1172-1173-1174-1175-1176-1177-1178-1179-1180-1181-1182-1183-1184-1185-1186-1187-1188-1189-1190-1191-1192-1193-1194-1195-1196-1197-1198-1199-1200-1201-1202-1203-1204-1205-1206-1207-1208-1209-1210-1211-1212-1213-1214-1215-1216-1217-1218-1219-1220-1221-1222-1223-1224-1225-1226-1227-1228-1229-1230-1231-1232-1233-1234-1235-1236-1237-1238-1239-1240-1241-1242-1243-1244-1245-1246-1247-1248-1249-1250-1251-1252-1253-1254-1255-1256-1257-1258-1259-1260-1261-1262-1263-1264-1265-1266-1267-1268-1269-1270-1271-1272-1273-1274-1275-1276-1277-1278-1279-1280-1281-1282-1283-1284-1285-1286-1287-1288-1289-1290-1291-1292-1293-1294-1295-1296-1297-1298-1299-1300-1301-1302-1303-1304-1305-1306-1307-1308-1309-1310-1311-1312-1313-1314-1315-1316-1317-1318-1319-1320-1321-1322-1323-1324-1325-1326-1327-1328-1329-1330-1331-1332-1333-1334-1335-1336-1337-1338-1339-1340-1341-1342-1343-1344-1345-1346-1347-1348-1349-1350-1351-1352-1353-1354-1355-1356-1357-1358-1359-1360-1361-1362-1363-1364-1365-1366-1367-1368-1369-1370-1371-1372-1373-1374-1375-1376-1377-1378-1379-1380-1381-1382-1383-1384-1385-1386-1387-1388-1389-1390-1391-1392-1393-1394-1395-1396-1397-1398-1399-1400-1401-1402-1403-1404-1405-1406-1407-1408-1409-1410-1411-1412-1413-1414-1415-1416-1417-1418-1419-1420-1421-1422-1423-1424-1425-1426-1427-1428-1429-1430-1431-1432-1433-1434-1435-1436-1437-1438-1439-1440-1441-1442-1443-1444-1445-1446-1447-1448-1449-1450-1451-1452-1453-1454-1455-1456-1457-1458-1459-1460-1461-1462-1463-1464-1465-1466-1467-1468-1469-1470-1471-1472-1473-1474-1475-1476-1477-1478-1479-1480-1481-1482-1483-1484-1485-1486-1487-1488-1489-1490-1491-1492-1493-1494-1495-1496-1497-1498-1499-1500-1501-1502-1503-1504-1505-1506-1507-1508-1509-1510-1511-1512-1513-1514-1515-1516-1517-1518-1519-1520-1521-1522-1523-1524-1525-1526-1527-1528-1529-1530-1531-1532-1533-1534-1535-1536-1537-1538-1539-1540-1541-1542-1543-1544-1545-1546-1547-1548-1549-1550-1551-1552-1553-1554-1555-1556-1557-1558-1559-1560-1561-1562-1563-1564-1565-1566-1567-1568-1569-1570-1571-1572-1573-1574-1575-1576-1577-1578-1579-1580-1581-1582-1583-1584-1585-1586-1587-1588-1589-1590-1591-1592-1593-1594-1595-1596-1597-1598-1599-1600-1601-1602-1603-1604-1605-1606-1607-1608-1609-1610-1611-1612-1613-1614-1615-1616-1617-1618-1619-1620-1621-1622-1623-1624-1625-1626-1627-1628-1629-1630-1631-1632-1633-1634-1635-1636-1637-1638-1639-1640-1641-1642-1643-1644-1645-1646-1647-1648-1649-1650-1651-1652-1653-1654-1655-1656-1657-1658-1659-1660-1661-1662-1663-1664-1665-1666-1667-1668-1669-1670-1671-1672-1673-1674-1675-1676-1677-1678-1679-1680-1681-1682-1683-1684-1685-1686-1687-1688-1689-1690-1691-1692-1693-1694-1695-1696-1697-1698-1699-1700-1701-1702-1703-1704-1705-1706-1707-1708-1709-1710-1711-171

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute Abend 8 Uhr, bei Cohn, Pruthstraße 20/21 (Restaurant):
Sitzung der Ortsverwaltung. 78/17

Metallarbeiter-Verband.

Sonnabend, den 7. November cr., abends 9 Uhr:
Braucherversammlung der Uhrmacher
 bei Diefenbach, Alte Jakobstraße 68.
 Der Vorstand.

Sonntag, den 8. November, nachm. 12^{1/2} Uhr:
Große öffentliche Versammlung
 der
Metallarbeiter

im „Colberger Salon“, Colbergerstraße Nr. 23.
 Tages-Ordnung: 6113*
 1. Die Arbeitsnachweise der Unternehmer und der Streit bei Thiel & Söhne in Lübeck. Referent: **Theodor Schwarz** aus Lübeck.
 2. Diskussion und Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Verband der Sattler u. Tapezierer.

Filiale I (Zentrum).
 Sonnabend, den 7. November 1896, abends 8^{1/2} Uhr,
 Alte Jakobstr. 83 (Kinz u. Co.):
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Max Grempe** über: „Kulturbringende Europäer in Afrika“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Zimmerer G. S. 2 Hamburg.
 Oertliche Verwaltung Berlin.
Mitglieder-Versammlung.
 Dienstag, den 10. November, abends 8 Uhr, Bouthstr. 20 bei Cohn.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom III. Quartal 1896. 2. Vortrag des Herrn **Dr. Zadok** über „Tuberkulose“. 3. Innere Klassenangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Vorstand.
 J. A.: August Grase, Barnimstr. 41a.

R. Buske (früher Seefeldt), Grenadierstraße 33. Säte für 100-500 Personen, Vereinszimmer noch einige gute Sonnendeckel und Sonntage zu vergeben.

Zungenleiden beh. auch in ärztlich f. unheilb. erkl. Fällen n. neuer bewähr. Methode m. vorzügl. Erfolge
 Sp. Arzt **Dr. Thamm**, 80., Heanderstr. 31.

mit **Kontrollmarke**
Hüte (nur aus der Genossenschafts-Fabrik bezogen) verkauft im einzelnen zu Engrospreisen billiger als jede Konkurrenz
Oscar Arnold, Hut-Engros-Geschäft,
 116 Dresdenerstr. 116 am Granienplatz.
 Kein Laden.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.



R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passenden Kräutern abdestilliert befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.
 In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.
 Im Ansehang und in Flaschen überall zu haben.

Ausverkauf!
 Mein großes Lager in Kleiderstoffen, Gardinen, Weißwaren, Wäsche, Posamenten, Trikotagen, Strümpfen, wollenen Westen und vielen anderen Artikeln stelle ich zu bedeutend ermäßigten Preisen wegen Geschäftsverlegung zum
Ausverkauf!
 zum **Wrangeistraße 119.**
Richard Stock.



Unsinn!!
 Ist es, viel Geld für Güte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, z. B.:
 Knabenfilzhüte von 1,- Mk. an
 Herrenfilzhüte „ 1,50 „ „
 Cylinderhüte „ 4,- „ „
 Haarfilzhüte „ 4,80 „ „
 Chapeau claque, Plüsch-Hüte, Loden- u. Jagdhüte enorm billig im Einzelverkauf
 bei **Arnold & Eggert**,
 Gut-Engros-Logier,
 Waldemarstr. 44, parterre rechts im Komptoir. Kein Laden.
 Nur moderne Waare in großer Auswahl.

An den Fingern abzugreifen ist der Vortheil, wenn man beim **Grossisten** kauft

Codes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere am 1. November gestorbene Tochter **Martha Achilles** am Freitag Nachmittag von der Hannoverischen Straße 6 nach dem Gnadenkirchhof beerdigt wird.
 12746
 Familie **G. Achilles.**

Restaurant u. Festsäle
 von
J. Wernau
 Schwedter-Strasse 23/24.
 Den Vereinen, Clubs, Gesellschaften etc. empfehle ich meine auf das eleganteste eingerichteten großen u. kleinen Säle u. Vereinszimmer von 80, 100, 200 bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Sitzungen, Arbeitsnachweisen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art.
 2 verdeckte Kegelbahnen.
 59158*
J. Wernau.

Münch's Heiz-Apparate
 3,50 Mk.
 unentbehrlich für jeden Haushalt. Man achte auf die Patent-Nr. 39 427, da Nachahmung nicht genügend heizen. Zu haben in allen Eisengeschäften. Intensiv-Ofen gut u. schnell heizend.
A. Münch, Brunnstr. 82.



Lexika von Brockhaus u. Meyer, Brehm's Thierleben, Weltgeschichte, Werke aus allen Wissenschaften lausnt und befehlt **Antiquariat Kochstr. 56.**

Bitte lesen Sie!
 Da ich große Posten auf Auktionen sehr billig gekauft habe, empfehle ich jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Baletots**,

Anzügen, Mänteln, Joppen, einzelnen Jaquets, Hosen, Westen, ferner Arbeitsanzügen billig und gut kaufen will, mein bekanntes reichhaltiges Lager von Herren- und Knaben-Garderoben aller Art zu enorm billigen Preisen.
A. Wergien,
 Schneidermeister, 209L*
 127 Stalitzerstraße 127.
 Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.
 Eubrystraße 2. 927b
 Vorderwohnungen 400 Mk., freundl. Wohnungen von 198 Mk. an.
 Junger Mann kann möbl. billig einwohnen b. Meyer, Reichenbergstr. 115.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Puzer!
 Die Forderungen der 60 ausständigen Puzer auf dem Bau Prenzlauer Allee Nr. 43 sind gestern vollständig bewilligt worden. Der Bau ist somit frei.
Die Lohnkommission der Putzer.
 192/2

Achtung, Holzarbeiter!
 In der Tischlerei von **Albert**, Gasenhaide 49, werden Arbeiten für die streitende Werkstat von **Meh**, Urbanstraße 102, angefertigt.
 Die Lohnifferenzen bei **Meh**, Urbanstraße 102, sind noch nicht beigelegt.
 Zugang bitte fernhalten!
 Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.
 Gummivermeister.
 Wir suchen für unsere Leichgummibehaltung einen durchaus tüchtigen Werkmeister, welcher sowohl für chirurgische als auch technische Artikel eingerichtet ist und selbständig diese Abtheilung führen kann. 12456
 Eintritt u. Gehalt nach Uebereinkunft.
Leipziger Gummivaaren-Fabrik, Leipzig.

Stoppdecken-
 Arbeiter f. Maschinen- u. Handarbeit, die große Posten liefern können, sucht **M. Schmoller**, Rosenstr. 18.
Bergolder Farbigmaler verlangt Grundbesitzer f. Schieben verlangt Goldleistenfabrik Nichteistr. 8. 12726
 Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Manufakturwaaren-Firma **Louis Grand**, Große Frankfurterstraße 94, bei.
 Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterie vom gestrigen Tage bei. 61/2

Achtung! II. Wahlkreis. Achtung!
 Freitag, den 6. November, abends 8^{1/2} Uhr, im Saale der „Bockbrauerei“, Tempelhofer Berg
Partei-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Delegirten vom Parteitag zu Gotha.
 2. Diskussion.
 Um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen ersucht
 Die Vertrauensperson.
 210/6

Achtung!
Parteigenossen des 4. Wahlkreises.
 Die zu heute anberaumte Versammlung kann Umstände halber nicht stattfinden. Dieselbe findet nächste Woche statt.
 Der Vertrauensmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonnabend, den 7. November, abends 8^{1/2} Uhr:
Bezirks-Versammlung für Westen und Schöneberg
 bei **Obst**, Grunewaldstraße 110.
 Tages-Ordnung: 12355
 1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: „Die Ursachen der Verbrechen“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Zahlstellen: Kitzing, Belle-Alliancestr. 74. Werner, Bülowstr. 59. Schöneberg: Obst, Grunewaldstr. 110. Hoffmann, Sedanstr. 10. — **Versammlung:** Jeden Sonnabend nach dem Ersten jeden Monats.
 118/14 Gaste willkommen.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Rixdorf.
Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, den 10. November 1896, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn **Kummer**, Berlinerstr. 55.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Jahn** über: „Landagitation“. 2. Diskussion.
 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 232/2
 Gaste willkommen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Allgemeiner Verein der Töpfer
 und Berufsgenossen Deutschlands. (Filialen Berlin.)
 Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn **Babel**, Rosenthalerstraße Nr. 57:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung vom Töpferkongress in Hildesheim. 2. Ergänzungswahl des Zentralvorstandes. 3. Verschiedenes.
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
 Der Vorstand. 195/8

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umg.
Versammlung
 am Sonntag, den 8. November, vormittags 10^{1/2} Uhr, bei **Buße**, Grenadierstr. 33.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vorstandsanträge. 3. Verschiedenes und Fragelasten.
 Der Vorstand.
 NB. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis des Vereins befindet sich nach wie vor bei **M. Opak**, Sebasteinstr. 50. 38/8

Zentral-Verband deutscher Maurer
 Zahlstelle Berlin I (Puzer).
Mitglieder-Versammlung
 am Sonntag, den 8. November cr., vormittags 11 Uhr, in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 8. Quartal 1896. 2. Vorlage und Beratung des revidirten Tarifs. 3. Bericht über die schwebenden Prozeßsachen und Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 Die örtliche Verwaltung. 184/2
 NB. Wir ersuchen die Mitglieder nochmals, sich spätestens am Sonntag, den 8. d. M., in den Besitz von Billets zur Urania zum 29. d. M. zu setzen, indem dieselben nach diesem Tage auch anderweitig veräußert werden.

Verband der Bauarbeiter
 und Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Berlin.
 Sonntag, den 8. November 1896, mittags 12 Uhr, in **Scheffer's Salon**, Inselstr. 10, II:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wann halten wir in Zukunft unsere Versammlungen ab? 2. Antrag **Roach**, betreffs Verlegung des Versammlungslokals. 3. Verbands-Angelegenheiten.
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 32/4
 Der Bevollmächtigte.

Achtung! Former. Achtung!
Zentral-Verein der deutschen Former
 und aller in Eisen- u. Metallgießereien beschäftigten Arbeiter.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Sonnabend, den 7. November, im „Colberger Salon“, Colbergerstr. 23:
5. Stiftungsfest.
Großes Konzert verbunden mit humorist. Vorträgen.
 Nachher: **Tanz.**
 Anfang 8 Uhr. Billet 30 Pf.
 Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Um recht rege Theilnehmung ersucht
 Das Komitee. 61/2